

DIE RECHTSLAGE VON LGBTQ-PERSONEN IM KRIEGFÜHRENDEN RUSSLAND



Die Rechtslage von LGBTQ-Personen im kriegführenden Russland

Die Rechtslage von LGBTQ-Personen im kriegführenden
Russland.

Autor:innen: Sergey Kosilkin, Aleksandr Kochekovskii.

Herausgegeben von Quarteera e.V. Gefördert von der Rosa-
Luxemburg-Stiftung mit finanzieller Unterstützung des
Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung (BMZ).

Redaktion: Anna Eroshenko, Andrey Ditzel.

Deutsch von Katarina Zetkin und Marina Fischer.

Layout/Herstellung: Anna Dial, Lisa Weigult.

Berlin, Quarteera e.V., 2024.

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Rosa-
Luxemburg-Stiftung. Sie wird kostenlos abgegeben und
darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.

ISBN 978-3-00-077901-5

**DIE RECHTSLAGE VON LGBTQ-PERSONEN
IM KRIEGFÜHRENDEN RUSSLAND**

Berlin
2024

INHALT

Danksagung	3
-------------------	----------

Einleitung. Untersuchung der Diskriminierung von LGBTQ-Personen in Russland seit dem 24. Februar 2022	5
--	----------

1. Groß angelegter Krieg und Repressionen gegen LGBTQ-Menschen	5
2. Neue diskriminierende Gesetze	7
3. Ziel und Methodik der Studie	10

1. Situation von LGBTQ-Menschen in Russland seit dem 24. Februar 2022	15
--	-----------

1.1 Zunahme von Hass-Rhetorik	15
1.2 Unterdrückung durch die Legislative	17
1.3 Zunehmende Gewalt in der Gesellschaft und Misstrauen von LGBTQ-Personen gegenüber den Strafverfolgungsbehörden	20
1.4 Druck auf Menschenrechts-NGOs	24
1.5 Erzwungene Auswanderung	28
1.6 Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens und LGBTQ-Personen	32

2. Eine neue Etappe homofeindlicher Politik. Rechtliche Analyse der Diskriminierung von LGBTQ-Menschen in Russland vor dem Hintergrund des vollumfänglichen Krieges in der Ukraine: Föderales Gesetz Nr. 479 vom 05.12.2022.	36
---	-----------

2.1 Analyse der Neuerungen in der homofeindlichen Gesetzgebung in Russland	36
2.2 Jüngste Tendenzen bei der Verfolgung von «Propaganda für nicht-traditionelle Werte»: Rechtliche Analyse	39
2.3 Rechtliche Verankerung der staatlichen homo- und transfeindlichen Informationspolitik. Homo- und transfeindliche Zensur	42
2.4 Rechtsprechung zu homo- und transfeindlichen Morden: Normalisierung von Hasskriminalität gegen LGBTQ+ in der Russischen Föderation	45
2.5 Normalisierung von Hass und Mehrfachdiskriminierung: LGBTQ-Personen mit Migrationserfahrung, die in der Sexarbeit tätig sind	51

2.6 Folgen der Normalisierung des Hasses: wirtschaftliche Marginalisierung	56
2.7 Folgen der Normalisierung des Hasses: Verletzung des Rechts auf Bildung	60
Schlussfolgerungen	63

3. Eine neue Etappe staatlicher Transfeindlichkeit. Gesetzliche Konsolidierung der Diskriminierung von trans Personen in Russland: Föderales Gesetz Nr. 386 vom 24.07.2023

64

3.1 Verstoß gegen das Recht auf medizinische Versorgung	64
3.2 Inanspruchnahme des Rechts auf medizinische Versorgung in Russland durch trans Personen	67
3.3 Änderungen in den Personenstandsgesetzen: Verbot der Änderung des gesetzlichen Geschlechtseintrages	72
3.4 Diskriminierung von trans Personen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich: äußere Einschränkungen und Selbstbeschränkungen	84
3.5 Änderungen im Familiengesetzbuch der Russischen Föderation: Auflösung der Ehen von trans Personen und Verbot der Adoption	88
3.6 Verletzung der Familienrechte von trans Personen	90
3.7 Die Situation von trans Personen in der Russischen Föderation nach dem 24. Februar 2022	96
Schlussfolgerungen	102

Fazit

104

Empfehlungen

107

I. Regierungen von Staaten der Europäischen Union	107
II. Vertreter:innen und Organe der Legislative und Exekutive der Bundesrepublik Deutschland	109
III. Vertreter:innen der russischen Zivilgesellschaft	111

Literaturverzeichnis

112

Internetquellen	112
Publikationen	114
Monitorings	115

DANKSAGUNG

Quarteera e.V. ist ein im Jahr 2011 gegründeter Verein von LGBTQ-Menschen, die in Deutschland leben und sich auf Russisch verständigen. Unser Ziel seit der Vereinsgründung ist es, der Mehrfachdiskriminierung von queeren Menschen mit Migrationsgeschichte entgegenzuwirken.

Der anhaltende Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, eine verschärfte Gesetzeslage und politische Hasskampagnen gegen die LGBTQ-Community in Russland und angrenzenden Ländern – all das stellt unsere Organisation vor neue Herausforderungen.

Wir stehen voll und ganz hinter der Aussage: Frieden und Freiheit für die Ukraine – Slava Ukraini!

Im Laufe des Jahres 2023 hat die Zahl der ratsuchenden LGBTQ-Personen aus Russland bei unserer Beratungsstelle zugenommen. Diese Menschen werden verfolgt und haben keinen Zugang zu notwendiger Unterstützung. Angesichts des fortwährenden Angriffskrieges und der sich rapide verschlechternden Menschenrechtslage besteht großer Bedarf, den Umgang des russischen Regimes mit LGBTQ-Personen in den Fokus zu nehmen. Der Begriff «LGBT» steht in Russland inzwischen synonym für angeblichen westlichen Einfluss und die Zerstörung «heiliger Traditionen» des russischen Volkes. Die Verfolgung queerer Menschen wird institutionalisiert.

«Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist».

Als der russische Staat vor zehn Jahren die systematische Verfolgung von LGBTQ-Personen begann, schwieg die westliche Gesellschaft überwiegend. Sie schwieg und schwieg, bis die aktiv sich nach Westen hin orientierende Ukraine zum Ziel eines direkten militärischen Angriffs wurde. Dann wurden innerhalb von weniger als zwei Jahren schärfste rechtliche Sanktionen gegen queere Menschen eingeführt, die deren Grundrechte verletzen und den Weg für willkürliche Massenrepressionen gegen sie ebnen: das Gesetz «über das vollständige Verbot von LGBT-Propaganda» (05.12.2022); das Gesetz über das Verbot der medizinischen und legalen Transition (24.07.2023); sowie die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs der Russischen Föderation, die «internationale LGBT-Bewegung» als extremistisch anzuerkennen (30.11.2023).

Die Verfolgung queerer Menschen in Russland ist kontinuierlich, institutionalisiert und nimmt einen wichtigen Platz in der chauvinistischen Politik des rechtskonservativen populistischen Regimes ein. Als Zeit-

zeug:innen fühlen wir uns verpflichtet, diese dramatische Situation zu dokumentieren und laufend über die aktuelle Lage zu berichten. Die politische und rechtliche Verschärfung, die der russische Staat seit mehr als zehn Jahren erfährt, sendet auch alarmierende Signale an andere, aktuell vom rechtskonservativen Trend betroffene Staaten.

Die Autor:innen dieser Untersuchung drücken ihre große Dankbarkeit gegenüber den Kolleg:innen der in Russland und im Exil tätigen Menschenrechtsinitiativen aus. Vielen Dank an T-Aktion, Delo LGBT+, LGBT-Wychod, die Stiftung Sphera und das Russische LGBT-Netzwerk für die Möglichkeit, die von ihnen erarbeiteten Materialien in dieser Publikation nutzen zu dürfen.

Die Untersuchung wurde im Rahmen des Förderprojekts «Die Lage von LGBTQ*-Personen im kriegsführenden Russland» der Rosa-Luxemburg-Stiftung durchgeführt.

Einleitung. Untersuchung der Diskriminierung von LGBTQ-Personen in Russland seit dem 24. Februar 2022

1. Groß angelegter Krieg und Repressionen gegen LGBTQ-Menschen

In den mehr als anderthalb Jahren seit Beginn des groß angelegten Krieges gegen die Ukraine hat Russland zwei neue repressive Anti-LGBTQ-Gesetze verabschiedet. Außerdem ist homo- und transfeindliche Rhetorik zu einer der Hauptpraktiken der propagandistischen Medien geworden. Menschenrechtsaktivist:innen dokumentieren seit Beginn des Krieges eine zunehmende Zahl von Hassverbrechen sowie ein massiv gesteigertes Gefühl der Gefahr und Hoffnungslosigkeit unter LGBTQ-Personen im eigenen Land.

Ende 2023 ist mit der Regierungsentscheidung, die sogenannte «internationale LBGT-Bewegung» als extremistisch einzuordnen, die Situation von LGBTQ-Menschen in Russland noch prekärer geworden. Dies schafft alle rechtlichen Voraussetzungen für willkürliche Repressionen auf Grundlage verschiedenster Handlungen und Äußerungen, die formal als Verbreitung von Informationen über diese «Bewegung» (die offensichtlich als solche nicht existiert) bezeichnet werden. Das Risiko solcher Repressionen besteht vor allem für Non-Profit-Organisationen, die auf die ein oder andere Weise zu Menschenrechten und zum Monitoring von Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität arbeiten.

Die Rechtsunsicherheit und Unmöglichkeit zu verstehen, welche Handlungen und Äußerungen als «legal» anerkannt werden und welche nicht, zwingt LGBTQ-Personen dazu, so abgeschottet wie möglich zu leben und für den Staat und die Medien unsichtbar zu sein.

Dieser Zustand ist notwendig für die extreme Form des ultra-konservativen Populismus, der sich bis heute in Russland entwickelt hat: Zugunsten von homo- und transfeindlichen Stimmungen, von den Behörden seit mehr als einem Jahrzehnt durch Hass-Rhetorik in ihrer Zielgruppe gezielt geschürt, werden LGBTQ-Menschen nicht nur als innere Feinde markiert, sondern demonstrativ illegalisiert.

Um die russische Bevölkerung von der staatlichen Ideologie Staat zu überzeugen und zu begeistern, ist es für russischen Staatsorgane von Vorteil, anhand von Erklärungen zum «Kampf gegen LGBT» die Diskriminierung von LGBTQ-Personen als Gruppe nicht nur zu dulden, sondern darüber hinaus zu gehen und auch den realen Ausbruch von Gewalt gegen ihre Vertreter:innen zu ermöglichen, sowie gerichtliche und außergerichtliche Gewaltakte an LGBTQ-Personen zu organisieren: Im Kontext des Krieges gegen die Ukraine und seiner verheerenden Auswirkungen auf das zivile Leben haben russische Behörden keine andere Möglichkeit, das von ihnen benötigte Maß an Loyalität und Engagement in der Bevölkerung zu erhalten.

Der Historiker Dan Healy stellt fest, dass die Darstellung von LGBTQ-Personen als «Feinde» als eine der Hauptbegründungen für den aggressiven Krieg gegen die Ukraine im heutigen Russland dient. Diese Darstellung dient als Sinnbild jener «nicht-traditionellen Werte», die westliche Länder angeblich versuchen «Russland aufzuzwingen».¹ Die Darstellung von LGBTQ-Personen als imaginäre Feind:innen und als Hauptkatalysator für isolationistische Stimmungen ist spätestens seit 2013 ein wesentlicher Bestandteil russischer Medienpolitik – als das Gesetz «Über den Schutz von Kindern vor Informationen, die ihrer Gesundheit und Entwicklung schaden», auch bekannt als «Gesetz über das Verbot von LGBT-Propaganda unter Minderjährigen» (135-FG)², verabschiedet wurde. Die Verabschiedung dieser Gesetze führte dazu, dass sich die Zahl der Hassverbrechen gegen LGBTQ-Personen bis 2017 in etwa vervierfachte.³

Die Behörden nutzen und verstärken feindselige Stimmungen gegen LGBTQ-Personen, um ihre eigene politische Sprache und ihr politisches Publikum zu etablieren, während jene separiert werden, die mit dieser Sprache nicht einverstanden sind, was deren diskriminierte gesellschaftliche Position untermauert.

1 [Healy, Vladimirova 2023]

2 FG: Föderales Gesetz

3 [Kondakov 2018]

Diese Strategie der Behörden zur endgültigen Zerstörung der Zivilgesellschaft, der Möglichkeiten der Selbstorganisation und öffentlichen Meinungsäußerung in Russland, ist nicht zufällig gewählt. Wie der Menschenrechtsaktivist Igor Kochetkov feststellt, waren Rechte und Freiheiten im Zusammenhang mit Geschlecht und Sexualität unter den wichtigsten und erfolgreichsten Themen in russischen sozialen Bewegungen, da sie das Privatleben der Menschen direkt betreffen.⁴ Gleichzeitig rufen Themen rund um geschlechtliche und sexuelle Vielfalt die aktive Ablehnung von radikalisierten homo- und transfeindlichen Gruppen hervor, auf die sich die Behörden im Kriegskontext stützen und welche sie im Gegenzug durch Billigung von homo- und transfeindlicher Gewalt stärken.

Die staatliche Homofeindlichkeit trägt maßgeblich zur Totalitarisierung der russischen Gesellschaft bei, da sie die Vereinigung und Radikalisierung staatstreuer Aktivist:innengruppen ermöglicht. Vertretende denunzieren LGBT-Personen, darunter auch Aktivist:innen, oder verüben Angriffe gegen sie.

Unter den Bedingungen eines aggressiven Krieges ist es für die russischen Behörden vorteilhaft, eine solche aktive Loyalität, die auf Hass-Rhetorik beruht, aufrechtzuerhalten und zu stärken. Dies bedeutet, dass immer mehr Gesetze erlassen werden, die LGBTQ-Personen diskriminieren und dass es zu weiteren demonstrativen Gewalttaten gegen sie kommen wird.

2. Neue diskriminierende Gesetze

Diese Entwicklungen veranlassen Jurist:innen und Menschenrechtsaktivist:innen zur Schlussfolgerung, dass sich die Situation von LGBTQ-Personen in Russland auf lange Sicht nur noch weiter verschlechtern wird.

4 [Martynov, Kochetkov 2021].

Selbst im Falle eines politischen Regimewechsels in Russland wird sich die Situation nicht sofort verändern. In einem solchen Fall wird neben der Abschaffung der repressiven Gesetze selbst auch eine langwierige institutionelle Umstrukturierung sowie Änderungen in der Strafverfolgungspraxis und eine Suche nach und Bestrafung von Personen notwendig, die homo- und transfeindlich motivierte Verbrechen begangen haben und der Strafverfolgung entgangen sind.

Bis zur Verabschiedung des so genannten «Gesetzes über das vollständige Verbot von LGBT-Propaganda» (479-FG) im Dezember 2022 und des «Gesetzes zur Änderung des Föderalen Gesetzes “zu Personenstandsgesetzen” sowie des Föderalen Gesetzes “Über die Grundlagen der Gesundheitsversorgung der Bürger in der Russischen Föderation”» (386-FG) im Juli 2023, welche das rechtliche und medizinische Verfahren zur Geschlechtsangleichung in Russland de facto und de jure unmöglich machen, konzentrierte sich das Menschenrechts-Monitoring auf mehrere Hauptarten von Verletzungen der Rechte von LGBTQ-Personen in Russland:

- Körperliche, sexualisierte und psychische Gewalt in der Familie, am Arbeitsplatz oder durch Dritte (einschließlich vorgetäuschter Dates),⁵
- Zwangsouting (Offenlegung von persönlichen Informationen) und Erpressung;
- Konversionspraktiken gegen LGBTQ-Personen (darunter Entführung, illegale Inhaftierung, illegale medizinische Maßnahmen, Folter und Schädigung der Gesundheit);
- Verletzung der Arbeitsrechte von LGBTQ-Personen (illegale Entlassungen, Diskriminierung bei der Einstellung);
- Verletzung der Familienrechte (Verweigerung der Eintragung einer Partnerschaft, Verweigerung der Adoption von Kindern, rechtswidrige Entfernung von Kindern aus einer Familie durch Betreuungsbehörden aufgrund der LGBTQ-Identität der Familienmitglieder);
- Verletzung des Rechts auf Gesundheitsversorgung (Verweigerung des Zugangs zu geschlechtsangleichender Therapie und allgemeiner Medizin für trans Personen, Stigmatisierung von LGBTQ-Menschen, die mit HIV leben).

5 Dates, die genutzt werden, um die LGBTQ-Person zu erpressen, ihr Gewalt anzutun o.ä.

Mit dem Ausbruch des Krieges gegen die Ukraine kamen Faktoren wie die folgenden dazu:

- Zunehmende Hass-Rhetorik, die durch das Schaffen einer direkten Verbindung zwischen dem Krieg in der Ukraine und dem Kampf gegen LGBTQ-Menschen zusätzlich befördert wird;
- Zunehmende homo- und transfeindliche Haltungen in der Gesellschaft sowie eine Zunahme an Vorfällen von Gewalt und Diskriminierung gegen LGBTQ-Personen unter dem Einfluss von Krieg und Hass-Rhetorik;
- Willkür der Militärkommissionen nach Ankündigung der «Teilmobilisierung» im September 2022.

All diese Verbrechen und Straftaten vermitteln ein Bild der sozialen Umstände in Russland, auf denen die neuen diskriminierenden Gesetze errichtet wurden: In der Gesellschaft tief verwurzelte und durch den Krieg noch weiter verstärkte Praktiken der Gewalt und Diskriminierung von LGBTQ-Personen (siehe Kapitel 1).

Neue Anti-LGBTQ-Gesetze, die seit Beginn des Krieges verabschiedet wurden, haben die Arbeit von Menschenrechtsverteidiger:innen um viele Jahre zurückgeworfen. Der Wortlaut des Gesetzes «Über das totale Verbot von LGBT-Propaganda» ist extrem vage, so dass jede Diskussion über Probleme von LGBTQ-Personen, die nicht abwertend ist, hohe Geldstrafen zur Folge haben kann und vor allem auch dazu führt, dass LGBTQ-Menschen ins Blickfeld des Staatsapparats und homofeindlicher Radikaler geraten (siehe Kapitel 2).

Eine qualitativ neue Etappe in Bezug auf die Verletzung der Rechte von LGBTQ-Personen leitete das gesetzliche Verbot der Geschlechtsangleichung sowie die Verletzung der Familienrechte von trans Personen ein (notwendige Scheidung, wenn eine:r der Ehepartner:innen den Geschlechtseintrag ändert; Verbot der Adoption von Kindern durch trans Personen).

Mit dem Verbot der Geschlechtsangleichung wurde ein Präzedenzfall für die direkte Einmischung des Parlaments in die Arbeit der zuständigen Behörde – des Gesundheitsministeriums – geschaffen, der gegen die Verfassung der Russischen Föderation und internationale Abkommen im Bereich des Gesundheitsschutzes verstößt. Gleichzeitig zeigt dieses Gesetz, dass die Repression gegen LGBTQ-Personen von der Ebene der Einschränkung der Meinungsfreiheit auf die Ebene der persönlichen Verfolgung übergegangen ist. Im Falle von trans Personen ist das besonders riskant, weil deren personenbezogene Daten dem Staat zentral vorliegen (dies bezieht sich in erster Linie auf Daten über geänderte Dokumente im Innenministerium und medizinische Dokumentationen über Diagnosen⁶, siehe Kapitel 3).

Die rechtliche Einstufung der «internationalen LGBT-Bewegung» als extremistisch bedeutet, dass der russische Staat nun alle Möglichkeiten für rechtliche Willkür nutzen kann (was nicht nur ordnungswidrigkeitenrechtlich, sondern auch strafrechtliche Konsequenzen nach sich zieht). Die Existenz und Handlungen von radikalen Anti-LGBTQ-Gruppen sind ein Zeichen dafür, dass illegale Handlungen gegen die Rechte und Freiheiten von LGBTQ-Personen endgültig in einen rechtlichen Graubereich fallen. Zunehmend verbreitete Praktiken der Diskriminierung im sozialen Bereich (Beschäftigung, Bildung, Inanspruchnahme von Dienstleistungen usw.) werden das Denunzieren von LGBTQ-Personen fördern. Die neuartige rechtliche Vulnerabilität dieser Gruppe wird Fälle von Erpressung, Missbrauch und Rechtsverletzungen aus eigennützigen Motiven oder aus persönlicher Feindseligkeit begünstigen.

3. Ziel und Methodik der Studie

Ziel dieser Studie ist eine Analyse der Auswirkungen multipler Faktoren auf das Leben von LGBTQ-Personen in Russland:

- **des Angriffskrieges gegen die Ukraine und seiner vielfältigen sozialen Folgen;**

6 F64.0 «Transsexualismus» im ICD-10 entspricht HA60 «Genderinkongruenz» im ICD-11.

- **der homo- und transfeindlichen Haltungen in der Gesellschaft, die vor diesem Hintergrund und in den Jahren zuvor gewachsen sind;**
- **repressiver Gesetze, die darauf abzielen, die Bürger:innen vom Krieg abzulenken, die Auswirkungen der internationalen Isolation Russlands auf das Leben seiner Bürger:innen zu legitimieren, radikale homo- und transfeindliche Gruppen zu Denunziationen und direkter Gewalt zu animieren und diejenigen einzuschüchtern, die mit dem Kurs des Staates nicht einverstanden sind oder sich dessen aktiver Unterstützung entziehen.**

Kern der Studie ist eine rechtliche Expertise zu diskriminierenden Gesetzen gegen LGBTQ-Personen, die in der Russischen Föderation in den Jahren 2022–2023 verabschiedet wurden. Die juristische Analyse der normativen Rechtsakte wurde unter Verwendung von Methoden der Rechtswissenschaften durchgeführt, darunter dialektische, historische, formal-rechtliche und vergleichende (rechtsvergleichende) Methoden, Methoden der logischen Deduktion und Induktion. Weiterhin wurden ein systemischer Ansatz sowie statistische Analyse auf Grundlage von Gerichtsentscheidungen im Zeitraum von 2015 bis 2023 angewandt.

Die juristische Analyse wird ergänzt durch Diskursanalyse von Hass-Rhetorik in regierungsnahen Medien und Medienkampagnen zu verschiedenen Gesetzen oder Gesetzesentwürfen. Daneben findet eine soziologische Datenanalyse statt, welche Schlussfolgerungen über soziale Folgen der neuen Gesetzesnormen für LGBTQ-Bürger:innen in Russland anbietet.

Die quantitativen und qualitativen Daten, auf die sich diese Studie stützt, stammen aus folgenden Monitoringergebnissen:

- **T-Aktion⁷: eine vierteilige Umfrage zum Leben von trans Personen nach Februar 2022: Frühjahr 2022 (207 Umfrageteilnehmer:innen), Sommer 2022 (243 Umfrageteilnehmer:innen), Frühjahr 2023, Herbst 2023 (461 Umfrageteilnehmer:innen);**

- Sphera⁸ und LGBT-Wychod⁹: «Bericht über die Situation von LGBT-Menschen in Russland im Jahr 2022» (6.439 Umfrageteilnehmer:innen);
- LGBT-Wychod: «LGBTQ-Personen, die nach Beginn des Krieges in der Ukraine aus Russland ausgewandert sind», 2022 (128 Umfrageteilnehmer:innen);
- Sphera, Resource Centre für LGBT, Russisches LGBT-Netzwerk: «Umfrage zur Situation an Schulen in Russland», 2021 (1.940 Umfrageteilnehmer:innen);
- Russisches LGBT-Netzwerk: «Situation von LGBTQ-Jugendlichen in St. Petersburg und der Leningrader Region», 2021 (325 Umfrageteilnehmer:innen);
- Rechtshilfeprojekt für trans Menschen: «Trans Menschen in der russischen Gesellschaft: Umfrage 2016-2017», 2018 (69 Umfrageteilnehmer:innen);
- Rechtshilfeprojekt für trans Menschen: «Rechtsverletzungen von trans Personen in Russland: Umfrageergebnisse», 2016 (242 Umfrageteilnehmer:innen);
- Russisches LGBT-Netzwerk: «Monitoring von Gewalt und Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und Genderidentität in Russland in den Jahren 2016-2017», 2017 (366 Umfrageteilnehmer:innen).

Relevante historische Recherchen, juristische Untersuchungen und juristische Kommentare werden ebenfalls herangezogen.

Die Analyse der Rechtsprechung in Bezug auf die Rechte von LGBTQ-Personen im Zeitraum von 2022–2023 stützt sich unter anderem auf die Falldokumentation des Projektes «Delo LGBT+».¹⁰

Die Analyse der Rechtsprechung zu den Rechten von trans Personen auf Änderung ihres rechtlichen Geschlechtseintrags bis zum Jahr 2018 stützt sich auf eine Auswahl von Gerichtsentscheidungen, die vom «Projekt juristischer Hilfe für trans Personen» [1] zusammengestellt wurden.

8 Russ.: Сфера (u.a. Sphäre, Bereich, Gebiet).

9 Russ.: Выход (u.a. Ausgang, Ausweg, Coming Out).

10 [Delo LGBT+ 2023a] (Manuskript).

Die Struktur der Studie besteht aus einem Überblick über die Situation von LGBTQ-Personen in Russland seit Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine (Grundlage: Daten von Menschenrechts-NGOs in den Jahren 2022 und 2023) sowie einem Überblick über die Dynamik dieser Situation seit 2013, als der Staat das erste offen LGBTQ-Personen diskriminierende Gesetz verabschiedete (Grundlage: frühere Erhebungen). Diese Übersichten ergänzen die rechtliche Analyse der beiden diskriminierenden Gesetze (verabschiedet in Russland zwischen 2022 und 2023) durch eine Analyse der gesellschaftlichen Praktiken, die den Rahmen für die Umsetzung dieser Gesetze bilden; sowie der sozialen Folgen für LGBTQ-Menschen. Die Studie schließt mit einem Fazit und Empfehlungen ab.

Darüber hinaus stützt sich die Studie auf eine Reihe von Konzepten, die es uns ermöglichen, zusätzlich zu quantitativen Veränderungen, dokumentiert durch Menschenrechtsorganisationen, bedeutende qualitative Veränderungen im Leben der LGBTQ-Gemeinschaft in Russland zu erfassen. Wir analysieren die Situation seit Beginn des Krieges durch deren Kontextualisierung in Verbindung mit vorherigen Entwicklungen.

Das erste dieser Konzepte beläuft sich auf sogenannte **Hassverbrechen**, rechtswidrige Handlungen, deren Hauptmotiv der Hass gegen Opfer aufgrund von Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe ist. **Das Motiv des Hasses wird in den meisten modernen Gesetzgebungen als erschwerender Faktor anerkannt und erfordert eine zusätzliche Strenge bei der Strafzumessung. In Russland sind LGBTQ-Personen jedoch nicht durch solche Maßnahmen vor dieser Art von Verbrechen geschützt. Dementsprechend nimmt die Zahl solcher Straftaten weiter zu.** Das Neue an der Verwendung dieses Begriffs im Zusammenhang mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine ist, dass mit dem Ausbruch des Krieges die Intensität der Hass-Rhetorik in Russland erheblich zugenommen hat (da der Staat gezwungen ist, die Bürger:innen viel aktiver von unbeliebten Entscheidungen und einer Verringerung ihrer Lebensqualität abzulenken), ebenso wie das Ausmaß der Gewalt in der Gesellschaft (in erster Linie aufgrund der Rückkehr von Menschen mit post-traumatischer Belastungsstörung aus den Kriegsgebieten).

So entstehen durch den Ausbruch des Krieges neue Bedingungen für die Zunahme von Hassverbrechen gegen LGBTQ-Personen und ihre prekäre Situation, ohne einen angemessenen Rechtsschutz.

Das zweite verwendete Konzept ist die **Kriminalisierung von LGBTQ-Personen in Medien, d. h. die Transformation von Propaganda-Hassrede über LGBTQ-Personen hin zu einer rhetorischen Verknüpfung von LGBTQ-Personen und Kriminalität.** Bezeichnenderweise schafft die Kriminalisierung von LGBTQ-Personen in den Medien eine Wechselwirkung zwischen neuen repressiven Gesetzen und populistischen Medienkampagnen (über deren Vorbereitung oder erfolgreiche Anwendung gegen «innere Feinde»). Dadurch erhält der Staat eine Ressource für das Schüren von Aufruhr, der von einem Teil der Gesellschaft aktiv unterstützt (bei gezielter Ansprache von Randgruppen) und von einem anderen Teil gefürchtet wird (was eine allmähliche Totalitarisierung der Gesellschaft und eine massive Zunahme der Gewalt in der Gesellschaft bedeutet). Im Zentrum dieses Mechanismus steht allmählich nicht mehr nur ein negatives Bild von LGBTQ-Menschen, sondern die LGBTQ-Menschen selbst, denn für den Staat ist es profitabel, sie nicht nur zu imaginären Feinden, sondern auch zu realen Opfern von Repressionen zu machen.

Anhand des Faktors Kriminalisierung lässt sich ein signifikanter Unterschied zwischen der Situation von LGBTQ-Personen in Russland in der Zeit seit Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine 2022 bis heute (Ende 2023) und der Zeit von 2013 bis 2022 erkennen: **Während der Staat in der Vergangenheit von einer Art konservativem Populismus profitierte, der die Bevölkerung apathisch hielt, ist es heute im Licht der abnehmenden Popularität des Krieges zur Aufrechterhaltung des von diesem Populismus benötigten Loyalitätsniveaus zunehmend erforderlich, die Hasskampagnen der Medien durch reale Repressionen zu unterstützen.**

All diese Begriffe und die damit verbundenen konzeptionellen Rahmen sollen nicht nur die gegenwärtige, sondern auch die künftige Situation von LGBTQ-Personen in Russland beschreiben – geleitet durch die Frage, wie genau die neuen gesetzlichen Normen in die bestehenden diskriminierenden Praktiken passen.

Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, lässt die Situation von LGBTQ-Personen in Russland seit Beginn des Krieges eine generelle Dynamik erkennen: Menschenrechte werden zu einer neuen medialen Ressource des rechtskonservativen, populistischen Regimes gemacht, was in erster Linie die völlige Zerstörung der Institution und der eigentlichen Idee des Rechts in Russland bedeutet.

1. Situation von LGBTQ-Menschen in Russland seit dem 24. Februar 2022

1.1 Zunahme von Hass-Rhetorik

Seit Beginn des vollumfänglichen Krieges gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 hat sich die Rechtslage in Russland erheblich verändert. Die Gesetze zur Haftung für «Fake-Infos» über die Armee (Föderales Gesetz Nr. 32-FG vom 4. März 2022 «Über die Änderung des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation und der Artikel 31 und 151 der Strafprozessordnung der Russischen Föderation») und zur Diskreditierung der Streitkräfte (Föderales Gesetz Nr. 62-FG vom 25. März 2022), die unmittelbar nach den weit verbreiteten Protesten gegen den Krieg verabschiedet wurden, haben die Möglichkeiten der öffentlichen Meinungsäußerung und des Eintretens für Menschenrechte grundlegend eingeschränkt. Von den Behörden unerwünschte Aktivist:innen und Menschenrechtsverteidiger:innen wurden auf Grundlage der neuen Artikel massenhaft verhaftet und in kurzer Zeit zu langen Haftstrafen (zwischen 6 und 9 Jahren) verurteilt, was breite Assoziationen mit der «stalinistischen Justiz» weckte.

Vor dem Hintergrund nicht nur ungeheuerlicher Kriegsverbrechen im Nachbarland Ukraine, sondern auch dieser «Säuberung» der Zivilgesellschaft, standen die Rechte von LGBTQ-Personen im ersten Halbjahr 2022 weniger im Fokus der Öffentlichkeit.

Dennoch ist die Rhetorik des Hasses gegen LGBTQ-Personen der wichtigste Bestandteil der Propagandakampagne zur Rechtfertigung des Krieges.

Die rechtliche und mediale Gleichsetzung von LGBTQ-Personen in Russland mit Extremist:innen Ende 2023 hat eine der konkreten Ausrichtungen der Hassrede verdeutlicht – die Kriminalisierung von LGBTQ-Personen. Alexander Kondakov untersucht, wie das Thema LGBTQ+ in russischen regierungsnahen Medien und Gerichtsverfahren die Szenarien und konkreten Praktiken der Macht formt und verweist auf die Tatsache, dass Medien und Gerichtsverfahren (in ihren Aussagen und Beschreibungen) auf allgemeinen Mustern des Hasses gegenüber LGBTQ-Menschen basieren: Gefängnisjargon und Gefängniskultur. In diesem Bezugsrahmen wird das Bild von LGBTQ-Menschen mit der Gefängnispraxis der Demütigung durch passive homosexuelle Handlungen und der Behandlung des Täters (freiwillig oder erzwungen) als «erniedrigte» Person ohne Rechte verknüpft.¹¹

Dieses Muster bildet die Grundlage für die Hetze auf LGBTQ-Personen, sowohl auf Ebene öffentlicher Medienkampagnen, als auch bei der Schaffung von Bedingungen für die Nachahmung des Narrativs der «Erniedrigten» und des «Erniedrigens» in einemmöglichstbreitenSpektrumlokalerInteraktionen: von streng hierarchisierten Institutionen wie den Sicherheitsdiensten, der Polizei und der Armee bis hin zu Arbeits- und persönlichen Beziehungen auf lokaler Ebene; von der Gewinnung aktiver Loyalität gegenüber dem Regime von rechten und marginalisierten Gruppen (die durch die rhetorische Kriminalisierung von LGBTQ-Personen angezogen werden – das Fehlen eines Verbots homofeindlicher Gewalt hat hier Signalwirkung), bis hin zur Einschüchterung verschiedenster Personen, die mit dem feindseligen und chauvinistischen Kurs des Landes durch diese sprachliche Kriminalisierung nicht einverstanden sind.

Diese Tendenz zeigt nicht nur einen neuen – hinsichtlich Prinzipien und Ursachen – Kontext der Gewalt gegen LGBTQ-Personen auf; sie ist auch ein klarer Indikator für einen Wendepunkt in der russischen Mediensphäre und der von ihr beeinflussten Gesellschaft – eine Hinwendung zur völligen Abschaffung der Rechtsstaatlichkeit.

1.2 Unterdrückung durch die Legislative

Als Folge des beschriebenen Kontextes sollten zwei diskriminierende Gesetze betrachtet werden, die in Russland im Zeitraum von weniger als einem Jahr verabschiedet wurden: Das Föderale Gesetz Nr. 479-FG vom 05. Dezember 2022 «Über die Änderung des Ordnungswidrigkeitengesetzes der Russischen Föderation» (das so genannte «Gesetz über ein vollständiges Verbot von LGBT-Propaganda») und das Föderale Gesetz Nr. 386-FG vom 24. Juli 2023 «Über die Änderung bestimmter Gesetze der Russischen Föderation» (Verbot der Änderung von Geschlechtseinträgen und geschlechtsangleichender Maßnahmen für trans Personen). Die Diskussion über diese Gesetze wurde in den Medien ausführlich wiedergegeben und deren Verabschiedung als das wichtigste Ergebnis der Arbeit der Staatsduma zu dieser Zeit dargestellt. **Der exemplarische Charakter dieser Gesetze zeigt sich auch in ihren vagen Formulierungen, die ein rechtliches Chaos schaffen, dessen einziges praktisches Ergebnis die Ausweitung der Möglichkeiten zur willkürlichen Behandlung unerwünschter Personen oder zur Durchführung von Schauprozessen gegen LGBTQ-Personen ist.**

Basierend darauf haben wir Grund zur Annahme, dass die derzeitigen Behörden in der Russischen Föderation die offizielle Politik der Unterdrückung von LGBTQ-Personen fortsetzen werden: Neue diskriminierende Gesetze werden erlassen, bestimmte Personen werden zu Opfern von Schauprozessen, homo- und transfeindliche Panik in der Gesellschaft wird geschürt und damit gegenüber den Wähler:innen «Rechenschaft» abgelegt. **Die politische Praxis in Russland seit Beginn des Angriffskrieges gegen die Ukraine zeigt, dass es für die Regierung günstig ist, den Inhalt von Anti-LGBTQ-Hassrede schrittweise in Rechtsakte umzusetzen.**

Wir haben auch Grund, Schauprozesse gegen LGBTQ-Personen in fingierten Fällen zu befürchten. Im Jahr 2023, auf dem Höhepunkt der PR-Kampagne für das Gesetz «Über das Verbot der Geschlechtsumwandlung», berichteten einige Medien über die Inhaftierung von trans Personen wegen des Verdachts, Straftaten im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine begangen zu haben.

Im September 2023 verbreiteten große regierungsnahen Medien (Gazeta.ru, Argumenty i Fakty) aktiv Nachrichten über die Verhaftung eines jungen Mannes, der versucht hatte, ein militärisches Rekrutierungszentrum in Rostow am Don in Brand zu setzen. Es wurde berichtet, dass im Rucksack des Verhafteten ein Vertrag mit den Streitkräften der Ukraine sowie ein «Sexspielzeug» gefunden wurde. Im (angeblichen) Einsatzvideo, das die Nachricht begleitete, erklärte der junge Mann, er sei «transgender» und wolle sich «in eine Frau verwandeln» [2]. Ein weiteres Medienthema war die Verhaftung von zwei trans Frauen in Nowosibirsk, die angeblich «Fake-Nachrichten über die russischen Streitkräfte» verbreitet haben sollen. Der Text entmenschlicht und exotisiert sie, indem er sie als «zwei Transgender» und

«Typen, [die] ihre Namen in ihren Pässen geändert haben [bezeichnet]. Pasha und Vanya wurden zu Mira und Mia und gründeten dann einen Telegram-Kanal, in dem sie ungeprüfte Informationen über die russische Armee veröffentlichten. FSB-Beamte fanden das heraus und schauten überraschend bei den Jungs in der Wohnung vorbei» [3].

Der Text wird von einem Einsatzvideo begleitet, in dem Polizeibeamte in die Wohnung der Mädchen eindringen und sie anschließend zwingen, sich vor der Kamera zu entschuldigen. Der Text stellt ausdrücklich einen zeitlichen und logischen Zusammenhang zwischen der Transition und der Begehung der Straftat her («wurden zu Mira und Mia und gründeten dann einen Telegram-Kanal, in dem sie ungeprüfte Informationen über die russische Armee veröffentlichten»). **Das Material zeichnet trans Personen gleichzeitig in einem stark negativen, abwertenden Licht und unterstreicht ihre Gefahr für die Gesellschaft. Hierdurch wird der Druck des Staates auf LGBTQ-Personen legitimiert und die Gültigkeit dieser Gewalt rhetorisch bewiesen, was dazu führt, dass sie von (weiten Teilen) der Bevölkerung gebilligt wird.**

Solche Medienbotschaften verändern und erneuern das Bild von LGBTQ-Menschen und dämonisieren es zusätzlich durch eine direkte Verbindung zum Krieg gegen die Ukraine, durch den mittels Propaganda auch in der Bevölkerung Russlands Ängste geschürt werden. So dient die Ablehnung von LGBTQ-Menschen

bei homo- und transfeindlichen Bürger:innen dazu, das Bild des Krieges gegen die Ukraine zu erneuern – durch die rhetorische Verbindung dieses Krieges mit dem Widerstand gegen «den Westen» und «nicht-traditionelle Werte». Die Ängste der Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Krieg werden wiederum auf LGBTQ-Personen projiziert, indem ihre anhaltende Assoziation mit «Extremismus», «Diskreditierung der Armee» und Kriminalität im Allgemeinen hergestellt wird.

Dieser Trend kam am deutlichsten in der zur selben Zeit aufgekommenen Welle widerwärtiger Veröffentlichungen durch russische regierungsnahen Publikationen (z.B. Vesti.ru) über Sarah Ashton-Cirillo zum Ausdruck, eine Journalistin und Vertreterin (Sprecherin) der ukrainischen Streitkräfte, eine öffentlich als trans Frau lebende Person. Eine der Veröffentlichungen enthält eine solche Verallgemeinerung, die Kriegsangst und transfeindliche Panik in einem Satz zusammenfasst:

«Ein Clip mit Drohungen gegen russische Reporter erschien bereits am 8. September auf der offiziellen Seite eines Transgenders, der im Namen der ukrainischen Territorialverteidigungskräfte spricht» [4].

Zu ähnlichen Schlussfolgerungen kommen Expert:innen des Projekts Delo LGBT+, die homofeindliche und transfeindliche Hassrede in themenspezifischen Internetpublikationen analysierten. Vor dem Krieg und dem Beginn der Medienkampagnen rund um die neuen diskriminierenden Gesetze wurde die negative Bewertung von LGBTQ-Personen in Internetveröffentlichungen mit obszönen Bildern von ungewöhnlichen Sexualpraktiken oder Ideen über die «Sündhaftigkeit» von LGBTQ-Personen aus der Perspektive christlicher Moral in Verbindung gebracht. Während des Krieges wurden chauvinistische Beschimpfungen von Ukrainer:innen und der Ukraine mit Beleidigungen gegenüber LGBTQ-Menschen häufig miteinander kombiniert: «Schwulsein» und «Ukrainischsein», «Ukroneich», «Saloreich»¹² und «Homoreich».¹³ Die Erwähnung von LGBTQ-Personen fällt in eine ganz neue synonyme Reihe, was nicht nur zu Beleidigungen und Spott führt, sondern dazu, dass LGBTQ-Personen als Feind:innen angesehen werden – als diejenigen, von denen Gefahr ausgeht.

12 Salo – Speck, der fast nur aus Fett besteht; beliebt u.a. in der Ukraine.

13 [Delo LGBT+ 2023a], (Manuskript).

Infolgedessen enthält Hassrede in Online-Publikationen zunehmend direkte Aufforderungen zur Tötung und Vernichtung von LGBTQ-Personen.

Die Propagandamaschinerie kann kein überzeugendes und attraktives Bild «traditioneller Werte» vermitteln, insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender konkreter Probleme und Repressalien, die durch den Krieg verursacht werden.

Die einzige Möglichkeit, angesichts eines zunehmend unpopulären Krieges eine Politik des konservativen Populismus zu betreiben, ist die Kriminalisierung von LGBTQ-Personen. Schauprozesse sind ein Teil davon und vermitteln den Anschein von Bedrohung sowie den Erfolg der Regierung im Kampf gegen sie.

Vor diesem Hintergrund sind LGBTQ-Personen in Russland in ernstzunehmender Gefahr. Obwohl die in der Russischen Föderation bereits geschaffenen Rechtsnormen ausreichen, um Rechte von LGBTQ-Menschen als wesentlich diskriminiert anzuerkennen, ist sowohl von einer weiteren Verschärfung der Gesetzgebung, als auch von bewusster Fingierung juristischer Verfahren auszugehen.

1.3 Zunehmende Gewalt in der Gesellschaft und Misstrauen von LGBTQ-Personen gegenüber den Strafverfolgungsbehörde

Die Ausarbeitung und Verabschiedung repressiver Gesetze dient als Vorwand für die Verbreitung von Hassrede in den Medien. Dies wiederum trägt zu einem Anstieg von homo- und transfeindlicher Gewalt in der Gesellschaft bei.

Dies wird durch in der Periode zwischen 2016 und 2023 durchgeführte Erhebungen bestätigt.

Das Monitoring der Diskriminierung von LGBTQ-Personen, durchgeführt von Menschenrechtsverteidiger:innen des Russischen LGBT-Netzwerks, hält fest: Der Prozentsatz von Diskriminierungsfällen aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität ist in nur einem Jahr um 14% gestiegen – von 64,4% auf 78,4%.¹⁴ Im Jahr 2022 erlebten 8% der befragten LGBTQ-Personen körperliche Gewalt, 8% sexualisierte Gewalt, 14% häusliche Gewalt und 18% erlebten Gewaltandrohungen. Das Menschenrechtsprojekt Delo LGBT+ zeigt, dass die Zahl der LGBTQ-Personen, die Rechtsbeistand im Jahre 2023 suchten, im Vergleich zu 2022 um das 3,4-fache gestiegen ist, wobei Gewaltdelikte 10,9% der Gründe für die Inanspruchnahme von Rechtsbeistand ausmachen.

Laut Delo LGBT+ sind viele Gewalttaten massiv und werden von organisierten Gruppen begangen. Diese Fälle sind eindeutige Beispiele für Hassverbrechen, da keine zusätzlichen Motive (z. B. Alltagskonflikte) dahinter stehen. Bei den meisten Vorfällen handelte es sich um sexualisierte Gewalt und Missbrauch von LGBTQ-Personen (Übergießen mit Urin, Rasieren des Kopfes, Herausziehen von Ohrringen mit einer Zange), wobei diese Demütigungen des Opfers auf Video aufgezeichnet wurden. Eine der Episoden endete beinahe mit einem Mord (*«wegen mangelnder Kooperationsbereitschaft beschloss der Organisator der [kriminellen] Gruppe, das Opfer durch einen Kopfschuss hinzurichten, wurde aber von anderen Mitgliedern der Gruppe daran gehindert»*).¹⁵ Die Anwält:innen von Delo LGBT+ haben 15 Gewalttaten in Moskau und vier in Krasnodar ermittelt. In beiden Fällen präsentierte sich der Anführer der kriminellen Gruppen *«als Kämpfer für die Moral und sogar als religiöser Messias»*.¹⁶

Gleichzeitig sind LGBTQ-Personen regelmäßig mit der Weigerung der Polizei, Gewalttaten zu verhindern oder eine angezeigte Straftat zu verfolgen, konfrontiert.

Das Monitoring von Wychod und Sphera zeigt, dass mehr als die Hälfte der Befragten, die im Jahr 2022 Gewalt erlebt haben, es ablehnten, die Polizei zu kontaktieren, um die rechtswidrige Handlung gegen sie zu melden. 75% begründeten dies mit der Überzeugung, dass eine Kontaktaufnahme mit der Polizei zwecklos sei, sowie mit der Angst vor Polizeibeamt:innen.

14 [Russisches LGBT-Netzwerk 2018].

15 [Delo LGBT+ 2023a] (Manuskript).

16 [ebd.]

Weitere 35% begründeten ihre Ablehnung, die Polizei zu kontaktieren, mit der Angst, geoutet zu werden. All diese diskriminierenden Handlungen der Strafverfolgungsbehörden sind tief in ihrer Arbeitspraxis verwurzelt. Im Jahr 2017 fassten Menschenrechtsverteidiger:innen diese Situation wie folgt zusammen:

«Das Hassmotiv wird bei Ermittlungen zu LGBT-Verbrechen systematisch übersehen ... die Kommunikation mit der Polizei birgt eine weitere Gefahr für die Opfer: das Outing ... am Arbeitsplatz vor der Familie des Opfers aufgrund des bewusst unsachgemäßen Umgangs der Polizeibeamt:innen mit persönlichen Daten».¹⁷

Das Misstrauen der Umfrageteilnehmer:innen gegenüber der Polizei erklärt sich größtenteils aus bereits existierenden Erfahrungen. **Nur bei 59% der LGBTQ-Personen, die sich an die Polizei wandten, wurde die Anzeige akzeptiert. Gleichzeitig wurden 47% von den Polizeibeamt:innen unter Druck gesetzt und 7% der Befragten erhielten eine klare Absage zur Einleitung eines Verfahrens.** Nur 13% der Befragten berichteten, dass eine Untersuchung über den Umstand der Anzeige bei der Polizei durchgeführt wurde, und nur 9% berichteten, dass der:die Schuldige gefunden und strafrechtlich verfolgt wurde.¹⁸ Jurist:innen von Delo LGBT+, die LGBTQ-Mandant:innen begleiteten, bestätigen die demonstrativ voreingenommene Haltung der Beamt:innen gegenüber LGBTQ-Personen und den ausgeübten psychischen Druck auf die Befragten.¹⁹

Ein zusätzlicher Faktor für den Anstieg der Gewalt gegen LGBTQ-Personen nach Kriegsbeginn (und insbesondere nach Ankündigung der «Teilmobilisierung») ist die Rückkehr psychisch traumatisierter Personen aus dem Kampfgebiet. Im Jahr 2023 werden immer mehr Fälle von häuslicher Gewalt (physisch oder sexualisiert) registriert, die von Zurückgekehrten begangen wurden [5], [6], [7], [8]. **LGBTQ-Personen, durch staatliche Propaganda in «innere Feinde» verwandelt, rhetorisch mit außenpolitischen und militärischen Bedrohungen gleichgesetzt und oft äußerlich erkennbar (z.B. aufgrund ihres gender-untypischen Aussehens, ihrer Kleidung oder ihres Verhaltens), sind dem Risiko zunehmender Gewalt in der russischen Gesellschaft ausgesetzt.**

17 [Russisches LGBT-Netzwerk 2017, S. 29].

18 [Sphera, Wyhod, 2022, S. 38–42].

19 [Delo LGBT+, 2023a] (Manuskript).

39% der Befragten gaben an, dass homo- und transfeindliche Einstellungen in ihrem unmittelbaren Umfeld nach Kriegsbeginn zugenommen haben. Dieser Prozentsatz war bei Befragten, die im Nordkaukasus lebten, deutlich höher – er belief sich auf 49%.²⁰ **In der Nordkaukasus-Region kann die Zunahme der Gewalt gegen LGBTQ-Personen aufgrund der dort verwurzelten Verfolgungspraktiken, die von den lokalen Behörden gebilligt werden, besonders gefährlich werden:** LGBTQ-Personen sind in dieser Region massiv Folter, sexualisierter Gewalt und Erpressung ausgesetzt und werden regelmäßig Opfer von sogenannten «Ehrenmorden».²¹

Laut den Menschenrechtsverteidiger:innen stimmte die Mehrheit der Befragten zu, dass der Krieg Auswirkungen auf sie persönlich hatte. Diese Auswirkungen äußerten sich vor allem in der Zunahme homo- und transfeindlicher Einstellungen und einem deutlich erhöhten Risiko, in Alltagssituationen Aggressionen ausgesetzt zu sein:

*«Die Mehrheit der Befragten (82%) antwortete, dass der Krieg in der Ukraine im Jahr 2022 Auswirkungen auf sie persönlich hatte. [...] Außerdem gaben 78% der Befragten an, dass sie sich als LGBT-Personen nach der Eskalation des bewaffneten Konflikts zwischen Russland und der Ukraine am 24. Februar 2022 in einer verletzlicheren, unsichereren Position fühlten. Dies gilt insbesondere für trans Personen: Bei ihnen liegt der Anteil derer, die sich gefährdeter fühlen, bei 85%».*²²

Einer der Befragten in der Studie der trans Initiativgruppe T-Aktion aus dem August 2023 (also nicht nur nach anderthalb Jahren seit Beginn des vollumfänglichen Krieges, sondern auch nach der Verabschiedung von zwei diskriminierenden Gesetzen) fasst seinen Zustand wie folgt zusammen:

«Ich bin besorgt über die Möglichkeit zunehmender phobischer Stimmungen in der Gesellschaft und offener Aggression von Landsleuten,

20 [Sphera, Wychod, 2022, S. 42].

21 [Russisches LGBT-Netzwerk 2017].

22 [Sphera, Wychod 2022, S. 43].

Verfolgung wegen aktivistischer Aktivitäten und offenem Umgang mit der eigenen Identität, Verschlechterung der politischen Situation im Land, die Möglichkeit eines Bürgerkriegs, Verschlechterung der Kriminalität aufgrund der Rückkehr von Menschen mit PTBS von der Front. Ich habe Angst vor einer Verschlechterung meines physischen und psychischen Zustands, vor dem Mangel an für mich notwendigen Medikamenten und medizinischer Hilfe, vor dem Auftreten von Problemen bei meinen Kindern und anderen Personen, die mir etwas bedeuten und der Unmöglichkeit, diese zu lösen, weil mir die Mittel und die Kraft fehlen [...]».²³

1.4 Druck auf Menschenrechts-NGOs

Die Einstufung der «internationalen LGBT-Bewegung» als extremistisch ist derzeit der Höhepunkt des Drucks auf Organisationen und Aktivist:innen, die die Rechte von LGBTQ-Personen in Russland verteidigen. Am 17. November 2023 richtete das Justizministerium einen Antrag an den Obersten Gerichtshof und forderte, dass die «internationale LGBT-Bewegung» als «extremistische Organisation» anerkannt und in Russland verboten wird. Am 30. November genehmigte der Oberste Gerichtshof Russlands diese Forderung, ohne jemanden außer Vertretern des Justizministeriums zur Anhörung zuzulassen. Unter Bezugnahme auf Artikel 1 des Föderalen Gesetzes 114-FG «Über die Bekämpfung extremistischer Aktivitäten» sieht das Justizministerium in den Aktivitäten dieser de jure nicht existierenden «Bewegung» «verschiedene Anzeichen und Manifestationen einer extremistischen Ausrichtung, darunter der Anreizung zu sozialem und religiösem Unfrieden». **Die Erfüllung dieser Forderung bedeutet, dass die Kultur-, Menschenrechts- oder Bildungsarbeit von LGBTQ-Aktivist:innen unter Artikel 282.1 oder 282.2 des Strafgesetzbuches der Russischen Föderation als «Organisation einer extremistischen Gemeinschaft» oder «Organisation von Aktivitäten einer extremistischen Organisation» fallen kann** (das vorgesehene Strafmaß reicht von 6 bis 10 Jahren Haft im Fall der «Organisation von Aktivitäten» und von 2 bis 6 Jahren Haft im Fall der «Teilnahme an Aktivitäten»).

Expert:innen stellen fest, dass die Entschließung des Plenums des Obersten Gerichts der Russischen Föderation vom 28.06.2011 N11 (Revision vom 28.10.2021) «Über die gerichtliche Praxis in Strafsachen wegen extremistischer Straftaten», die die Anwendung dieser Artikel regelt, von extrem weit gefassten Kriterien für inkriminierte Handlungen ausgeht: «Durchführen von Gesprächen mit dem Ziel von Propaganda für die Aktivitäten einer verbotenen Organisation, direkte Teilnahme an durchgeführten Veranstaltungen usw.»²⁴ **Damit wird die Möglichkeit für brutale und willkürliche Repression gegen jegliche LGBTQ-Aktivist:innen, gegen Anwält:innen, die LGBTQ-Personen unterstützen, sowie auch gegen beliebige andere Aktivist:innen unter weit hergeholten Vorwänden eröffnet.**

Es ist wichtig, dass unter Bedingungen einer zensierten Öffentlichkeit und eines zensierten Informationsfeldes, die gemeinsamen Aktionen von LGBTQ-Personen, die aus einem breiten Spektrum an Bedürfnissen der diskriminierten Gruppe resultieren, faktisch Aktivismus sind und daher in den Aufmerksamkeitsbereich der «Strafverfolgung» gelangen können.

Infolge einer konsequenten Diskriminierungspolitik ist es LGBTQ-Personen in Russland heute faktisch nicht möglich, qualifizierte auf sie abgestimmte Hilfe im Zusammenhang mit ihren Bedürfnissen (informativ, psychologisch, rechtlich, medizinisch) in staatlichen oder offiziell registrierten Instanzen zu erhalten. Eine Inanspruchnahme kann konkrete Gefahr bedeuten. **Daher können alle Praktiken der zivilen Selbstorganisation von LGBTQ-Menschen als «extremistische Aktivitäten» eingestuft werden.**

In der Tat zeigt sich unmittelbar eine totalitäre Logik in Bezug auf LGBTQ-Personen in Russland Ende 2023. Ihre Privatsphäre wird hinsichtlich Autonomie und Unantastbarkeit vom Staat zerstört, der darin eine potenzielle Bedrohung für die «Anstiftung zu sozialem und religiösem Unfrieden» und die Notwendigkeit des «Bekämpfens extremistischer Aktivitäten» im Zusammenhang damit feststellt.

24 [Delo LGBT+ 2023a] (Manuskript)].

Solche Kriminalisierung von LGBTQ-Personen und die Markierung ihrer angeblichen Gefährlichkeit durch rhetorische Verbindung mit extremistischen Aktivitäten, bestätigt die Botschaft des russischen Staates an radikale Gruppen (die ihnen zusätzlich durch Medienkampagnen im Zusammenhang mit den neuen Gesetzen vermittelt wurde), dass Gewalttaten gegen LGBTQ-Personen und insbesondere gegen LGBTQ-Aktivist:innen ungestraft bleiben und faktisch gefördert werden.

Das auffälligste Beispiel dafür, wie radikale Gruppen solche Botschaften aufnehmen, ist der Angriff auf Anwält:innen und Expert:innen, die zum Fall der Sperrung der Website von Zentrum T, einer Organisation zur Bereitstellung von Informationen und Hilfsmitteln für trans Personen, aussagten. Der Angriff fand am selben Tag vor dem Gerichtsgebäude statt, an dem eines der neuen Gesetze zur Diskriminierung von LGBTQ-Menschen unterzeichnet wurde (Verbot der Transition, 24. Juli). Die Angreifenden setzten Pfefferspray ein und waren im Begriff, auch Hämmer und Feuerlöscher einzusetzen. Gleichzeitig stellte die Polizei keine Motive von Hass bei den Angreifenden fest und entließ sie mit einer Anzeige wegen geringfügigen Randalierens.

Zusätzlich dazu erhöhen die Einschränkungen der Rede- und Informationsfreiheit die Gefahr für alle LGBTQ-Personen. Aufgrund der Sperrung von Informationsquellen zu Menschenrechten bleibt vielen von ihnen vorenthalten, von Schutzmöglichkeiten vor Verfolgung zu erfahren (insbesondere, wie sie nicht unter den Verdacht «extremistischer Aktivitäten» geraten).

Seit Beginn des Krieges hat der russische Staat in beispielloser Weise in die freie Verfügbarkeit des Internets eingegriffen und einzelne Ressourcen oder ganze Plattformen blockiert. Im Jahr 2022 erstatte *Roskomnadzor*²⁵ Bericht über die Sperrung von 306 Ressourcen, die «Informationen über LGBT» enthielten.

25

Russ. Abbreviation: Föderaler Dienst für die Überwachung von Kommunikation, Informationstechnologie und Massenkommunikation.

Obwohl dieser Bericht eher populistischer Natur war²⁶, werden solche populistischen Äußerungen mit punktuellen Sperrungen von Ressourcen zu Menschenrechten kombiniert, in der Regel kurz vor ihrer Aufnahme in das «Register ausländischer Agenten» (*T-Aktion*) oder inmitten von Medienkampagnen zum nächsten diskriminierenden Gesetz (*Zentrum T, Delo LGBT+*). So meldete *Roskomnadzor* Anfang September 2023 die Sperrung von 23 weiteren Ressourcen. **Infolgedessen verlieren viele LGBTQ-Personen in Russland den Zugang zu Informationen über Menschenrechtsorganisationen und qualifizierten Jurist:innen, was unter den neuen russischen Gegebenheiten bedeutet, dass sie vom Rechtsschutz abgeschnitten sind.**

Bezeichnenderweise sind die Möglichkeiten gerichtlicher Anfechtung der Blockierung von Menschenrechts-Ressourcen durch das neue «Gesetz über LGBT-Propaganda» eingeschränkt. Die Jurist:innen von *Delo LGBT+* betonen:

*«Im Falle einer gerichtlichen Entscheidung zugunsten staatlicher Organe würde eine solche Entscheidung einen unanfechtbaren administrativen Präzedenzfall schaffen, welcher der Polizei und der Staatsanwaltschaft im Anschluss ermöglichen würde, die Kläger:innen gemäß Artikel 6.21 des GOW der RF²⁷, der hohe Geldstrafen vorsieht, wegen ordnungswidrigen Verhaltens zu verurteilen».*²⁸

Seit Beginn des Krieges werden LGBTQ-Aktivist:innen und -Organisationen massenhaft in das sogenannte «Register für ausländische Agenten» aufgenommen. Die daraus resultierenden Einschränkungen und Kontrollen haben viele von ihnen gezwungen, ihre Aktivitäten einzustellen oder das Land zu verlassen, was die Möglichkeiten der Interessenvertretung (z. B. Begleitung zu Strafverfolgungsbehörden, Vertretung vor Gericht) und die Erfassung von Straftaten erschwert.

26 Die meisten der gesperrten Ressourcen gehörten zu ein und demselben Domänennamen, dessen Name direkt den Wortlaut des «Gesetzes über das Verbot von Propaganda» übernahm («smena-pola-i-gay-sex-eto-kruito.rashka.net») — was darauf schließen lässt, dass diese Ressource künstlich geschaffen wurde.

27 Gesetzbuch/Kodex über Ordnungswidrigkeiten der Russischen Föderation.

28 [*Delo LGBT+ 2023a*] (Manuskript).

1.5 Erzwungene Auswanderung

Seit Beginn des Krieges hat demografischen Schätzungen zufolge etwa eine Million Menschen Russland verlassen. Innerhalb dieser Zahl stechen zwei «Wellen» hervor – diejenigen, die das Land ab Februar und bis September 2022 verlassen haben, und diejenigen, die nach der Ankündigung der sogenannten «Teilmobilisierung» (im September 2022) gegangen sind. **Im Falle der Auswanderung von LGBTQ-Personen sind die Ablehnung des Krieges, die Erwartung von Repressionen, die Angst vor geschlossenen Grenzen und das Risiko, gewaltsam ins Kriegsgebiet geschickt zu werden, wesentliche, aber nicht die einzigen Faktoren.**

Menschenrechts-Monitorings zeigen, dass die Medienkampagne rund um den Gesetzesentwurf «zum Verbot von LGBT-Propaganda» (die im Sommer 2022 begann) und sein Inkrafttreten eine ebenso wichtige Rolle bei der Entscheidung von LGBTQ-Personen spielten, Russland zu verlassen. Die Reaktionen vieler LGBTQ-Personen zeigen ihr völliges Misstrauen gegenüber staatlichen Strukturen und die ständige Angst, die sie in Russland empfinden.

Laut den Monitoringdaten von *Sphera* und *Wychod* verließen 16% der befragten LGBTQ-Menschen (d. h. mehr als 1000 Personen) Russland im Jahr 2022, wobei mehr als 60% davon nach der Ankündigung der «Teilmobilisierung»²⁹ ausreisten. Gleichzeitig erhielten nur 4% der Befragten eine Vorladung, waren also unmittelbar gefährdet, zwangsweise ins Kampfgebiet geschickt zu werden. **Unter den Gründen für die Ausreise wurde das Risiko, eingezogen zu werden, etwa halb so oft genannt (19%) wie die Angst vor Repressionen (38%), die allgemeine Bedrohung der Sicherheit (31%), die Verschärfung der Zensur (30%), die Zunahme homo- und transfeindlicher Einstellungen in der Gesellschaft (28%), der Unwille, in dem Land zu bleiben, das den Krieg begonnen hat, und etwas mit ihm zu tun zu haben (28%) und die Vorbereitung des Gesetzes über «LGBT-Propaganda» (27%).**

Ein ähnliches Bild ergibt sich aus dem Monitoring von *LGBT-Wychod*.³⁰ Diesen Daten zufolge **gaben mehr als 70% der LGBTQ-Personen, die das Land verlassen haben, an, dass ihre sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität ihre Entscheidung, das Land zu verlassen, beeinflusst haben.** Einige der Befragten trafen die endgültige Entscheidung, das Land zu verlassen, nachdem sie in Konflikt mit ihrem unmittelbaren Umfeld und ihren Verwandten geraten waren, die unter dem Einfluss der staatlichen Propaganda sowohl den Krieg als auch die Diskriminierung von LGBTQ-Personen unterstützten. Die Angst vor Verfolgung für LGBTQ-Aktivismus und insbesondere vor einer verstärkten Unterdrückung von LGBTQ-Menschen als Gruppe wurde wiederholt als Grund für die Ausreise genannt. Einige Befragte verglichen das politische Regime in Russland mit einem faschistischen Regime und leiteten daraus die Aussicht auf neue und zunehmend gewaltsame homo- und transfeindliche Aktionen ab. Gleichzeitig ist in diesen Daten der Prozentsatz derjenigen, die Russland zwischen Februar und September verlassen haben, höher als derjenigen, die nach der Ankündigung der Mobilisierung im September emigriert sind (dementsprechend 55,4% und 43,8%).

Es kann gefolgert werden, dass der Grund für die Auswanderung von LGBTQ-Personen nicht die Mobilisierung³¹ an sich war, sondern vielmehr das willkürliche Handeln der russischen Regierung, Misstrauen in die tatsächliche Gewährleistung ihrer Rechte, die Befürchtung einer weiteren Verschärfung der Diskriminierung und Repression gegen LGBTQ-Menschen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität im Kontext des Angriffskrieges gegen die Ukraine.

Ein ähnliches Bild zeigen die Monitorings von T-Aktion, die zwischen Kriegsbeginn (Frühjahr 2022) und Herbst 2023 unter trans Personen durchgeführt wurden: Während in der ersten Umfrage mehr als 90% der Befragten ihren psychologischen Zustand als «sehr schlecht» einstufte, sank dieser Prozentsatz in der zweiten Umfrage (Sommer 2022) auf 69%.³²

30 [Wychod 2022].

31 Im vorliegenden Bericht werden die Begriffe «Teilmobilisierung» und «Mobilisierung» synonym verwendet.

32 [T-Aktion 2023].

In diesen Daten können wir eine Abschwächung sowohl der allgemeinen Schockreaktion in Bezug auf den Kriegsausbruch als auch der Befürchtung erkennen, dass jegliche Zunahme von Chauvinismus und Isolationismus in der Politik des Staates (der weiterhin Hassrede verbreitet) zu Repressionen gegen LGBTQ-Personen führen wird:

*«Was mich am meisten beunruhigt, sind die pessimistischen Aussichten für die Zukunft Russlands insgesamt, die Ungewissheit meiner eigenen Zukunft: Ob ich ohne Mittel zur Bestreitung meines Lebensunterhalts dastehen werde, ohne die Möglichkeit, meine Hormontherapie fortzusetzen, ob Gesetze erlassen werden, die die Rechte von trans Personen einschränken, ob ich ins Ausland gehen und meine Lieben zurücklassen muss, usw».*³³

Bei beiden Umfragen wurde in einer großen Anzahl der freien Antworten die Angst erwähnt, dass der Staat nach Beginn des Krieges eine repressive Politik gegenüber trans Personen verfolgen würde:

*«Sehr viele schwere Gefühle, Ängste. Angst vor Repressionen und neuen Gesetzen im Strafgesetzbuch für das, was ich bin. Angst vor zunehmender Gewalt im Land, Angst, nicht genug Geld zu haben, um den Lebensunterhalt zu bestreiten, Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren».*³⁴

Unmittelbar nach Ausbruch des Krieges befürchteten viele auch, dass die Transition für trans Personen in Russland bald verboten werden würde:

*«Im letzten halben Jahr habe ich schließlich meine Dokumente geändert, die politische Situation hat mich dazu gedrängt, denn am Anfang hatte ich das Gefühl, dass alles dichtgemacht werden könnte».*³⁵

Diese Angst kann mit der internationalen Isolierung Russlands und seinem Rückzug aus internationalen Verträgen in Verbindung gebracht werden: Mit der Furcht, dass dies zur Aufhebung derjenigen Normen führen würde, die der transfeindlichen Rhetorik der «traditionellen Werte» widersprechen, die jedoch größtenteils aufgrund der Gültigkeit dieser Verträge bewahrt wurden.

33 [ebd.]

34 [ebd.]

35 [ebd.]

Ein Jahr später, im Juli 2023, bestätigte sich die Stichhaltigkeit dieser Befürchtung.

Gleichzeitig wird die allgemeine Angst vor zunehmender Gewalt und einer Verschlechterung der finanziellen Situation von vielen Umfrageteilnehmer:innen mit zusätzlicher Härte empfunden – im Zusammenhang mit der Erkenntnis, eine diskriminierte Gruppe zu sein, die von der allgemeinen negativen Entwicklung viel stärker betroffen sein wird.

Die Ängste von trans Personen um ihre Sicherheit stehen in direktem Zusammenhang mit der Zunahme ihrer Auswanderungspläne. Der Anstieg der Zahl der Personen, die die Absicht angaben, Russland umgehend (Minderheit) oder in der fernerer Zukunft (Mehrheit) zu verlassen, wurde am meisten durch die reale Verstärkung ihrer Ängste um ihre Rechte und Sicherheit beeinflusst: Nämlich durch die Verabschiedung des Gesetzes im Juli 2023, das die Änderung des gesetzlichen Geschlechtseintrages verbietet, sowie ebenso die Bereitstellung von medizinischer Hilfe für trans Personen im Rahmen von geschlechtsangleichenden Maßnahmen (siehe weitere Einzelheiten in Abschnitt 3.7).

Aus den Umfragen geht hervor, dass der Anteil der Ausreisenden unter trans Personen im Zeitraum von 2022–2023 niedrig blieb (bis zu 10%). Die Antworten der Ausgereisten zu ihrem psychischen Zustand deuten darauf hin, dass bei der Auswanderung ernsthafte Schwierigkeiten im Zusammenhang mit Diskriminierung, Zugang zu medizinischer Versorgung und Unsicherheit über die Zukunft fortbestehen.

So waren in beiden Gruppen («diejenigen, die gegangen sind») und («diejenigen, die geblieben sind») die häufigsten Antwortmöglichkeiten *«sehr schlecht, nicht zu bewältigen»* und *«schlecht, aber zu bewältigen»*. **Bei den Ausgereisten war jedoch der Anteil derjenigen, die ihren psychischen Zustand als «schlecht, aber ich komme zurecht» bezeichneten, um 10% höher, während bei den Gebliebenen die**

Antwortmöglichkeit «sehr schlecht, ich komme nicht zurecht» vorherrschte – was unter anderem darauf hinweisen könnte, dass trans Personen in Russland nicht mehr wissen, was genau sie tun können und wie sie ihr Leben und ihre Pläne unter dem staatlichem Druck organisieren können. Trotz der Schwierigkeiten in einem anderen Land ist die Mehrheit der Befragten der Meinung, dass sich die Ausreise positiv auf ihren psychischen Zustand ausgewirkt hat: 46% gaben an, dass sich ihr Zustand unmittelbar nach der Ausreise verbessert hat, 20%, dass er sich mit der Zeit verbessert hat. Nur eine Person (weniger als 1%), die an der Umfrage vom Herbst 2023 teilnahm, gab an, dass sie sich aufgrund der Auswanderung schlechter fühlte.

Nach Angaben von *Sphera* und *Wychod* sind 16% derjenigen, die das Land verlassen haben, im Aufnahmeland mit Diskriminierung aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität konfrontiert. Laut der Umfrage *LGBT-Wychod* ist dieser Prozentsatz höher und liegt bei 23,4%.³⁶ Zu den häufigsten Schwierigkeiten gehören: Probleme bei der Wohnungssuche – aufgrund von Ablehnungen homosexueller Paare oder Menschen mit gender-non-konformem Aussehen; Probleme mit dem Zugang zu notwendigen Medikamenten (einschließlich Präparate für die geschlechtsangleichende Hormontherapie); Probleme mit dem Zugang zu Unterstützung durch einschlägige Hilfsorganisationen; Probleme mit häuslicher Gewalt aufgrund von Homo- und Transfeindlichkeit.

1.6 Militarisierung des gesellschaftlichen Lebens und LGBTQ-Personen

Eine Reihe von LGBTQ-Personen, die am Monitoring von *Sphera* und *LGBT-Wychod* teilgenommen haben, gaben an, dass sie von der «Mobilisierung» betroffen waren und nicht vom bewaffneten Konflikt als Ganzes (56%). Diese Auswirkung wurde am häufigsten als erhöhte Angst und Verschlechterung des psychischen Zustands beschrieben (82%).

36

[Wychod 2022].

37

Gemeint ist, dass der Arbeitgeber den Arbeitnehmer offiziell als im Urlaub befindlich verzeichnet, dies aber nicht der Wirklichkeit entspricht. Dies soll die Mobilisierung verhindern.

23% der Befragten gaben an, dass jemand aus ihrem Verwandtenkreis und aus dem Kreis nahestehender Personen eine Vorladung erhalten hatte (817 Personen), 15%, dass jemand aus ihrem Verwandtenkreis und Kreis nahestehender Personen mobilisiert worden war (535 Personen). 14% (518 Personen) gaben an, keine Vorladung erhalten zu haben, aber einem hohen Risiko ausgesetzt zu sein, weil sie wehrpflichtig sind, 4% (173 Personen) berichteten, eine Vorladung erhalten zu haben.

«Nach der Ankündigung der Mobilisierung wurde ich gemäß den Unterlagen in den Urlaub geschickt, damit mein Arbeitgeber mich nicht ausliefern musste.³⁷ Jeden Abend warteten wir auf den Besuch eines Militäroffiziers bei der Polizei, wir hatten Angst, das Haus zu verlassen, wir versuchten, nicht an den Ort zu gehen, an dem wir gemeldet waren. Wir konsumierten eine große Menge von Antidepressiva und Alkohol».³⁸

Die Mobilisierung hatte besonders akute Auswirkungen auf trans Frauen, denen es bislang nicht gelungen war, ihre Dokumente zu ändern. In dieser Gruppe sind negative Erfahrungen mit Militärkommissionen sehr verbreitet (im Rahmen der obligatorischen Registrierung aller Bürger:innen mit einem männlichen Geschlechtseintrag in ihren Dokumenten im Alter von 17 Jahren), ebenso damit verbundene psychologische Traumata (aufgrund von transfeindlichen Beleidigungen, Demütigungen, psychischem Druck und Einschüchterung durch das Personal der Militärkommissionen).³⁹ Vor dem Hintergrund der Ankündigung der «Teilmobilisierung» hatten einige von ihnen Selbstmordgedanken:

«Ich hatte die Absicht, Selbstmord zu begehen, um eine Mobilisierung zu vermeiden».⁴⁰

38 [Sphera, Wychod 2022, S.47].

39 Aktuell ist uns keine umfängliche Studie oder Monitoring des russischen Vorladungssystems als Faktor von Diskriminierung und Gewalt gegenüber LGBTQ-Menschen bekannt. Eine solche Studie ist heute äußerst relevant, da es sich nicht nur um Menschenrechtsverletzungen, sondern auch Rechtsverletzungen gegenüber einer für diese Art von Vergehen zusätzlich vulnerablen Gruppe handelt. Eine solche Studie würde es erlauben, die vielfachen Fälle zu dokumentieren, die beispielsweise diesem, vom «Rechtshilfeprojekt für trans Menschen» festgehaltenen, ähneln: Im Jahr 2016 konnte eine minderjährige trans Frau aufgrund einer psychiatrischen Diagnose faktisch nicht im Bildungs- und Berufsbereich tätig werden. Diese Diagnose war von der medizinischen Kommission des Militärkommissariats aufgrund von Nicht-Übereinstimmung von äußerem Erscheinungsbild und Ausdruck mit dem Geschlechtseintrag gestellt worden. Während des eigentlichen Kommissionsprozesses haben andere Wehrpflichtige gewaltsam versucht, ihr die Haare abzuschneiden und zwangen sie zum Oralsex [Rechtshilfeprojekt für trans Menschen 2018, S.32].

40 [Sphera, Wychod 2022, S.47].

Die «Teilmobilisierung» schafft enorme Möglichkeiten für Willkür (über die in den Medien wiederholt berichtet und die von Menschenrechtsaktivist:innen und Jurist:innen dokumentiert wurde). Dies bedeutet, dass es für eine stigmatisierte soziale Gruppe, zu der LGBTQ-Personen in Russland gehören, zusätzliche Risiken birgt, ebenjener Willkür ausgesetzt zu sein.

Die Jurist:innen von Delo LGBT+ weisen darauf hin, dass im Jahr 2023 mehr als 15% der Rechtsberatungen und 7% der Gerichtsverfahren mit der Willkür der Militärkommissariate zusammenhängen. Darunter befanden sich so ungeheuerliche Fälle wie zwei Fälle der Entführung von trans Männern durch Militärkommissariate und drei Fälle der gerichtlichen Verteidigung von trans Frauen in Strafverfahren wegen Wehrdienstverweigerung.⁴¹ **All diese Handlungen sind vor allem deshalb rechtswidrig, weil die Diagnose F64.0, die entsprechend der Diagnose «Gender Nonkonformität», gestellt wird, erfordert, dass eine Person für wehrdienstuntauglich erklärt wird** (gemäß der «Liste der Krankheiten» – einem Dokument zur Kategorisierung der Wehrdiensttauglichkeit in der Russischen Föderation).

Obwohl das unmittelbare Risiko einer willkürlichen Behandlung von LGBTQ-Personen durch die Militärkommission sie für schwerste Gewalt anfällig macht und daher umgehende juristische Vertretung und ständige Aufmerksamkeit von Menschenrechtsverteidiger:innen erfordert, waren LGBTQ-Personen in Russland im Zeitraum von 2022–2023 relativ selten mit direkten Risiken konfrontiert. Als grundlegende Erklärung kann man annehmen, dass sie sich der Gefahren bewusst sind, die ihnen durch die Institution der Armee und durch das Wehrpflicht-System in der Russischen Föderation drohen. In den meisten Fällen nutzen LGBTQ-Personen die wenigen vorgesehenen Möglichkeiten, sich der Wehrpflicht zu entziehen, und distanzieren sich so weit wie möglich von Aktivitäten im Zusammenhang mit den Streitkräften. Bei der Analyse der Emigrationsmuster von LGBTQ-Personen aus Russland seit Beginn des Krieges muss daher sowohl das mit anderen sozialen Gruppen gemeinsame Motiv (Unwille an einem völkerrechtswidrigen Angriffsrieg teilzunehmen, Angst vor Repressionen) als auch die Wahrnehmung von LGBTQ-Personen,

41 [Delo LGBT+ 2023a], (Manuskript).

dass die Praktiken der Verletzung ihrer Rechte in direktem Zusammenhang mit den institutionellen Veränderungen stehen, die im Land unter dem Einfluss des Krieges stattfinden, beachtet werden.

Umfragen lassen annehmen, dass bei der Ankündigung der «Teilmobilisierung» für LGBTQ-Personen nicht das Bewusstsein für ihr unmittelbares Risiko einer unfreiwilligen Einberufung im Vordergrund stand, sondern die Angst vor der Willkür staatlicher Machtstrukturen. Dabei schafft die «Teilmobilisierung», wie bereits erwähnt, enorme Möglichkeiten für Willkür gegen LGBTQ-Personen, (über die in den Medien wiederholt berichtet wurde und die von Menschenrechtsaktivist:innen und Jurist:innen dokumentiert wurden). Dies bedeutet, dass eine stigmatisierte soziale Gruppe, zu der in Russland insbesondere LGBTQ-Personen gehören, der gleichen Willkür ausgesetzt ist, was zusätzliche Risiken birgt.

2. Eine neue Etappe homofeindlicher Politik. Rechtliche Analyse der Diskriminierung von LGBTQ-Menschen in Russland vor dem Hintergrund des vollumfänglichen Krieges in der Ukraine: Föderales Gesetz Nr. 479 vom 05.12.2022.

2.1 Analyse der Neuerungen in der homofeindlichen Gesetzgebung in Russland

Vor dem Hintergrund des aggressiven Krieges der russischen Regierung gegen die Ukraine wurde mit dem am 5. Dezember 2022 unterzeichneten Föderalen Gesetz Nr. 479 eine neue Etappe der homofeindlichen Politik und Diskriminierung von LGBTQ-Personen eingeleitet. Das Gesetz trägt, wie in Russland häufig praktiziert, einen nichtssagenden Titel: «Über die Einführung von Änderungen in das Gesetzbuch der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten».

Man kann durchaus davon ausgehen, dass gerade die militärischen Rückschläge Auslöser für eine neue Welle homo- und transfeindlicher Gesetze waren. Der Gesetzgeber lenkt von der sozialen, wirtschaftlichen und rechtlichen Instabilität des Landes ab und versucht zugleich, die Ereignisse als Kampf für «traditionelle Werte» zu normalisieren. Diskriminierende Gesetze dienen als mögliches Mittel, um auf «Feind:innen» dieser Werte hinzuweisen und ein populistisches politisches Szenario zu skizzieren. Dieses Szenario bietet je nach Umständen und Publikum entweder Besänftigung durch den Sieg des Staates über die «Feind:innen» (etwa durch einen Bericht über die Sperrung von Materialien mit «LGBT-Propaganda» und die Bestrafung derjenigen, die sich ihrer Verbreitung «schuldig» gemacht haben) oder den Aufruf, sich eigenmächtig mit diesen «Feind:innen» auseinanderzusetzen (beispielsweise durch Denunziation).

Gemäß diesem Gesetz enthält das Gesetzbuch der Russischen Föderation über Ordnungswidrigkeiten eine neue Fassung des Artikels 6.21 «Propaganda für nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und (oder) Vorlieben, Geschlechtsumwandlung». In ihrer Erweiterung werden LGBTQ+ und Pädophilie rhetorisch vereint durch die Artikel 6.21.1. «Propaganda für Pädophilie» und 6.21.2. «Verbreitung von Informationen unter Minderjährigen, die nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und (oder) Präferenzen zeigen und (oder) geeignet sind, bei Minderjährigen den Wunsch nach einer Geschlechtsumwandlung hervorzurufen».

Gemäß Artikel 6.21 des GOW RF gilt Folgendes als rechtswidrig:

«Verbreitung von Informationen und (oder) Begehung öffentlicher Handlungen, die darauf abzielen, nicht-traditionelle sexuelle Einstellungen, die Attraktivität nicht-traditioneller sexueller Beziehungen und (oder) Präferenzen oder Geschlechtsumwandlungen oder eine verzerrte Vorstellung von der sozialen Gleichwertigkeit traditioneller und nicht-traditioneller sexueller Beziehungen und (oder) Präferenzen oder Geschlechtsumwandlungen zu fördern, oder das Aufdrängen von Informationen über nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und (oder) Präferenzen oder über eine Geschlechtsumwandlung, die das Interesse an solchen Beziehungen und (oder) Präferenzen oder an einer Geschlechtsumwandlung wecken».

Zunächst einmal ist der grundsätzlich diskriminierende Charakter der verwendeten Formulierung zu beachten. Der Gesetzgeber postuliert hier Artikel offen eine für das 21. Jahrhundert eigentlich undenkbare Maxime über die «soziale Ungleichheit von traditionellen und nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen».

Buchstäblich alles daran ist eklatant rechtswidrig:

- Die Anwendung des Kriteriums «traditionell» oder «nicht traditionell» nicht auf eine Tracht oder einen kalendarischen Brauch, sondern auf «sexuelle Beziehungen» bezogen;
- Der Versuch des Staates, sich in das Sexualleben der Menschen einzumischen;

- Anwendung des Konzepts «soziale Geringwertigkeit» auf eine soziale Gruppe, was eindeutig auf nationalsozialistische und andere durch das internationale Völkerrecht ausdrücklich verbotene Praktiken verweist.

Außerdem schafft dieser Artikel eine Grundlage für Willkür der Strafverfolger:innen. Während die frühere Version «Propaganda unter Minderjährigen» verbot, verbietet der Artikel nun die «Verbreitung von Informationen» und «öffentliche Handlungen» unter einer unbestimmten Anzahl von Personen – das heißt praktisch jede öffentliche Äußerung über LGBTQ-Personen.

Es ist bezeichnend, dass die russischen Behörden mit dieser Neuerung versuchen, allen Bürger:innen die Subjektivität zu entziehen: LGBTQ-Personen werden ausdrücklich als «sozial ungleich» eingestuft, während alle anderen mit Minderjährigen gleichgesetzt werden, denen es nicht erlaubt ist, selbstständig Informationen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Es ist bemerkenswert, dass der potenzielle Schaden, möge es sogar ein imaginärer sein, aus dem Anwendungsbereich des Artikels herausgenommen wurde. Wurde früher, zumindest in Gerichtsakten, auf den Zweck des gesetzlichen Verbots hingewiesen, nämlich Kinder vor Informationen zu schützen, die angeblich «schädlich für ihre Gesundheit und Entwicklung» sind, so wird dieses Attribut jetzt überhaupt nicht mehr berücksichtigt.

Nach dem neuen Wortlaut des Artikels gilt als Propaganda sowohl die «Verbreitung von Informationen» als auch andere «öffentliche Handlungen» – was im Extremfall praktisch als fast alles verstanden werden kann. Ob zwei Menschen in derselben Wohnung leben, einen gemeinsamen Haushalt führen, händchenhaltend die Straße entlang gehen oder sich der Mensch nach Meinung voreingenommener Beobachter:innen einfach «unkonventionell» kleidet – all dies kann nach Belieben ausgelegt werden als

«die Begehung von öffentlichen Handlungen, die darauf abzielen, nicht-traditionelle sexuelle Einstellungen, die Attraktivität nicht-traditioneller sexueller Beziehungen und (oder) Vorlieben oder einer Geschlechtsumwandlung oder eine **verzernte Vorstellung von der sozialen Gleichwertigkeit traditioneller und nicht-traditioneller sexueller Beziehungen zu fördern».**

oder als «Aufdrängen von Informationen über nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und (oder) Vorlieben oder eine Geschlechtsumwandlung, die das Interesse an solchen Beziehungen und (oder) Vorlieben oder an einer Geschlechtsumwandlung wecken».

Die gerichtliche Praxis zeigt, dass ein solcher Wunsch bei den Strafverfolger:innen regelmäßig aufkommt. Im Beschluss des Moskauer Bezirksgerichts Basmany in der Rechtssache Nr. 5-1881/21 ist die Beschreibung der objektiven Seite der Straftat wörtlich auf solchen Werturteilen aufgebaut:

*«Ein junger Mann im Hosenanzug (mit grüner Weste, schwarzer Jacke und rosafarbener Hose) mit langen Haaren und Make-up, lackierten Nägeln, **in einer Weise, die in Russland kulturell nicht dem Bild eines Mannes mit traditioneller sexueller Orientierung entspricht**»*

2.2 Jüngste Tendenzen bei der Verfolgung von «Propaganda für nicht-traditionelle Werte»: Rechtliche Analyse

Die Neuerung von Artikel 6.21 des GOW RF hebt zwar nicht direkt die Wirkung früher verabschiedeter Rechtsakte der höchsten Gerichtsorgane – des Verfassungsgerichts und des Obersten Gerichtshofs – auf, setzt diese aber faktisch außer Kraft. Während sie ihrem Wesen nach diskriminierend waren, schränkten diese Artikel aufgrund ihrer Rechtsnatur die Willkür zumindest etwas ein.

Primär geht es um zwei solcher Rechtsakte: Den Beschluss des Verfassungsgerichts der Russischen Föderation vom 19. Januar 2010 № 151-O-O und den Beschluss des Gerichtsausschusses für Ordnungswidrigkeiten des Obersten Gerichts der Russischen Föderation vom 15. August 2012 № 1-APG12-11).

So heißt es in Absatz 3 der Entscheidung des Verfassungsgerichts, dass

«Das bloße Verbot von Propaganda – als Tätigkeit der gezielten und unkontrollierten Verbreitung von Informationen, die in der Lage sind, der Gesundheit, der moralischen und geistigen Entwicklung zu schaden, einschließlich der Bildung verzerrter Vorstellungen über die soziale Gleichwertigkeit traditioneller und nicht-traditioneller ehelicher Beziehungen – bei Personen, die aufgrund ihres Alters nicht in der Lage sind, solche Informationen selbstständig kritisch zu beurteilen, kann nicht als Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte der Bürger:innen angesehen werden».

Dadurch wurde zumindest ein gewisser Spielraum für den Schutz der Rechte von LGBTQ-Personen geschaffen, indem Anwält:innen von den staatlichen Behörden Beweise für alle oben genannten Punkte verlangen können. Es wurde auch angemerkt, dass

«solche Beschränkungen keine Maßnahmen beinhalten, die darauf abzielen, Homosexualität zu verbieten oder offiziell zu rügen, sie enthalten keine Anzeichen von Diskriminierung und erlauben aufgrund ihrer Bedeutung keine übermäßigen Handlungen der öffentlichen Hand».

Aus dem Beschluss des Obersten Gerichtshofs geht klar hervor, dass nicht jede öffentliche Aktion als Propaganda anerkannt werden kann – und somit

«verhindert [das Verbot] nicht die Verwirklichung des Rechts, Informationen allgemeinen, neutralen Inhalts über Homosexualität zu erhalten und zu verbreiten, öffentliche Veranstaltungen in der gesetzlich vorgeschriebenen Weise abzuhalten, einschließlich offener öffentlicher Debatten über den sozialen Status sexueller Minderheiten, ohne Minderjährigen als Personen, die aufgrund ihres Alters nicht in der Lage sind, solche Informationen selbstständig kritisch zu bewerten, homosexuelle Lebenseinstellungen aufzuerlegen».

Seit der Verabschiedung einer neuen Fassung von Artikel 6.21 des GOW, der «Propaganda» vor einer unbestimmten Anzahl von Personen verbietet, können selbst diese Entscheidungen höherer

Gerichte (da sie sich auf eine nicht mehr geltende Rechtsnorm beziehen) – die eine Begründung dafür beinhalten, warum diese oder jene Information über LGBTQ-Personen unter die Kriterien der «Propaganda» fällt – nicht mehr angewendet werden. Obwohl sich die Gerichte in ihren Urteilen aus Gewohnheit immer noch auf diese Rechtsakte berufen, ist ihre Durchsetzungskraft auf ein Minimum reduziert worden. Die Kriterien für «rechtswidrige Propaganda», die in den zitierten Gesetzen der höchsten Gerichtsinstanzen festgelegt sind, werden in den Gerichtsentscheidungen von 2023 einfach ignoriert.

Darüber hinaus ist in den im Jahr 2023 erlassenen Rechtsakten eine Tendenz zur extremen Vereinfachung festzustellen, wenn sich das Gericht nicht einmal die Mühe macht, eine Begründung zu geben. So beschränkt sich das Gericht in der Entscheidung des Moskauer Bezirksgerichts Twerskoj in der Rechtssache Nr. 5-920/2023 vom 14. August 2023 auf die Feststellung:

«Die Schuld von [vollständiger Name] an der Begehung der Straftat wird durch die folgenden schriftlichen Beweise bestätigt, die bei der Gerichtsverhandlung geprüft wurden:

- *Die Entscheidung, ein Verfahren wegen einer Ordnungswidrigkeit einzuleiten, wonach am 26. Mai 2023 Mitarbeitende der Zentraldirektion zur Bekämpfung von Extremismus des russischen Innenministeriums beim Durchsuchen des Internets [vollständiger Name] ermittelt, der auf seinem Kanal <...> öffentlich zugängliche Posts mit Informationen veröffentlicht hatte, welche Propaganda für Geschlechtsumwandlung, nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und Vorlieben, Aufforderungen zur Geschlechtsänderung und zu nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen und Vorlieben, Auferlegung von Informationen über nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und Vorlieben, über Geschlechtsänderung enthalten, mit Ausnahme der in Art. 6.21.1 des Gesetzbuchs über Ordnungswidrigkeiten der Russischen Föderation vorgesehenen Fälle;*
- *Das Schreiben der Liga für ein sicheres Internet an die Generalstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation;*
- *Durch den Bericht des Fahndungsbeamten über den Urheber der Benutzerseite;*
- *Untersuchung der Internetquelle vom 26.05.2023 mit Screenshots der Veröffentlichungen von [vollständiger Name];*
- *Bescheinigung über die Polizeirecherche vom 07.06.2023».*

Gleichzeitig ist im Jahr 2023 bei den russischen Gerichten ein deutlicher Anstieg der Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen «Propaganda für nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen» im Vergleich zu den Vorjahren zu verzeichnen. Wurden im Jahr 2022 nach Artikel 6.21 des GOW RF 22 Ordnungswidrigkeitsverfahren geprüft und 16 Anklagen erhoben, so waren es im Dezember 2023 bereits 73 derartige Verfahren, von denen 27 zu Geldstrafen oder Festnahmen (sog. administrative; bis zu 30 Tagen) führten. Dabei enthielten die meisten der abgeschlossenen Verfahren formale Fehler.

2.3 Rechtliche Verankerung der staatlichen homo- und transfeindlichen Informationspolitik. Homo- und transfeindliche Zensur

Betrachten wir die Tatsache, dass sowohl Einzelpersonen, als auch Beamt:innen und juristische Personen mit einer Geldstrafe von einer Million Rubel und bei der Nutzung von Massenmedien und/oder des Internets mit bis zu fünf Millionen Rubel belegt werden können. Für juristische Personen gilt außerdem eine administrative Aussetzung der Tätigkeit. **Die Einführung solcher Sanktionen wurde zu einer neuen Etappe in der russischen Zensurpolitik; zu einem Versuch, die Kulturlandschaft neu zu gestalten.**

Das erste war ein Verfahren wegen Propagierung «nicht-traditioneller sexueller Beziehungen», das von der Moskauer Bezirksabteilung des Innenministeriums in Goljanowo gegen den Verlag *Popcorn Books* eingeleitet wurde. Dies erfolgte im Zusammenhang mit der Veröffentlichung des Buches «Ein Sommer im Pionierhalstuch» von Elena Malisowa und Katerina Silwanowa. Das Buch handelt von der Beziehung zwischen einem Pionier und einem Gruppenleiter im Jahr 1986 und wurde im Jahr 2022 zu einem der meistverkauften Romane in Russland. Daraufhin folgten eine Reihe von Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen Streamingdienste.

Jedes Erscheinen einer LGBTQ-Figur in einem Film, das von einem Online-Streamingdienst ausgestrahlt wird, sei es nur für einige Sekunden, wird zu einem Grund, ein Strafverfahren wegen Ordnungswidrigkeit einzuleiten und den Verstoß mit einer Geldstrafe und der Sperrung der Internetquelle zu ahnden

(Fall Nummer 05-0835/2023, 05-0566/2023, 05-0920/2023, usw.). Für die Sperrung einer Internetressource ist in diesem Fall eine neue Rechtsvorschrift vorgesehen, nämlich in der Verordnung des Föderalen Dienstes für die Überwachung von Kommunikation, Informationstechnologie und Massenkommunikation (Roskomnadzor) vom 27. Februar 2023 N 25 mit dem absolut unlesbaren Titel:

«Über die Genehmigung von Kriterien für die Bewertung von Materialien und (oder) Informationen, die für den Föderalen Dienst für die Überwachung im Bereich der Kommunikation, der Informationstechnologien und der Massenmedien erforderlich sind, um Entscheidungen zu treffen, die die Grundlage für die Aufnahme in das einheitliche automatisierte Informationssystem „Einheitliches Register der Domain-Namen, Weblinks“ von Domain-Namen und (oder) Weblinks im Informations- und Telekommunikationsnetz „Internet“ sowie von Netzadressen bilden, die die Identifizierung von Webseiten im Informations- und Telekommunikationsnetz „Internet“ ermöglichen, und die Informationen beinhalten, deren Verbreitung in der Russischen Föderation verboten sind».

Gemäß dieser Anordnung sperrt Roskomnadzor Ressourcen im Internet, die mindestens eines der folgenden Kriterien erfüllen:

- **«Verfügbarkeit von Informationen, die darauf abzielen, von der Attraktivität nicht-traditioneller sexueller Beziehungen sowie von Präferenzen und Einstellungen zu überzeugen, einschließlich der Darstellung eines positiven Bildes von Personen in nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen in Verbindung mit ihren nicht-traditionellen sexuellen Präferenzen, Einstellungen oder **der Äußerung einer positiven Bewertung oder der Billigung nicht-traditioneller sexueller Beziehungen, Präferenzen und Einstellungen;****
- **Verfügbarkeit von Informationen, die darauf abzielen, eine verzerrte Vorstellung von der sozialen Gleichwertigkeit traditioneller und nicht-traditioneller sexueller Beziehungen, Vorlieben und Haltungen zu vermitteln;**
- **Verfügbarkeit von Informationen, die die Ablehnung traditioneller sexueller Beziehungen, Vorlieben und Einstellungen zugunsten von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen, Vorlieben und Einstellungen rechtfertigen;**

- **Verfügbarkeit von Informationen**, die das Interesse an nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen wecken und **darauf abzielen, negative Einstellungen gegenüber diesen Beziehungen in positive umzuwandeln, indem sie Informationen über nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen aufdrängen**, einschließlich der systematischen Verteilung von Materialien mit Darstellungen und/oder Beschreibungen von nicht-traditionellen sexuellen Beziehungen, die nicht nur rein zufällig sind;
- Verfügbarkeit von Informationen, die für **die Vorteile nicht-traditioneller sexueller Beziehungen gegenüber traditionellen sexuellen Beziehungen argumentieren**;
- Verfügbarkeit von Informationen, die darauf abzielen, eine positive Einstellung zur Änderung des Geschlechts einer Person zu entwickeln, einschließlich Informationen, die eine Begründung oder **Rechtfertigung für die Zulässigkeit der Änderung des Geschlechts einer Person enthalten, die ihre natürliche Geschlechtsidentität ablehnt**;
- Verfügbarkeit von Informationen über **die Vorteile einer Geschlechtsumwandlung.**»

Wie aus dem zitierten Material hervorgeht, **fällt jeder Hinweis auf LGBTQ+ oder Beziehungen zwischen LGBTQ-Personen, der nicht in einem negativen Kontext steht, unter diese Kriterien.** Unter diesen Umständen stehen zum Beispiel russische Verleger:innen vor einer schwierigen Wahl – entweder eine ständige Selbstzensur auszuüben oder ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der Russischen Föderation einzustellen.

Allein vom 1. bis 4. September 2023 (d. h. innerhalb von zwei Arbeitstagen) verschickte Roskomnadzor 45 Bescheide, in denen die Entfernung solcher Inhalte gefordert wurde. Das Material wurde aus 22 Quellen entfernt; 23 Websites, die der Aufforderung der Behörde, verbotenes Material zu entfernen, nicht nachkamen, wurden gesperrt. Darüber hinaus sperrte Roskomnadzor im September 2023 die bei LGBTQ+ beliebte Dating-App «Hornet».

Es ist bezeichnend, dass in der gerichtlichen Praxis die Anforderung, diese «Kriterien» zu erfüllen, nicht nur auf Veröffentlichungen, sondern auch auf persönliche mündliche Äußerungen in einer Alltagssituation angewendet werden kann.

Die Anwälte des Projekts Delo LGBT+ machen auf ein Gerichtsurteil aufmerksam, das eine persönliche Meinung über LGBTQ-Personen als «LGBT-Propaganda» qualifizierte, die in einem privaten Gespräch geäußert wurde und überhaupt nicht zu Taten aufforderte, jedoch eine nicht-verurteilende, lediglich eine neutral-positive Wertung über LGBTQ-Personen enthielt.⁴² Die Ordnungswidrigkeitsstrafe wurde für die folgenden Äußerungen verhängt, die in einer Alltagssituation (während einer Unterrichtspause an der Universität) gemacht wurden:

*«LGBT sollte in Russland nicht verboten werden»; «LGBT ist eine Norm, die auf Forschung und Wissenschaft basiert»; «eine Geschlechtsumwandlung ist gut, wenn man das Gefühl hat, nicht zu seinem Gender zu gehören».*⁴³

Dieses Beispiel zeigt nicht nur die wachsende Denunziationskultur in Russland, sondern auch die Tatsache, dass selbst private Äußerungen der staatlichen Kontrolle unterliegen.

Dieser Umstand ist für LGBTQ-Personen selbst besonders gefährlich, da er die Normalisierung der Kontrolle über alle Bereiche ihres Lebens bedeutet: die Unmöglichkeit, einen von der Öffentlichkeit unabhängigen Bereich zu finden, in dem sie garantiert vor Anschuldigungen sicher wären, zunächst der «LGBT-Propaganda» und in jüngster Zeit der Verbreitung von Informationen über eine «extremistische Bewegung».

2.4 Rechtsprechung zu homo- und transfeindlichen Morden: Normalisierung von Hasskriminalität gegen LGBTQ+ in der Russischen Föderation

Da sich LGBTQ-Personen in Russland seltener an die Polizei wenden, um Straftaten anzuzeigen und sich darüber hinaus die Polizei oft weigert, solche Fälle zu verfolgen, können wir nicht behaupten, das volle Ausmaß von Straftaten gegen LGBTQ-Personen zu kennen.

42 [Delo LGBT+ 2023a], (Manuskript).

43 (Entscheidung in der Sache № 5-287/2023 über eine Ordnungswidrigkeit durch den Friedensrichter des Gerichts des Gerichtsbezirks № 8 in Nischni Nowgorod vom 12.05.2023).

Doch selbst die verfügbaren Daten reichen aus, um festzustellen, dass die **Rhetorik des Hasses, die in staatlichen Medienkampagnen verwendet wird und diskriminierenden Gesetzen zugrunde liegt, in die Praxis von Gerichten und Strafverfolgungsbehörden einfließt, die wiederum durch ihre Untätigkeit oder sogar direkte Ermutigung von Täter:innen dazu beitragen, dass die homo- und transfeindliche Aufwiegelung vermehrt zu tätlichen Angriffen und Hasskriminalität führt.** Die Zahl der Gewaltverbrechen gegen LGBTQ+ als soziale Gruppe, einschließlich schwerer Verbrechen wie Mord, nimmt ständig zu. Solche Verbrechen werden viel nachlässiger verfolgt und sie werden nicht, wie gesetzlich vorgeschrieben, als Verbrechen aus Hass gegen eine gesellschaftliche Gruppe eingestuft.

Darüber hinaus sind bereits Fälle bekannt, in denen Geschworene den Mörder einer LGBTQ-Person freisprachen (wie dies insbesondere im Basmany-Gericht von Moskau in der Rechtssache Nr. 01-0042/2020 der Fall war, in der A. B. des Mordes an R. E. angeklagt worden war). In anderen Fällen stellen die Gerichte in ihren Urteilen direkt fest, dass die Angabe des Opfers über seine LGBTQ-Zugehörigkeit rechtswidrig und der Mord an einer LGBTQ-Person daher *«vollkommen auf das unmoralische Verhalten des Opfers zurückzuführen»* sei, was einen mildernden Umstand darstellt und zu einer geringeren Strafe führt.

Wie Evgeny Shtorn hervorhebt, fordert Heterosexualität als System von Machtbeziehungen eine besondere Brutalität der Täter, um ihren Status als sexuelle Norm aufrechtzuerhalten. Aus diesem Grund weisen einige der analysierten Fälle ein hohes Maß an Gewalt auf. In manchen Fällen reichte der Mord nicht aus, um das Opfer für die Verletzung der Grenzen der Sexualität zu «bestrafen» — der Täter musste durch die Misshandlung verdeutlichen, dass die «Bestrafung» mit der Sphäre der Sexualität verbunden war:

«Er beschloss, dass [vollständiger Name] aufgrund seines Verhaltens nicht würdig war, ein Mann zu sein, und schnitt ihm Hodensack und Penis ab und legte den Hodensack und den Penis auf sein Gesicht».

Der Mörder sieht die Tat jedoch oft nicht als Problem an: Seine Aufgabe ist es, die bestehende Ordnung der Heterosexualität zu schützen, und er betrachtet seine Tat nicht als Verbrechen.

Dies äußert sich darin, dass der Täter sich beeilt, enge Freund:innen oder Verwandte von seiner Tat zu benachrichtigen, um deren Unterstützung oder eine Art symbolischer Rechtfertigung und Akzeptanz seiner Tat zu erhalten, die nach Ansicht des Täters auf der Herstellung von Gerechtigkeit gegenüber dem System heteronormativer Machtverhältnisse beruht.

Die Angeklagten versuchen, ihre Taten zu rechtfertigen, indem sie auf die Homosexualität des Opfers verweisen und auf die «Unmoral», «Verderbtheit» und «Gefahr» hinweisen, die von der Zugehörigkeit des Menschen zur LGBTQ-Community ausgehe. Und tatsächlich trägt in einer Reihe von Fällen das Gericht diesem Umstand Rechnung und mildert die Strafe. Evgeny Shtorn beschreibt einen absolut ungeheuerlichen Fall, als das Berufungsurteil der Justizkammer für Strafsachen des Obersten Gerichts der Republik Mordowien vom 19. Juli 2016 in der Rechtssache 1-75/2016 den Umstand – *«Unsittlichkeit des Verhaltens des Opfers als Grund für die Straftat»* – als strafmildernd für E.D.K. anerkannte, wie es in Absatz Z, Teil 1, Artikel 61 des Strafgesetzbuchs vorgesehen sei. Die gegen E.D.K. gemäß Artikel 105, Absatz 1 des Strafgesetzbuches verhängte Strafe wurde auf 8 Jahre und 3 Monate Freiheitsentzug herabgesetzt. Der Rest der Strafe wurde unverändert gelassen.⁴⁴

Das bedeutet, dass die Justiz in Russland den Täter:innen das Recht zugesteht, die Normen von Sexualität zu bestimmen. Diese Degradierung des Justizsystems und der Rechtsstaatlichkeit verdeutlicht, dass echte rechtliche Garantien für LGBTQ-Personen in Russland fehlen. Es ist bezeichnend, dass diese Praxis in russischen Gerichtsverfahren schon seit geraumer Zeit besteht, was zusätzlich zu ihrer Verankerung beiträgt.

Bereits im Jahr 2013, nach der Verabschiedung des föderalen Gesetzes Nr. 135-FG (das sogenannte «Gesetz über das Verbot von LGBT-Propaganda unter Minderjährigen»), haben Menschenrechtsaktivist:innen dessen Auswirkungen auf die Zahl der Hassverbrechen und die Reaktion darauf in der Rechtsprechung untersucht.

In einer Studie über Hassverbrechen gegen LGBTQ-Personen wird festgestellt, dass **das diskriminierende Gesetz gegen LGBTQ-Menschen, welches sie als «unerwünschte» Mitglieder der Gesellschaft einstuft, eine wesentliche Rolle bei der Zunahme von Hassverbrechen gegen diese Gruppe gespielt hat.**

Dies zeigt sich vor allem an der schieren Zahl der Gerichtsurteile zu Hassverbrechen gegen LGBTQ-Personen.⁴⁵ Im Jahr 2010 wurden nur 18 derartige Urteile gefällt; da LGBTQ-Themen jedoch zunehmend im offiziellen Diskurs thematisiert werden, beginnt diese Zahl zu steigen. In den Jahren 2011 und 2012 wurden 32 bzw. 33 Urteile gefällt. Mit der Verabschiedung des «Gesetzes über das Verbot von LGBT-Propaganda» im Jahr 2013 erhöhte sich diese Zahl um mehr als ein Drittel auf 50. Im Jahr 2015 gab es bereits 65 Gerichtsurteile.⁴⁶ **Das heißt, dass sich in der Zeit der aktiven homo- und transfeindlichen Rhetorik von Vertreter:innen der höchsten Behörden die Zahl der Hassverbrechen gegen LGBTQ-Personen mehr als verdreifacht hat.**

Eines der Verbrechen zeigt, dass Hassrede in Staatssendern direkt zu Gewalt gegen LGBTQ-Personen führt. Im Jahr 2012 rief der Fernsehmoderator Dmitri Kiselev im Fernsehsender *Rossiya* dazu auf, «die Herzen der Schwulenzu verbrennen». Im Jahr 2014 wurde die folgende Verurteilung wegen Mordes ausgesprochen:

«Am 16. Februar 2014 wartete er [der Angeklagte] nachts in [Adresse] darauf, dass K. A. S. das Haus von Z. verlässt, wo sie zuvor gemeinsam Alkohol getrunken hatten, und in Anbetracht seiner persönlichen Feindseligkeit gegenüber besagter Person, die durch deren Vorschlag, den Akt von Päderastie⁴⁷ zu begehen, entstanden war, schlug er ihm mit einer Brechstange etwa viermal auf den Kopf, schnitt ihm dann mit einem Messer das Herz heraus und entfernte es, das er zu Hause briet und aß; er zeichnete diesen Vorgang mit der Kamera seines Telefons auf, begleitet von seinen Kommentaren. Er hatte die Brechstange und das Messer, die er für die oben genannten Handlungen verwendete, vorläufig aus seinem Haus mitgenommen, und nach der Ermordung von K. A. S. brachte er sie zurück ins Haus» (Urteil im Fall 2-4/2015, Wolgograd).⁴⁸

45 [Kondakov 2016].

46 [ebd., S. 65–66].

47 Päderastie – meint in Russland Sex zwischen Männern; negative Konnotation.

48 [Kondakov 2016, S. 72].

Es ist bezeichnend, dass selbst in diesem abscheulichen Fall das Gericht als grundlegende Motivation für die Tat «persönliche Abneigung» feststellte. Diese Einstufung eines mit besonderer Grausamkeit begangenen Mordes zeigt die Tendenz der russischen Gerichte, eine Verurteilung von Hassverbrechen gegen LGBTQ-Menschen zu vermeiden.

Die Gerichtsentscheidungen schaffen eine Situation, in der von der Legislative verbreiteter Hass gegen LGBTQ-Personen durch die Legitimation von Verbrechen durch die Justiz ergänzt wird.

Diese Tendenz wird auch durch Fälle bestätigt, in denen sexuelle Orientierung und Gender des Opfers einer Straftat als mildernder Umstand für den Täter anerkannt werden. Diese werden in den Protokollen als «unmoralisches Verhalten» bezeichnet und sie dienen als Grundlage für weitere Auslegungen der Tat (Mord wird dadurch als unbeabsichtigt, aus Gründen persönlicher Feindseligkeit, durch unmoralisches Verhalten provoziert und im Affekt begangen interpretiert):

*«Biryukov fügte schweren gesundheitlichen Schaden zu, in einem Zustand plötzlicher starker emotionaler Erregung (Affekt), verursacht durch die unmoralischen Handlungen des Opfers. [...] Biryukov, [...] in einem alkoholisierten Zustand befindlich, **aufgrund plötzlich entstandener feindseliger Beziehungen zu [vollständiger Name 1], verursacht durch dessen Absicht, einen Akt der Päderastie mit Biryukov zu begehen, und bestätigt durch sein unmoralisches Verhalten und seine aktiven Handlungen, die sich darin äußerten, dass er die Genitalien von Biryukov berührte, worauf plötzlich eine starke seelische Erregung eintrat, verursacht durch dieses unangemessene Verhalten von [vollständiger Name 1], sich selbst vergessend, mit dem Ziel, der Gesundheit Schaden zuzufügen, warf [vollständiger Name 1] im Laufe des Kampfes im Hinterzimmer der Wohnung auf den Boden und schlug auf ihm sitzend mindestens 18 mal mit den Fäusten beider Hände auf verschiedene Körperteile von [vollständiger Name 1] ein [...] Das Gericht sieht es als erwiesen an, dass die Handlungen des Angeklagten als plötzliche Reaktion auf das rechtswidrige, unmoralische Verhalten des Opfers erfolgten, das im Zustand der Trunkenheit Absichten äußerte und Handlungen beging, die darauf abzielten, einen Akt der Päderastie mit Biryukov zu begehen, was dieser als ernst gemeint verstand»** (Urteil im Fall 1-2/2015, Vilyuchinsk, Gebiet Kamtschatka)».⁴⁹*

In einigen Fällen, in denen die Straftat gegen eine LGBTQ-Person mit einer höheren Strafe geahndet wurde, war der erschwerende Faktor wiederum nicht ein auf sexueller Orientierung und Gender basierendes Hassmotiv, sondern der Beweis, dass das Opfer keine LGBTQ-Person war. Dies war der Grund für die Entscheidung, ein höheres Strafmaß zu verhängen:

*«Die Ansicht der Verteidigung, dass AA mit Mord und sexuellen Handlungen Balschinimajev drohte, hält das Gericht auch aufgrund der Tatsache für unhaltbar, dass nach den Aussagen von MP, BB, AA keine Anzeichen einer nicht-traditionellen sexuellen Orientierung hatte, er hat einen positiven Charakter, genießt Autorität und Respekt unter Kolleg:innen und anderen Sportler:innen, war verheiratet, hat Kinder und verhielt sich ruhig, wenn er betrunken war»
(Urteil im Fall 1-27/2015, Zabaikalsk, Zabaikalsky Krai).⁵⁰*

Diese rechtlichen Präzedenzfälle lassen den Schluss zu, dass das Justizsystem in Russland bereits seit 2013 LGBTQ-Personen nicht wirklich vor Hassverbrechen schützt. Gleichzeitig zeigen Statistiken eine Zunahme solcher Verbrechen.

Entscheidend für die Einstufung einer Straftat als Hassverbrechen ist die Fähigkeit, dieses Motiv von verschiedenen Arten ergänzender Motive wie persönliche Feindseligkeit, häusliche Streitigkeiten oder Diebstahl zu trennen. **Statistiken über Straftaten gegen LGBTQ-Personen in Russland zeigen, dass die Zahl der Straftaten, bei denen kein anderes Motiv als der Hass auf LGBTQ-Personen als Gruppe festgestellt werden konnte, am stärksten gestiegen ist.** Zwei Jahre nach der Verabschiedung des Gesetzes hat sich die Zahl der nachgewiesenen Morde an LGBTQ-Personen, für die kein anderes Motiv als Hass festgestellt wurde, verdreifacht: Während es 2012 nur vier solcher Fälle gab, waren es 2015 bereits 12.⁵¹

Eine vergleichende Analyse ermöglicht es uns, das sich wandelnde rechtliche Umfeld in Russland mit der Strafverfolgung in anderen Ländern zu vergleichen.

⁵⁰ [ebd., S. 52].
⁵¹ [ebd., S. 69–70].

Die Autor:innen der Studie verglichen den Kriminalitätsindex (das Verhältnis zwischen Zahl der Verbrechen und Bevölkerung) in Kalifornien (dem größten Bundesstaat der USA) und Russland von 2010 bis 2015, wobei die Stichprobe nur solche Verbrechen umfasste, bei denen es sich eindeutig um Mord als Hassverbrechen handelte. Die Autor:innen stellten fest:

«Diese Daten zeigen, dass Russland und die USA im Jahr 2010 ungefähr die gleiche LGBT-Mordrate verzeichneten, aber seit 2013 steigt der russische LGBT-Mordindex stetig an und überholt die Zahlen der USA. Im Jahr 2015 ist die LGBT-Mordrate in Russland 2,5 Mal höher als in den USA (der Mittelwert der USA für alle Jahre beträgt 54% des Mittelwerts von Russland). In Bezug auf die absoluten Indikatoren beginnt Russland die USA bereits 2013 zu überholen, als das Gesetz über die „Propaganda nicht-traditioneller sexueller Beziehungen“ verabschiedet wurde».⁵²

So führte die diskriminierende Gesetzgebung in der Russischen Föderation bereits 2016–2017 zu einem exponentiellen Anstieg von Hassverbrechen gegen LGBTQ-Menschen. Die Jurist:innen von Delo LGBT+ bestätigen die rechtswidrige Missachtung des Motivs gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit durch die Strafverfolgungsbehörden in den Jahren 2022–2023: Von 48 Hassverbrechen gegen LGBTQ-Personen, die von professionellen Jurist:innen bei der Polizei und dem Ermittlungsausschuss der Russischen Föderation gemeldet wurden, wurden nur sieben Fälle verfolgt.⁵³

Dies lässt den Schluss zu, dass LGBTQ-Personen in der Russischen Föderation mit zunehmender Rechtsunsicherheit konfrontiert sind. Diese wird unmittelbar durch in sozialen und institutionellen Praktiken verankerte homo- und transfeindliche Panik befördert.

2.5 Normalisierung von Hass und Mehrfachdiskriminierung: LGBTQ-Personen mit Migrationserfahrung, die in der Sexarbeit tätig sind

Diskriminierende Rechtsvorschriften tragen zur sozialen Marginalisierung der Opfer bei und beziehen daraus zugleich ihre Legitimation.

52 [ebd., S. 87].

53 [Delo LGBT+ 2023a], (Manuskript).

Diese Marginalisierung kann wiederum durch die Kriminalisierung des Bildes von LGBTQ-Personen verstärkt und erweitert werden. Dieses Schema führt dazu, dass die Verfolgung von LGBTQ-Personen bei denjenigen beginnt, die zu ohnehin schon marginalisierten Gruppen gehören und die sich bereits in der rechtlichen Grauzone befinden. **So sind LGBTQ-Personen, die in der Sexarbeit tätig sind, und insbesondere Migrant:innen, im Zusammenhang mit dem neuen Gesetz zusätzlichen Risiken ausgesetzt.**

Der Bereich der Sexarbeit ist in Russland kriminalisiert (er kann unter Artikel 6.11 des sogenannten Ordnungswidrigkeitengesetzes «Entgegennahme von Einkünften aus Prostitution» oder Artikel 242 des Strafgesetzbuchs «Illegale Herstellung und Handel mit pornografischen Materialien oder Gegenständen» fallen). Die Gemeinschaft der Sexarbeiter:innen ist sehr geschlossen, insbesondere im Fall von LGBTQ+ (in erster Linie trans Frauen) und zusätzlich LGBTQ-Personen mit Migrationshintergrund, was es schwierig macht, die Diskriminierung dieser Gruppe zu registrieren, Fälle von Rechtsverletzungen zu dokumentieren und sich für sie einzusetzen. **Dies macht LGBTQ-Personen, die in der Sexarbeit tätig sind, zu einer Gruppe mit sich überschneidenden Diskriminierungsformen. Sie sind zusätzlichen Risiken von Gewalt, auch seitens der Strafverfolgungsbehörden, ausgesetzt.**

Laut den Studien von *Sfera* und *Wychod* haben im Jahr 2022 5% der Befragten (339 Personen) mindestens einmal Sexarbeit (sexuelle Handlungen gegen Bezahlung, Escort, Arbeit als Webcam-Model) angenommen. 25% davon sind trans Personen. Viele der Befragten gaben finanzielle Probleme und die Unmöglichkeit an, einen Job zu finden. **Der Kreis der LGBTQ-Personen, die in den Anwendungsbereich von Artikel 62 Absatz 1 fallen können, scheint also sehr groß zu sein, wenn es auch eine große Grauzone gibt.**

Im Falle von LGBTQ-Personen, die in der Sexarbeit tätig sind, ist es sehr wahrscheinlich, dass die neuen Bestimmungen von Artikel 6.21 zur Denunziation genutzt werden.

Über einen solchen Fall, der sich unmittelbar nach der Verabschiedung des Gesetzes ereignete, berichtet die Rechtsanwältin Eva Chatess:

«In der Region Moskau nahm eine trans Frau [die in der Sexarbeit tätig ist] Kunden mit zu sich nach Hause und hatte deshalb einen Konflikt mit dem Pförtner. Als sie der Hausmeister bemerkte, sagte er: „Ah, Perverse!“. In den ersten Tagen, als das neue Gesetz in Kraft trat, rief der Pförtner die Polizei und beschwerte sich über sie» [9].

Unter den LGBTQ-Personen in Russland, die in der Sexarbeit tätig sind, gibt es eine bedeutende Gruppe von trans Frauen aus den Post-Ost-Ländern in Zentralasien (vor allem Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan). Der Grund für ihre Migration ist nicht nur ihre schwierige wirtschaftliche Lage, sondern auch das sehr hohe Maß an Homo- und Transfeindlichkeit in diesen Ländern. Darüber hinaus ist in einigen dieser Länder Homosexualität nach wie vor strafbar, und es gibt kein Verfahren, um den rechtlichen Geschlechtseintrag de facto oder de jure zu ändern (in Aserbaidshan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan)⁵⁴. **Die gegenseitige Beeinflussung dieser verschiedenen Faktoren sozialer, wirtschaftlicher und rechtlicher Diskriminierung erklärt die Beteiligung von trans Frauen aus diesen Ländern an der Sexarbeit.**

Laut einer Studie von *Kyrgys Indigo* wurden 83 Prozent der trans Frauen, die in der Sexarbeit tätig sind und über Migrationserfahrung verfügen, in Russland erpresst, und 74 Prozent wurden mindestens einmal illegal festgenommen [10]. Darüber hinaus sind trans **Migrant:innen, die in der Sexarbeit tätig sind, häufig Opfer von Hasskriminalität [11]. Der Grund dafür ist nicht nur die Überschneidung von transfeindlichem Hass mit Rassismus, sondern auch das Vertrauen der Täter:innen in ihre Straffreiheit aufgrund der rechtlichen Benachteiligung der Opfer.**

Es ist bezeichnend, dass die neuen Normen von Artikel 61.2 bei trans Sexarbeiter:innen zur Anwendung kamen, die auch Migrant:innen waren.

Der Grund für die Einleitung der Verfahren waren die von ihnen ins Internet gestellten Angebote für sexuelle Dienstleistungen, die in der Darstellung der Anklage «öffentlich ein Interesse an der Attraktivität von nicht-traditionellen Beziehungen zum Ausdruck bringen», indem sie

«als männliche Person ein Foto mit einem weiblichen Erscheinungsbild postet, nämlich mit weiblicher Kleidung (Rock), mit Anzeichen weiblicher Brüste, mit langen blonden Haaren, Make-up und mit entblößten männlichen Genitalien (Penis)» [12].

Das diskriminierende Gesetz betraf also vor allem Menschen mit mehreren, sich überschneidenden ÄStigmatisierungsfaktoren (LGBTQ-Personen, trans Frauen mit männlicher rechtlicher Geschlechtsidentität, Migrant:innen, Sexarbeiter:innen).

In diesem Fall wurde es rechtlich auf besonders perfide Weise angewandt, da Grundlage für die Verurteilung keine Handlung, sondern die Identität war: Wären die Verdächtigen keine trans Frauen mit männlicher rechtlicher Geschlechtsidentität, würde ihre Handlung (das Anbieten von Sexdienstleistungen und die Veröffentlichung von Fotos, auf denen sie «weiblich» aussehen) nicht unter die «öffentliche Bekundung des Interesses an der Attraktivität nicht traditioneller Beziehungen» fallen.

Im ersten Monat nach Verabschiedung des Gesetzes kam es in Großstädten (vor allem in Moskau und St. Petersburg) zu massiven polizeilichen Schikanen gegen trans Frauen, die in der Sexarbeit tätig sind. Dies berichtete ein anonymer Insider der Gruppe *Trans*Koalition* [13]. Die Schikanen nahmen die Form polizeilicher Gewalt an, z. B. die Identifizierung von Sexarbeiter:innen durch Beamte, die sich als Kunden ausgaben (abfällig als «Kontrollkäufe» bezeichnet). **Die Verdächtigen wurden wegen «Propaganda für nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und/oder Präferenzen sowie Geschlechtsumwandlung» angeklagt – weil sie für die Strafverfolgungsbehörden und Gerichte «Männer» waren, die offen homosexuelle Handlungen anboten.**

Im April wurde ein weiteres Verfahren gegen trans Sexarbeiter:innen in Krasnodar eingeleitet. Fünf trans Frauen, von denen zwei nicht die russische Staatsangehörigkeit besaßen, wurden wegen «Propagierung nicht-traditioneller sexueller Beziehungen und/oder Vorlieben sowie Geschlechtsumwandlung» und «Ausübung von Prostitution» zur Verantwortung gezogen. Das Gericht beschloss, sie nicht nur nach Artikel 6.21 zu verfolgen, sondern sie auch auszuweisen.

Der von der Polizei erstellte Bericht bestätigt die gleiche Logik der Anwendung des Artikels wie in den vorangegangenen Fällen: Die Handlungen der Verdächtigen werden auf Grundlage ihrer Identität (oder genauer gesagt auf der Grundlage ihres gesetzlichen Geschlechtsmarkers – männlich) **interpretiert**, wodurch es möglich ist, die Tatsache, dass sie *«chirurgische Eingriffe vorgenommen haben, um ihr Aussehen zu verändern, um wie eine Frau auszusehen»* und *«sexuelle Dienstleistungen gegen finanzielle Vergütung erbracht haben»*, als eine einzige rechtswidrige Handlung zu qualifizieren.

Dieser Fall zeigt auch das Zusammenspiel von Hassrede in der Strafverfolgungspraxis und in den Medien. Das Gerichtsverfahren wurde zum Medienereignis, und die zitierten Auszüge aus dem Protokoll wurden zum Hauptbestandteil des Falles, wodurch ein obszönes und gleichzeitig reduziertes und kriminalisiertes Bild von LGBTQ-Menschen entsteht. Der Text der Veröffentlichung umrahmt und bestätigt nur die Formulierungen, die diesen Medieneffekt erzeugen, indem er die inhaftierten trans Frauen als *«Männer, die das Geschlecht gewechselt haben und nicht-traditionelle Beziehungen fördern»* und *«zwei 30-jährige Ausländer aus Nachbarländern»* [14] beschreibt.

Die Umsetzung eines diskriminierenden Gesetzes gegen LGBTQ-Personen macht das Recht zum Dienstleister der Medien. Während die Publikationen einen populistischen Effekt erzielen, indem sie nicht nur Homo- und Transfeindlichkeit, sondern auch Feindlichkeit gegen Migrant:innen schüren, setzt die Praxis der Strafverfolgungsbehörden und Gerichte diese Kriminalisierung von LGBTQ-Personen direkt um und normalisiert die Verletzung ihrer Rechte.

Die erhöhte Aufmerksamkeit für trans Frauen unter Artikel 6.21 zeigt diesen Verfall des Rechts, weil es unfähig ist, zu formulieren, welche Handlung «LGBT-Propaganda» sein soll. Das Verschwinden des Konzepts «Handlung», ihres tatsächlichen Nachweises und ihrer Auslegung in der russischen Rechtspraxis zerstört das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, indem es die Person und nicht die Handlung zum Gegenstand der Rechtsprechung macht.

So verbreitet sich die Diskriminierung von LGBTQ-Personen schnell, nicht nur rhetorisch, sondern auch als praktische Norm: Sie wird zu einer institutionellen Praxis in der Polizei und in den Gerichten und dann zu einem medialen Narrativ, der ein marginalisiertes und kriminalisiertes Bild von LGBTQ-Personen verbreitet (was eine Assoziation zwischen LGBTQ-Personen und Kriminalität herstellt). Als direkte Folge dieser Logik werden die Rechte derjenigen LGBTQ-Personen, die zusätzliche Faktoren der Marginalisierung aufweisen (Sexarbeit und Migrationserfahrungen), massiv verletzt.

2.6 Folgen der Normalisierung des Hasses: wirtschaftliche Marginalisierung

Die anhaltende Diskriminierung auf gesetzlicher Ebene wirkt sich fatal auf die soziale und wirtschaftliche Lage von LGBTQ-Personen aus. Die Täter:innen sind sich der Tatsache bewusst, dass diese Menschen einer diskriminierten Gruppe angehören, und haben daher keine Angst vor der Verfolgung ihrer rechtswidrigen und diskriminierenden Handlungen. Gleichzeitig ergreifen LGBTQ-Personen weniger Maßnahmen zum Schutz ihrer Rechte, da sie der öffentlichen Ordnung und den Justizsystemen misstrauen und Vergeltungsmaßnahmen der Täter:innen fürchten.

Nach den Monitoringdaten von Sfera und Wychod befand sich 2022 ein Viertel der befragten LGBTQ-Personen an der Armutsgrenze: Sie konnten sich nur das Nötigste wie Lebensmittel und Medikamente leisten. Gleichzeitig befanden sich 5% der befragten LGBTQ-Personen unterhalb der Armutsgrenze (sie konnten sich noch weniger leisten), wobei diese Zahl bei trans Personen mit 9% besonders hoch war.⁵⁵ Gleichzeitig verfügten nur 72% der Befragten über ein regelmäßiges Einkommen, bei trans Personen sogar nur 58%.⁵⁶

Im Durchschnitt glauben 15 Prozent der LGBTQ-Personen, dass sexuelle Orientierung und Gender ihre finanzielle Situation beeinflussen. Dieser Prozentsatz ist höher als im Jahr 2021, wo er noch bei 11,2% lag. Diese Zahl ist bei trans Personen mehr als doppelt so hoch (33%). Die Zahl der LGBTQ-Personen, die über Schwierigkeiten bei der Suche nach einem neuen Arbeitsplatz berichteten, lag bei 20%, und der Druck im Arbeits- oder Schulumfeld betrug 27%. Im Gegensatz dazu war der Prozentsatz bei trans Personen mit 43 bzw. 40% mehr als doppelt so hoch. Die Zugehörigkeit einer **Person zur LGBTQ-Community ist in Russland ein Faktor, der Beschäftigungsmöglichkeiten und den Zugang zu materiellem Wohlstand erheblich einschränkt.**

Diese Ergebnisse werden durch Umfragen von *T-Aktion* bestätigt.⁵⁷ Im Herbst 2023 gab fast die Hälfte (49%) der befragten trans Personen an, dass ihr Einkommen nur für ihre Grundbedürfnisse reiche, 15% gaben an, dass ihr Einkommen kaum zum Leben reiche, und 7% sagten, dass ihr Einkommen extrem niedrig oder nicht vorhanden sei. Weniger als ein Viertel der Befragten wählte die Antwortoption «Alles ist akzeptabel, aber ich würde es gerne besser haben», und nur 6% stimmten zu, dass sie «genug zum Leben» hätten. Von den erwerbstätigen trans Personen, die in Russland übrig sind, bezeichneten nur 12% ihr Einkommen als stabil, und nur 53% der Befragten gaben an, einen Job zu haben oder Arbeit und Studium zu kombinieren. Gleichzeitig haben nur 19% derjenigen, die nicht arbeiten, ein stabiles Einkommen (z. B. eine regelmäßige Unterstützung durch Verwandte), während 62% derjenigen, die nicht arbeiten, damit rechnen, dass ihr Einkommen erheblich sinken oder ganz wegfallen könnte. Weitere 13% gaben an, dass es für sie schwierig sei, dies vorherzusagen.

55 [Sfera, Wychod 2022, S.16]

56 [ebd., S.19].

57 [T-Aktion 2023a].

Diskriminierende Praktiken, die sowohl in der Gesellschaft als auch in der Tätigkeit verschiedener staatlicher Institutionen etabliert sind, schaffen zusätzliche Schwierigkeiten für trans Personen in der Arbeitswelt. Nach einer rechtlichen Angleichung (offizielle Änderung des Geschlechts und Namens) sind viele von ihnen gezwungen, ihren Arbeitsplatz zu wechseln, um nicht geoutet und belästigt zu werden. Viele Berufe (z. B. im verarbeitenden Gewerbe, in der Schwerindustrie und im Verkehrswesen) haben eine strenge Geschlechtsspezifikation und sind häufig mit einer überwiegend männlichen Belegschaft verbunden, was ein Umfeld mit einem hohen Maß an Homo- und Transfeindlichkeit schafft. Aus diesem Grund **sind trans Personen häufig gezwungen, nicht nur ihren Arbeitsplatz, sondern auch ihren Beruf zu wechseln, was zu langen Phasen finanzieller Instabilität führt.** Ein:e Interviewteilnehmer:in weist darauf hin:

*«Meine Ersparnisse wurden für die Übergangsphase (Provisionen, Operationen, Medikamente, Konsultationen mit Ärzt:innen), Psychotherapie, Umzug nach St. Petersburg und die neue Ausbildung aufgrund eines Berufswechsels ausgegeben, da die bisherige berufliche Laufbahn aufgrund der Transition nicht fortgesetzt werden konnte. Herbst 2022 bis Herbst 2023 war eine Periode mit ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten [...]».*⁵⁸

Eine weitere diskriminierende Praxis ist die Weigerung von Schulen, Berufsschulen und Universitäten, Zeugnisse für trans Personen zu ändern. Jurist:innen von Delo LGBT+ weisen darauf hin, dass die Unterstützung von Antragsteller:innen bei der Erlangung eines Zeugnisses mit neuen Passdaten einer der größten Bereiche ihrer Arbeit ist. Nach Aussagen von Menschenrechtsaktivist:innen wurde einigen Antragsteller:innen von Bildungseinrichtungen beharrlich geraten, ihre Identität mit einer «Bescheinigung über die Namensänderung» zu bestätigen – sich also regelmäßig zu outen. Gleichzeitig bedeutet die Änderung von Bildungsdokumenten nur, dass diese entsprechend den geänderten persönlichen Daten aktualisiert werden, sodass die **weit verbreitete Verweigerung dieser Maßnahme seitens der Bildungseinrichtungen gegen das Gesetz verstößt und ein eindeutiges Beispiel für transfeindliche Diskriminierung ist.**

58 [ebd.]

Mit dem Ausbruch des Krieges wurde in Russland die Kontrolle der Militärakten, die viele Arbeitgeber:innen bei der Einstellung vorlegen müssen (auf der Grundlage von Artikel 65 Arbeitsgesetz), erheblich verschärft. Dies führt zu ernsthaften Schwierigkeiten bei der Beschäftigung von trans Männern im Wehrpflichtalter (18 bis 27 Jahre alt). Obwohl sie aufgrund ihres Gesundheitszustands als völlig wehruntauglich eingestuft werden müssten (gemäß der «Liste der Krankheiten»), gibt es zahlreiche Fälle, in denen die Militärkommissariate sich willkürlich weigern, sie in diese Kategorie einzustufen. Die Juristen von Delo LGBT+ stellen fest, dass die Anfrage nach rechtlicher Unterstützung bei der Einberufung zum Militär sowohl bei trans Männern als auch bei LGBTQ-Personen im Allgemeinen am häufigsten vorkommt. **So sind viele trans Männer nicht in der Lage, die von den Arbeitgebern geforderten militärischen Registrierungsdokumente zu erhalten, oder sie entscheiden sich dafür, dies nicht zu tun, weil sie illegale Maßnahmen der Militärkommissionen während des Krieges und der «Teilmobilisierung» fürchten: Dies schränkt die Beschäftigungsmöglichkeiten ein.**

Menschenrechtsaktivist:innen haben wiederholt darauf hingewiesen, dass die prekäre wirtschaftliche Lage von trans Personen in erster Linie auf ihre Sichtbarkeit zurückzuführen ist, d. h. darauf, dass ihr Aussehen und ihre Selbstdarstellung häufig nicht mit dem Namen und dem Geschlechtseintrag in ihren Ausweispapieren übereinstimmen.

Die dargestellten Daten lassen den Schluss zu, dass mit zunehmend sichtbarer Zugehörigkeit einer Person zur LGBTQ-Gemeinschaft auch die Wahrscheinlichkeit von Diskriminierung in der sozialen und ökonomischen Sphäre (insbesondere im Bereich Erwerbsarbeit) zunimmt.

2.7 Folgen der Normalisierung des Hasses: Verletzung des Rechts auf Bildung

Eine ähnliche Situation ist im Bereich der Schulbildung zu beobachten. Im Gegensatz zur arbeitsrechtlichen Situation geht es hier um die Diskriminierung von LGBTQ-Minderjährigen. Seit 2013 ist diese Gruppe in Russland am häufigsten mit einem schwerwiegenden Mangel an Informationen über Geschlecht und Sexualität und mangelnder Unterstützung von Fachleuten – Psycholog:innen, Lehrer:innen, medizinischem Personal, Anwalt:innen und Menschenrechtsaktivist:innen – konfrontiert. Das Umfeld, in dem sich LGBTQ-Minderjährige die meiste Zeit aufhalten – Schulpersonal und Lehrer:innen – wird von der Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte und von der Verbreitung von Bildungsmaterial über Geschlecht und Sexualität ausgeschlossen.

Der diskriminierende Charakter der russischen Gesetzgebung beeinträchtigt die Ausübung der Rechte und Freiheiten von LGBTQ-Jugendlichen erheblich. Mehr als 80% der LGBTQ-Jugendlichen sind besorgt, dass ihre sexuelle Orientierung und ihr Gender ein wesentliches Hindernis für die Verwirklichung ihrer Lebens- und Karrieremöglichkeiten darstellen, und sie fühlen sich in Russland nicht sicher.⁵⁹ 83,7% der Befragten sind davon überzeugt, dass gesetzliche Einschränkungen ihr Leben als Teenager erheblich erschwert haben.

Längsschnittliche Studien zeigen, dass die Gewalt gegen LGBTQ-Personen in Schulgemeinschaften zwischen 2016 und 2020 deutlich zugenommen hat. Laut Sfera berichteten im Jahr 2016 13% der befragten LGBTQ-Jugendlichen über Vorfälle körperlicher Gewalt. Im Jahr 2020 berichteten laut Sfera, LGBT-Wychod und dem Ressource Centre für LGBT bereits 30% der Befragten über diese Art von Gewalt.

Entgegen der Politik, das schulische Umfeld von Informationen über LGBTQ-Personen zu «säubern», liegen diese Informationen den Jugendlichen offensichtlich vor, auch aus offiziellen Medienkampagnen, die Hass gegen LGBTQ-Personen als Gruppe schüren.

Deswegen scheint das schulische Umfeld ein den Fachleuten und Menschenrechtsaktivist:innen verborgener Bereich zu sein, in dem LGBTQ-Minderjährige Gewalt und Gruppendruck ausgesetzt sind. Im Jahr 2020 fühlten sich mehr als 50% der befragten Schüler:innen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung in der Schule unsicher, etwa 40% aufgrund ihrer Genderidentität. Rund 80% hatten auf dem Schulgelände beleidigende Äußerungen gegen LGBTQ-Personen gehört, wobei 70% angaben, dass sie diese von Lehrkräften und der Schulverwaltung selbst gehört hätten.⁶⁰

Diese Studien liefern Belege dafür, dass die aktuelle Situation zu einer direkten Diskriminierung von LGBTQ-Personen im Bildungsbereich führt. Unter den Umfrageteilnehmer:innen, die körperliche, sexualisierte oder psychologische Gewalt in der Schulgemeinschaft erleben, ist der Anteil derjenigen, die nach Abschluss der niedrigsten Bildungsstufe (unvollständiger Sekundarschulabschluss, 9. Klasse) nicht planen, ihre Ausbildung fortzusetzen, deutlich höher.⁶¹

Dieses Bildungsniveau ermöglicht es ihnen nicht, sich für hochqualifizierte Arbeitsplätze zu bewerben, eine Hochschule zu besuchen oder international anerkannte pädagogische und wissenschaftliche Abschlüsse und Spezialisierungen zu erwerben. **Vor dem Hintergrund des hohen Maßes an homo- und transfeindlicher Gewalt in der Gesellschaft bedeutet dies ein zusätzliches Risiko, auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert zu werden sowie Hassverbrechen ausgesetzt zu sein.**

Eine Besonderheit des russischen Schulumfelds ist die Untätigkeit des Lehrpersonals in Fällen von Druck auf LGBTQ-Schüler:innen, und manchmal ihre eigene aktive Beteiligung daran:

*«Viele der Befragten gaben an, dass die Lehrer an ihren Schulen selbst an Mobbing beteiligt seien. Entweder initiieren sie es, indem sie regelmäßig homofeindliche und transfeindliche Kommentare abgeben, oder sie unterstützen es, wenn diese von anderen Schülern ausgehen».*⁶²

60 [Sphera, Ressourcencenter für LGBT, Russisches LGBT-Netzwerk 2021].

61 [ebd.]

62 [ebd.]

32,9% der LGBTQ-Jugendlichen sahen sich mit der Weigerung von Lehrer:innen konfrontiert, über sexuelle Orientierung und Gender zu sprechen, weil sie Angst vor dem «Propaganda-Gesetz» hätten. Sphera zeigt, dass 44,7% der Befragten von Lehrer:innen davon überzeugt wurden, dass ihre sexuelle Orientierung oder Geschlechtsidentität «falsch» und «unmoralisch» sei.⁶³

Der Grund dafür ist, dass bereits mehrere Gesetze in Kraft sind, die verschiedenste «Informationen» über sexuelle Orientierung und Gender sowie Verweise auf LGBTQ- Menschen in «positiver» Weise unter Strafe stellen. Die Tatsache, dass der Bereich der Schulbildung mit zusätzlichen Risiken für Angestellte verbunden ist, die auf die eine oder andere Weise das Thema LGBTQ+ berühren, wird durch Repressionen gegen LGBTQ-Personen, die als Pädagog:innen arbeiten, belegt. So verzeichnet die Studie des «Russischen LGBT-Netzwerks» für das Jahr 2016 13 Fälle der Beendigung von Arbeitsverhältnissen mit Lehrkräften aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder Gender. Der Grund für die Entlassungen war, dass *«homofeindliche Aktivist:innen ... das Propagandagesetz sehr radikal auslegen und es demnach für notwendig halten, jeden Kontakt von LGBTQ+ mit Minderjährigen zu unterbinden».*⁶⁴ **Um dies zu vermeiden, werden Pädagog:innen von den Problemen, mit denen LGBTQ-Jugendliche im schulischen Umfeld konfrontiert sind, ferngehalten.**

Die vom Staat verbreitete Hass-Rhetorik und Gesetze, die diesen Zustand normalisieren, tragen direkt zur Diskriminierung von LGBTQ-Jugendlichen bei der Ausübung ihres Rechts auf Bildung bei. In Schulklassen wird für LGBTQ-Jugendliche ein unerträgliches Umfeld (Beleidigungen, Mobbing, körperliche Gewalt) geschaffen. Aufgrund von Gesetzen, die die Verbreitung von Informationen über sexuelle Orientierung und Gender verbieten, sind LGBTQ-Minderjährige von der Unterstützung durch Fachleute abgeschnitten. Bis zu einem Drittel der LGBTQ-Jugendlichen wird aufgrund von Gewalt in der Schule eine vollständige (Hochschul-)Bildung verwehrt, was ihre Chancen auf eine hohe Lebensqualität und soziale Mobilität verringert und das Risiko erhöht, Diskriminierung und Hassverbrechen ausgesetzt zu sein.

Schlussfolgerungen

Der russische Staat verfolgt seit mindestens 10 Jahren eine konsequente homo- und transfeindliche Politik, die sich seit Beginn des Krieges noch erheblich verschärft hat. **Mit der Verabschiedung des neuen Wortlauts von Artikel 6.21 des Ordnungswidrigkeitengesetzes sind nicht nur alle öffentlichen Äußerungen über oder zur Verteidigung von LGBTQ-Personen verboten; tatsächlich ist jede öffentliche Zurschaustellung von Nicht-Heteronormativität untersagt.** Niemand kann sich sicher fühlen — selbst ein farbenfroher Anzug kann Grund dafür sein, wegen «Propaganda nichttraditioneller Werte» angeklagt zu werden.

LGBTQ-Menschen werden vom Staat offen als Menschen «zweiter Klasse» und ihre Beziehungen als «sozial geringwertig» deklariert. Gleichzeitig weigert sich der Staat offen, LGBTQ-Personen den gleichen Schutz vor kriminellen Übergriffen zu gewähren: Die LGBTQ-Identität von Verbrechensopfern wird von den Gerichten als *«unmoralisches Verhalten der Opfer»* betrachtet, und Morde an LGBTQ-Personen werden unter *«mildernden Umständen»* bewertet.

Unter diesen Bedingungen sind das Leben und die Gesundheit von LGBTQ-Personen bedroht, und der Staat, der das Gewaltmonopol innehat, bietet ihnen nicht nur keine Rechtsmittel an, sondern befördert selbst eine Zunahme dieser Gefahr und der Bedrohungen für Leben und Gesundheit. Diese Bedrohungen und das öffentliche Bewusstsein darum führen maßgeblich zu einer flächendeckenden sozioökonomischen Diskriminierung von LGBTQ-Personen und haben destruktiven Einfluss auf ihren allgemeinen Lebensstandard.

All dies geht mit einer faktischen Einführung von Zensur einher: massive Einschränkungen der Meinungsfreiheit, erzwungene Schließung von Verlagen und groß angelegte Sperrung menschenrechtsbezogener Internetressourcen. Infolgedessen wird es allmählich unmöglich, unvoreingenommene Informationen über LGBTQ+ sowie sexuelle Orientierung und Genderidentität in Russland zu erhalten.

3. Eine neue Etappe staatlicher Transfeindlichkeit. Gesetzliche Konsolidierung der Diskriminierung von trans Personen in Russland: Föderales Gesetz Nr. 386 vom 24.07.2023

3.1 Verstoß gegen das Recht auf medizinische Versorgung

Im Sommer 2023 wurde in der Russischen Föderation mit der Verabschiedung des Föderalen Gesetzes Nr. 386-FG vom 24. Juli 2023 «Über die Änderung einiger Gesetze der Russischen Föderation» eine neue, absolut eklatante Etappe der transfeindlichen staatlichen Politik eingeleitet. Diesem Gesetz zufolge wurde das Föderale Gesetz Nr. 323-FG vom 21. November 2011 «Über die Grundlagen des Gesundheitsschutzes der Bürger in der Russischen Föderation» (Gesetzessammlung der Russischen Föderation, 2011, Nr. 48, Art. 6724) durch Artikel 451 mit folgendem Inhalt ergänzt:

*«Artikel 451. Verbot der Änderung des Geschlechts einer Person
1. Es wird verboten, medizinische Eingriffe, einschließlich der Einnahme von Medikamenten, vorzunehmen, die auf eine Geschlechtsumwandlung abzielen, einschließlich der Ausbildung primärer und (oder) sekundärer Geschlechtsmerkmale des anderen Geschlechts bei einer Person».*

Auf diese Weise werden jegliche medizinische Eingriffe an trans*Personen im Rahmen geschlechtsangleichender Operationen und geschlechtsangleichender Hormontherapien (im Folgenden GAHT)⁶⁵ ausdrücklich verboten.

Dies ist das erste Mal, dass ein russischer Gesetzgeber so massiv in den Bereich des Schutzes der menschlichen Gesundheit und des menschlichen Lebens eingreift.

65 GAHT: geschlechtsangleichende Hormontherapie.

Ein einziger normativer Akt verletzt die Rechte vieler Menschen, die sowohl in der russischen Verfassung als auch in internationalen Verträgen, die für Russland noch in Kraft sind, verankert sind, insbesondere das Recht auf das erreichbare Höchstmaß an körperlicher und geistiger Gesundheit (Absatz 26 des Berichts des Sonderberichterstatters des UN-Menschenrechtsausschusses vom 13. Februar 2003)⁶⁶, und schlicht das Recht auf Anerkennung als Person vor dem Gesetz.

Eine Neuerung stellt auch Teil 2 von Artikel 3 des neuen Gesetzes dar, wonach Folgendes gelten soll:

«Geschlechtsumwandlung“ umfasst keine medizinischen Eingriffe zur Behandlung von angeborenen Anomalien (Missbildungen), genetischen und endokrinen Krankheiten, die mit einer Störung der Bildung der Geschlechtsorgane bei Kindern verbunden sind, wenn solche medizinischen Eingriffe durch eine Entscheidung der ärztlichen Kommission einer medizinischen Organisation, die einem bevollmächtigten föderalen Exekutivorgan untersteht, erlaubt sind. Auf Grundlage der Ergebnisse dieser medizinischen Eingriffe stellt die genannte ärztliche Kommission ein medizinisches Gutachten über die Übereinstimmung der Geschlechtsmerkmale mit denen eines bestimmten Geschlechts aus, das für eine Änderung des Personenstandsregisters erforderlich ist. Das Verzeichnis der medizinischen Organisationen, die dem bevollmächtigten föderalen Exekutivorgan unterstehen, sowie die Form und das Verfahren für die Ausstellung solcher Entscheidungen und medizinischer Gutachten werden von der Regierung der Russischen Föderation genehmigt».

Dabei ist nach dem Gesetz insbesondere die Entscheidung der ärztlichen Kommission die Grundlage für einen medizinischen Eingriff; die Rechte und Wünsche der Patient:innen selbst werden nicht berücksichtigt. Dies verletzt die Rechte von intersexuellen Kindern, bei denen «korrigierende» Operationen ohne ihre Zustimmung legalisiert werden.

Wie die Jurist:innen der Menschenrechtsinitiative *Delo LGBT+* in ihrer Stellungnahme zum Gesetz (damals Gesetzesentwurf) anmerken, wird die Bestimmung des UN-Menschenrechtsabkommens über das Recht auf das höchstmögliche Maß an Gesundheit dahingehend präzisiert,

dass dieses Recht nicht als Vorgabe, «gesund zu sein», interpretiert werden kann. In erster Linie bei der Frage von Gesundheit wird diese als das ausgeprägte Bedürfnis des Einzelnen anerkannt, bestimmte von der Internationalen Klassifikation der Krankheiten (ICD) vorgesehene Maßnahmen durchzuführen. **Die Umkehrung dieser Logik, die im Fall von intersexuellen Kindern durch das neue Gesetz eingeführt wird, das der Meinung der ärztlichen Kommission Vorrang vor dem Willen der Person in Bezug auf ihre körperliche und geistige Gesundheit einräumt, kommt in der Tat Folter gleich und verstößt gegen die UN-Konvention:**

*«Das Recht auf Gesundheit sollte nicht als das Recht, gesund zu sein, verstanden werden. Das Recht auf Gesundheit umfasst sowohl Freiheiten als auch verwandte Rechte. Zu den Freiheiten gehören das Recht, über die eigene **Gesundheit und den eigenen Körper zu bestimmen**, einschließlich der sexuellen und reproduktiven Freiheit, und das Recht, frei von jeglichen Eingriffen zu sein, wie z.B. das Recht, nicht gefoltert zu werden und nicht ohne freie Zustimmung medizinischen oder wissenschaftlichen Experimenten unterzogen zu werden».*⁶⁷

Das Gesundheitsministerium der Russischen Föderation hat nach der Verabschiedung des Gesetzes umgehend die Verordnung Nr. 850n vom 23.10.2017 «Über die Genehmigung der Form und des Verfahrens für die Ausstellung eines Dokuments zur Geschlechtsumwandlung durch eine medizinische Organisation» aufgehoben. Wie viele Menschenrechtsaktivist:innen anerkennen, setzte diese eingeführte Verordnung zum Verfahren der Unterstützung von trans Personen (d.h. die Stellung der Diagnose F64.0 und Durchführung der medizinischen und rechtlichen Transition gemäß ärztlicher Bescheinigung, die diese Diagnose bestätigt) erfolgreich die Vorschriften der Internationalen Klassifikation der Krankheiten 11. Revision (ICD-11) um, die in Russland am 1. Januar 2022 in Kraft trat.

Das neue Gesetz steht in direktem Widerspruch zu den ICD-Vorschriften, diskriminiert damit trans Personen in ihrem Recht auf medizinische Versorgung und verurteilt sie infolgedessen zu einer extrem geringen Lebensqualität und erheblichen Risiken für ihre Lebensdauer.

67

[Delo LGBT+ 2023a]. Der Bericht wurde unter Mitwirkung anderer einschlägiger Organisationen erstellt, deren Tätigkeiten mit dem Recht und den einschlägigen medizinischen Tätigkeiten in Zusammenhang stehen – der Moskauer Helsinki-Gruppe und der Unabhängigen Psychiatrischen Vereinigung Russlands.

3.2 Ausübung des Rechts auf medizinische Versorgung in Russland durch trans Personen

Die derzeitige Situation in Bezug auf die Rechte von trans Personen ist eklatant, denn sogar während der Sowjetzeit gab es Mechanismen für die medizinische Anerkennung von Geschlechtsdysphorie. Obwohl der Zustand von Geschlechtsdysphorie als eine Ausprägung der intersexuellen Variation angesehen wurde, sind seit Mitte der 1970er Jahre Fälle bekannt, in denen auf Antrag von trans Personen medizinische Hilfe geleistet wurde – in Form einer chirurgischen Korrektur ihres Geschlechts und einer Korrektur ihres rechtlichen Geschlechtseintrags in der Akte. Es ist bezeichnend, dass in der UdSSR die Entwicklung der medizinischen Unterstützung für trans Personen direkt mit dem Übergang zur neuen Version der ICD korrelierte.⁶⁸

Im heutigen Russland wurde indes ein Gesetz verabschiedet, das nicht nur in direktem Widerspruch zu den internationalen Verpflichtungen des Landes und seinen Garantien gegenüber seinen Bürger:innen steht, sondern auch die grundlegendsten Voraussetzungen für die Verringerung der Zahl der Selbstmorde unter trans Personen, nämlich ihre Erfahrungen mit Diskriminierung und Gewalt, untergräbt.

Das neue Gesetz normalisiert ebenjene Praktiken der Diskriminierung von trans Personen, die von Menschenrechtsorganisationen über mehrere Jahre hinweg als besonders schädlich für Lebensstandard und Wohlergehen dokumentiert wurden. Vor der Verabschiedung des Gesetzes waren trans Personen ständig damit konfrontiert, dass Ärzt:innen ihnen die Hilfe in Form von GAHT verweigerten – das heißt, sie ignorierten die Diagnose F64.0 rechtswidrig. Laut den Monitoring-Daten des «Projekts rechtlicher Hilfe für trans Personen» im Jahr 2016 bewerteten 59% der Befragten die entsprechende medizinische Versorgung durch Endokrinolog:innen als «schrecklich», weitere 32% bewerteten sie als «zufriedenstellend».⁶⁹

Die Erhebungen liefern einige Beispiele dafür, dass sich medizinisches Personal weigert, eine Hormontherapie bei Vorliegen einer direkten medizinischen Indikation dafür zu verabreichen:

68 [Kirey-Sitnikova 2021].

69 [Rechtshilfeprojekt für trans Personen 2018, S.14].

«Im Mai diesen [2022] Jahres weigerte sich eine Endokrinologin, mir eine Hormontherapie zu verschreiben, bei Vorliegen der Bescheinigung F64.0 und der Schlussbestimmung der Kommission, mit den Formulierungen „Sie sehen nicht aus wie eine trans Person“, „Sie haben Frauenhosen“, „Sie müssen einige Monate lang Männerkleidung tragen und das Verhalten von Männern kopieren“. Zum Thema Arbeit sagte sie: „Gehen Sie ins Showbusiness – dort lieben sie solche Menschen“. Die Gynäkologin versuchte mich davon zu überzeugen, dass ich als Frau attraktiv sei: „Sie müssen sich selbst lieben, dann brauchen Sie keine Transition“. Sie bestand auf der Notwendigkeit, meine Gebärmutter und Eierstöcke zu entfernen, als Voraussetzung für die Verschreibung einer GAHT».⁷⁰

Laut der Umfrage von T-Aktion gaben 15% der Befragten an, dass es seit der Verabschiedung des Gesetzes deutlich schwieriger geworden ist, eine Beratung bei einem:r Arzt:Ärztin zu bekommen. Sie berichteten auch von Problemen, einen Termin im Zusammenhang mit der GAHT zu bekommen:

«Ich bekomme keinen Termin beim Arzt. Das Verfahren der Ausstellung eines Rezeptes ist sehr kompliziert geworden: Nicht jeder, der früher die Hormontherapie leitete oder auch nur Medikamente verschrieb, ist bereit, dies weiterhin zu tun. Es gibt viele überwindbare, aber ziemlich knifflige Hürden für Fachpersonal, das weiterhin hilft».⁷¹

Anhand solcher Beispiele können wir davon ausgehen, dass das medizinische Personal sich sogar bei trans Personen weigern wird, die GAHT durchzuführen, denen es gelungen ist, den bei der Geburt zugewiesenen Geschlechtseintrag zu ändern. Jurist:innen von *Delo LGBT+* haben mehrere Verstöße dieser Art registriert, darunter einen Fall, in dem die Durchführung einer geschlechtsangleichenden Operation an einer trans Frau nach ihrer Narkose mit der eklatanten Aussage verweigert wurde, dass ihr *«Geschlecht im Pass nicht ihrem biologischen entspreche»*. Es gab auch Fälle von stillschweigenden Verboten für medizinisches Personal, Rezepte für GAHT-Medikamente auszustellen, diese Verbote erstrecken sich bisweilen auf ganze Regionen (in der Region Tscheljabinsk mit einer Bevölkerung von 3,4 Millionen Menschen wurde beispielsweise seit der Veröffentlichung des Gesetzes kein einziges solches Rezept ausgestellt).⁷²

70 [Sphera, Wychod 2022, S.24].

71 [T-Aktion 2023b].

72 [Delo LGBT+ 2023a], (Manuskript).

Hauptbestandteil der Hormontherapie für trans Männer sind Testosteronpräparate, die in Russland auf der Liste der intensiv wirkenden Substanzen stehen und streng verschreibungspflichtig sind. **Da ein:e Arzt:Ärztin aufgrund des neuen Gesetzes trans maskulinen Menschen, deren Geschlechtseintrag in Dokumenten nicht geändert ist, kein Rezept für dieses Präparat ausstellen kann, sind sie gezwungen, es illegal zu erwerben, was das Risiko einer strafrechtlichen Verantwortung birgt (Artikel 234 des Strafgesetzbuchs der Russischen Föderation).**

Nach der Verabschiedung des Gesetzes steigt das Risiko, dass trans Personen rechtswidrig jegliche medizinische Versorgung verweigert wird, um ein Vielfaches. Der sehr weit gefasste Wortlaut des neuen Gesetzes und das Fehlen eines Dokuments des Gesundheitsministeriums, in dem die Bestimmungen erläutert werden, bringt das medizinische Personal zu der Befürchtung, dass jeder Eingriff in den Körper einer trans Person möglicherweise als «Formung der Merkmale des anderen Geschlechts» gedeutet werden könnte.

Menschenrechtsaktivist:innen stellen fest, dass trans Personen vor der Verabschiedung der neuen Gesetze regelmäßig diskriminiert wurden, wenn sie Ärzt:innen wegen allgemeiner Probleme aufsuchten. Im Jahr 2016 gaben 41% der im Rahmen des Monitorings des Projekts *Rechtsbeistand für trans Personen* Befragten an, dass es praktisch unmöglich sei, eine angemessene medizinische Versorgung für eine trans Person in Russland zu erhalten. 25% der Befragten sahen sich mit der direkten Weigerung von Ärzt:innen konfrontiert, medizinische Versorgung auf der Grundlage ihrer Geschlechtsidentität zu leisten.⁷³ Eine der befragten Personen bezeugt dies:

*«Ich wandte mich an ein staatliches Krankenhaus, um einen privat abgerechneten Termin bei einem Urologen wahrzunehmen, aber der Urologe weigerte sich, mich zu behandeln, als er von meiner Transidentität erfuhr und forderte mich auf, den Raum zu verlassen».*⁷⁴

Das Monitoring von Sphera und Wychod liefert bereits seit 2022 Belege dafür, dass sich die Lage verschlechtert hat:

73 [Rechtshilfeprojekt für trans Personen 2018, S.14].

74 [ebd., S.25].

«Sie weigerten sich, mich zu empfangen. Sie drohten, die Polizei zu rufen, weil ich „Propaganda betreibe“, denn „Leute wie ich sind in Russland verboten“. Das geschah im Sommer, als ich versuchte, einen Termin bei einem Endokrinologen in der Poliklinik zu bekommen. Ich wurde abgewiesen, weil angeblich „das System der verpflichtenden Krankenversicherung keine perversen Transvestiten einschließt“ – dies ist ein direktes Zitat...»⁷⁵

Laut der Umfrage von T-Aktion erleben **viele trans Personen schwere depressive Zustände und Selbstmordgedanken in Zusammenhang mit der Unmöglichkeit, in der Russischen Föderation medizinische Hilfe zur GAHT erhalten.** Die Befragten geben an, dass das Fehlen indizierter medizinischer Versorgung (aufgrund der Diagnose F64.0) sich auf alle Bereiche ihres Lebens auswirkt, wodurch die Erlangung dieser Versorgung (insbesondere in einem anderen Land) zum einzigen Ziel ihres Lebens wird:

«Jetzt weine ich oft vor dem Schlafengehen und werde nicht selten von den Gedanken überwältigt, dass ich nie ganz die sein kann, als die ich mich fühle, was mich zeitweise wieder zu Selbstmordgedanken bringt. Ich verstehe, dass ich keine Beziehung zu jemandem aufbauen kann, solange ich nicht zumindest äußerlich ganz mir selbst entspreche, d.h. einschließlich der „unteren Operation“, von der ich jetzt nicht ganz verstehe, ob sie in der Russischen Föderation möglich ist, zumindest für diejenigen, die ihre Dokumente geändert haben, oder ob ich dieses Leben jahrelang ertragen und arbeiten muss, nur um sie theoretisch irgendwo im Ausland für eine sehr überhöhte Summe zu machen, als es in der Russischen Föderation möglich wäre...»⁷⁶

Die Umfrage von T-Aktion zeigt die völlige Ungewissheit in Bezug auf die Verwirklichung der eigenen Grundbedürfnisse, die für die meisten trans Menschen in Russland eingetreten ist. Die Befragten stellen fest, dass sie seit mehr als eineinhalb Jahren, seit Beginn des Krieges, unter großem Stress stehen, so dass das Gesetz zum Verbot der Transition ein nächster – und härtester – Schlag für sie war:

«Vor der Verabschiedung des Gesetzes war ich noch motiviert, habe mich besonders aufgemuntert, Sport getrieben und bin zwei Hobbys nachgegangen jeden Tag.

⁷⁵ [Sphera, Wyhod 2022, S.25].
⁷⁶ [T-Aktion 2023c].

Nach der Verabschiedung in erster Lesung wurde es schwieriger, jeden Tag Kraft aufzubringen, aber ich habe es immer noch geschafft. Nach der Verabschiedung in zweiter Lesung hat die Apathie alle Tätigkeitsbereiche übernommen. Alles, was ich mache, ist nur zur Arbeit gehen und schlafen. Ich versuche, mich wieder an die Oberfläche zu bringen, aber bisher klappt das nicht so gut...»

«Ich fühle permanent Panik und Unruhe, die einzige Zeit, in der ich ruhig bin – das sind die ersten Sekunden am Morgen nach dem Aufwachen, danach wird mir plötzlich bewusst, was um mich herum geschieht. Ich habe vermehrt Panikattacken und habe fast alle Hoffnung verloren. Ich fühle mich in einer Sackgasse und weiß überhaupt nicht, was ich als nächstes tun und wie ich weiterleben soll, denn früher gab es zumindest Hoffnung, aber jetzt gibt es auch sie nicht.»

«Ich möchte mich ehrlich gesagt umbringen, aber ich habe meinem Lieblingsdummkopf bereits versprochen, dass wir in ungefähr sechs Jahren zusammen weggehen werden. Ich will alles hinschmeißen und ganz von vorne anfangen. Sowohl mit Alkohol als auch mit Selbstverletzungen. Ich kann überhaupt nicht weinen. Wieder wie ein Stein».⁷⁷

Die Verabschiedung des Gesetzes und die damit verbundenen Medienkampagnen haben bei vielen trans Personen zu einer Verschlimmerung psychischer Erkrankungen geführt. 53,9% der Befragten gaben an, dass sie eine diagnostizierte psychische Krankheit haben, wobei 80,6% von ihnen zugaben, dass sich ihr Zustand im Laufe des Jahres 2023 verschlimmert hat, u.a. in Form von Energieverlust oder einer extremen Zunahme von Angstzuständen und Panikattacken. Vor diesem Hintergrund sind 26% der Befragten nicht in der Lage, medizinische Unterstützung im Zusammenhang mit der Verschlimmerung ihres Zustands zu erhalten, da nicht genügend kompetente Fachkräfte zur Verfügung stehen oder sie nicht in der Lage sind, diese zu bezahlen.

Bezeichnenderweise hat das Gesetz «über das vollständige Verbot von LGBT-Propaganda» die Praxis der psychologischen und psychotherapeutischen Hilfe beeinflusst: Seine vagen Kriterien zwingen viele Fachleute, LGBTQ-Klient:innen und insbesondere trans Personen abzulehnen.

77 [ebd.]

Auf diese Weise verlieren letztere eine weitere Art der medizinischen Unterstützung, die sie zur Stabilisierung ihres psychischen Zustands benötigen.

Neben Hassmotiven aufgrund der Geschlechtsidentität oder der Angst des medizinischen Personals vor den neuen Gesetzesnormen ist der Grund für ihr unangemessenes Verhalten und die Diskriminierung von trans Personen im medizinischen Bereich die Nichtübereinstimmung des Aussehens einer Person mit den Ausweisdokumenten. Im Jahr 2017 berichteten 7% der Befragten, dass die medizinische Versorgung aus diesem Grund verweigert wurde.

Das neue Gesetz animiert Ärzt:innen, die Gesundheit von trans Personen zu ignorieren. Es schafft einen Vorwand für die Verweigerung medizinischer Versorgung aufgrund von Abneigung gegen LGBTQ-Menschen als Gruppe. Die Verweigerung von medizinischer Versorgung (einschließlich GAHT) wirkt sich fatal auf die Gesundheit von LGBTQ-Menschen aus.

3.3 Änderungen in den Personenstandsgesetzen: Verbot der Änderung des gesetzlichen Geschlechtseintrages

Am bedeutsamsten und fatalsten für das gesamte Spektrum der Bürgerrechte von trans* Personen war eine andere Bestimmung des Gesetzes — nämlich die Aufhebung des vierten Absatzes von Artikel 70 des Föderalen Gesetzes «Über Personenstandsgesetze» vom 15. November 1997. Dieser Teil des Gesetzes war die wichtigste Rechtsgrundlage für die Berichtigung der Personenstandseinträge von trans*Personen (d.h. für die Änderung des gesetzlichen Geschlechtseintrages). Die Grundlage war der Antrag des:der Bürger:in und die Vorlage des «Dokuments über die Änderung des Geschlechts, das von einer medizinischen Einrichtung in der vom Gesundheitsministerium der Russischen Föderation vorgeschriebenen Form und Weise ausgestellt wurde».

Wichtig ist, dass diese Norm einige Monate nach der Umstellung der Russischen Föderation auf die Internationale Klassifikation der Krankheiten

(ICD), 10. Revision, angenommen wurde (Erlass des Gesundheitsministeriums der Russischen Föderation vom 27. Mai 1997 N 170 «Über die Umstellung der Gesundheitsbehörden und -einrichtungen der Russischen Föderation auf die Internationale Statistische Klassifikation der Krankheiten und Gesundheitsprobleme, X. Revision»). **Die Anerkennung dieser Norm als ungültig** entzieht die rechtliche Grundlage der Umsetzung des Rechts auf Gesundheit für jene Menschen, bei denen die Diagnose «F64.0 (Transsexualismus)» gestellt wurde.

Die Strafverfolgungspraxis im Falle dieser Norm führte häufig zu Klagen, da das Gesundheitsministerium bis 2017 die entsprechende Form des medizinischen Bescheinigungsformulars nicht genehmigte. Die Anträge von trans Personen auf Änderungen in der Spalte «Geschlecht» wurden von der jeweiligen Abteilung des Standesamts interpretiert. Hierbei wurden sie den Antragsteller:innen oft verweigert, was diese dazu zwang, vor Gericht zu gehen. Die häufigste Ablehnung erfolgte mit der Begründung, das von den Antragsteller:innen vorgelegte Bescheinigungsformular entspreche nicht dem vom Gesundheitsministerium genehmigten Formular. Im Prinzip war es jedoch unmöglich, ein solches Bescheinigungsformular vorzulegen, da ein Formular nicht vom Gesundheitsministerium entwickelt und genehmigt worden war.

Diese Situation veranlasste das Gericht zu der Notwendigkeit, einen juristischen Kommentar zum Bedürfnis einer trans Person nach einer Änderung des gesetzlichen Geschlechtseintrages herauszugeben. Infolgedessen verwies das Gericht auf die Verwirklichung der von der Verfassung garantierten grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten. Indem das Gericht zugunsten der Antragstellenden entschied, stimmte es zu, dass eine spezifische Rechtsnorm (nämlich die Anforderung, ein «Bescheinigungsformular über die Geschlechtsänderung in der vorgeschriebenen Form», welches nicht existierte, vorzulegen) der Verfassung widerspricht.

Ein solcher Wortlaut findet sich beispielsweise in der Entscheidung eines der Bezirksgerichte der Stadt Wladimir vom 12. Oktober 2015:

«Nach Ansicht des Gerichts, beeinträchtigt die Unmöglichkeit eines Geschlechtswechsels aus solchen Gründen die von der Verfassung der Russischen Föderation garantierten Rechte und Freiheiten von [vollständiger Name],

«Nach Ansicht des Gerichts, beeinträchtigt die Unmöglichkeit eines Geschlechtswechsels aus solchen Gründen die von der Verfassung der Russischen Föderation garantierten Rechte und Freiheiten von [vollständiger Name], nämlich das Recht auf Arbeit, den Schutz der persönlichen Würde, der Ehre und des guten Rufs, da ihm die Möglichkeit genommen wird, sich beruflich zu entfalten, frei zu kommunizieren und seine Fähigkeiten zu verwirklichen.

Die Verfassung der Russischen Föderation als unmittelbar geltendes Gesetz, das oberste Rechtskraft besitzt, verbietet jegliche Einsch-/rängung der Menschen- und Bürgerrechte und -freiheiten. Gesetze und andere Rechtsakte dürfen der Verfassung der Russischen Föderation nicht widersprechen» [1].

So war in der gerichtlichen Praxis noch vor der eindeutigen Aufhebung der Rechtsnorm, die das Verfahren zur Änderung des Geschlechtseintrags regelt (was in der Russischen Föderation faktisch die Änderung des rechtlichen Geschlechts verbietet), festgestellt worden, dass ein solches Verbot der Verfassung der Russischen Föderation widerspricht.

Bezeichnenderweise stützte sich die Begründung, warum die Änderung der Geschlechtseintrages die Ausübung der Grundrechte und -freiheiten einer Person darstellt, auf ein medizinisches Gutachten, d.h. auf den Besitz einer von einer zur Erbringung medizinischer Dienstleistungen zugelassenen Einrichtung ausgestellten Bescheinigung, welche besagt, dass bei dem Kläger die Diagnose F64.0 («Transsexualismus») gestellt wurde. Die Gerichte stellten fest, dass der Antragsteller aufgrund dieses ärztlichen Berichts verpflichtet war, die Spalte «Geschlecht» im Personenstandsregister zu korrigieren.

Genau nach diesen Prinzipien richten sich Jurist:innen heute bei ihrer juristischen Bewertung des Gesetzes 386-FG vom 24. Juli 2023. Die Jurist:innen des Projekts Delo LGBT+ stellen fest, dass das Gesetz im Widerspruch zu Artikel 41 der russischen Verfassung steht, in dem das Recht aller auf Gesundheitsversorgung und medizinische Hilfe verankert ist:

«entspricht der Pflicht und Verantwortung Russlands als Rechts- und Sozialstaat für die Erhaltung und Stärkung der Gesundheit der Menschen

sowie dem Inhalt der gesetzlichen Regelung der Beziehungen, die mit der Verwirklichung dieses Verfassungsrechts durch die Bürger verbunden sind»⁷⁸

Da das Gesetz die rechtliche Grundlage außer Kraft setzt, die es trans Personen ermöglicht, ihr Recht auf Gesundheit zu verwirklichen, verstößt es gegen diese Verpflichtungen des Staates und verletzt somit die Rechte und Freiheiten seiner Bürger.

Die Jurist:innen weisen auch auf den Widerspruch zwischen den Normen von 386-FG und dem Föderalen Gesetz «Über die Grundlagen des Gesundheitsschutzes der Bürger in der Russischen Föderation» hin, in dem sowohl die Unzulässigkeit der Verweigerung der medizinischen Versorgung (für eine solche Verweigerung ist medizinisches Personal strafrechtlich verantwortlich) als auch das Recht der Bürger der Russischen Föderation auf

«eine medizinische Versorgung im garantierten Umfang, die gemäß dem Programm der staatlichen Garantien für eine kostenlose medizinische Versorgung der Bürgerinnen und Bürger unentgeltlich erbracht wird, sowie die Inanspruchnahme bezahlter medizinischer Leistungen und anderer Dienstleistungen ...»⁷⁹

Ebenso verweisen sie auf den Widerspruch gegenüber dem Gesetz «Über die psychiatrische Versorgung und die Garantien der Bürgerrechte bei der Gewährung dieser», wonach der Staat Personen, die an psychischen Störungen leiden (zu denen nach ICD-10 auch «Transsexualismus» — d. h. Genderinkongruenz nach ICD-11 — gehört), die psychiatrische Versorgung garantiert, die auf der Grundlage der Prinzipien der Gesetzmäßigkeit, des Humanismus und der Achtung der Menschen- und Bürgerrechte durchgeführt wird.⁸⁰

Die gerichtliche Praxis zeigt, dass die aufgehobene Norm von Teil 4 des Artikels 70 «Über Personenstandsgesetze» nicht perfekt funktioniert hat. Das Problem war zunächst die Abhängigkeit dieser Norm von der Genehmigung einer einheitlichen Bescheinigungsform durch das Gesundheitsministerium. Diese erschien erst 2017, allerdings nur begleitet von einer breit angelegten Menschenrechtskampagne.

78 [Delo LGBT+ 2023].

79 [ebd.]

80 [ebd.]

Die im Jahr 2017 erlassene Anordnung des Gesundheitsministeriums Nr. 850n legte als Grundlage für die Änderung des Geschlechtseintrages das Formular 087/u mit der Unterschrift der ärztlichen Kommission (bestehend aus einem:r Psychiater:in, einem:r Sexualwissenschaftler:in und einem:r klinischen Psycholog:in) fest und bestätigte den Fakt der sogenannten «geschlechtlichen Neuorientierung». Im strengen Sinne des Wortes ist «sexuelle Neuorientierung» ein falscher medizinischer Begriff. Obwohl er die Bedeutung der medizinischen Diagnose «Transsexualismus» (d. h. die anhaltende Geschlechtsidentität einer Person, die von ihren chromosomalen, hormonellen oder morphologischen Geschlechtsmerkmalen abweicht) sehr genau wiedergibt, stellt er eher ein neues Konzept als einen Hinweis auf diese Diagnose selbst dar. Der Grund, warum die Einführung dieses neuen Konzepts notwendig wurde, liegt in dem in der bürokratischen Praxis verfestigten Prinzip: Zu akzeptieren, dass bei einer Person eine «unumkehrbare Geschlechtsänderung» stattgefunden hat, bevor dem Antrag dieser Person auf Korrektur der Einträge des Personenstands aufgrund der Diagnose F64.0 stattgegeben wird.

Vor 2017 war eine solche «Bestätigung der Unumkehrbarkeit» fast immer ein ärztliches Bescheinigungsformular über eine geschlechtsangleichende Operation. So wurden trans Personen faktisch gezwungen, sich Operationen zu unterziehen, die in keiner Weise den normativen Akten entsprachen und den Grundsätzen der Zweckmäßigkeit und der Sorge um die Gesundheit der Patient:innen widersprachen. Für die Legitimierung dieser Auslegung der Norm von Teil 4 des Föderalen Gesetzes Nr. 70 «Über Personenstandsgesetze» war jedoch in erster Linie das Gesundheitsministerium verantwortlich, das die Genehmigung der medizinischen Bescheinigungsformulare sabotierte. **Mit dem neuen Gesetz wurde also die Rechtsnorm aufgehoben, die am meisten zur Erfüllung der Verpflichtung des Staates zum Schutz der Gesundheit seiner Bürger:innen beigetragen hatte.**

Gleichzeitig zeigen die aus dieser Auslegung resultierenden gerichtlichen Präzedenzfälle, dass das Erfordernis des Nachweises einer «irreversiblen Geschlechtsumwandlung» an sich und erst recht in Form von chirurgischen Eingriffen rechtswidrig ist.

Diese Schlussfolgerung ist heute wichtig, da das neue Gesetz im Widerspruch zu den Normen der ICD-10 und ICD-11, der Rechtsprechung, internationalen Verträgen und der Verfassung der Russischen Föderation festlegt, dass eine rechtlich bedeutsame Kategorie des Geschlechts nur auf der Grundlage morphologischer Merkmale (Körperbau und Aussehen der Genitalorgane) bestimmt werden kann.

Genau im Rahmen dieser Logik schreibt der Gesetzgeber die Korrektur von Geschlechtsmerkmalen nur bei «angeborenen Anomalien» vor. Aus demselben Grund sieht der Gesetzgeber auch die Möglichkeit vor, den Eintrag ins Personenstandsregister für jene Personen zu korrigieren,

«bei denen vor dem Inkrafttreten dieses Bundesgesetzes chirurgische Eingriffe zur Änderung der Geschlechtsmerkmale einer Person durchgeführt und durch ein ärztliches Gutachten der medizinischen Kommission einer medizinischen Organisation, die dem föderalen Exekutivorgan untersteht, das für die Ausarbeitung und Durchführung der staatlichen Politik und der normativ-rechtlichen Regelung im Bereich der Gesundheitsfürsorge zuständig ist, über die Übereinstimmung der Geschlechtsmerkmale mit den Zeichen eines bestimmten Geschlechts **bestätigt wurden, das gemäß Teil 2 des Artikels 45.1 des Bundesgesetzes ausgestellt wurde».**

Diese Situation ist nicht durch internationale medizinische Standards begründet, daher willkürlich, und bietet trans Personen keinerlei rechtliche Garantien im medizinischen Bereich.

Die Geschichte der Durchsetzung von Artikel 70 Absatz 4 von 1997 bis 2017 während des Zeitraums ohne konkrete Regelungen des Gesundheitsministeriums, zeichnet sich dadurch aus, dass die meisten trans Personen gezwungen waren, sich organschädigenden Operationen zu unterziehen, um ihre rechtliche Geschlechtszugehörigkeit zu ändern. Dabei wurde keine dieser Operationen von der Krankenkasse übernommen. Infolgedessen erlitten viele trans Personen (insbesondere trans Frauen), die nicht in der Lage waren, die Qualität der Operation sicherzustellen, erhebliche gesundheitliche Schäden.

Andere trans Personen, die die Operation nicht durchführen lassen würden, wenn diese nicht für die Änderung des rechtlichen Geschlechtseintrags notwendig wäre (und um sich von dauerhaften Einschränkungen im sozialen Bereich zu befreien), haben eine erhebliche Verschlechterung ihrer Lebensqualität, schwere psychische Traumata, die Verunmöglichung persönlicher und sexueller Entfaltung sowie Selbstmordgedanken erlebt.

Die Geschichte der Durchsetzung von Teil 4 des Artikels 70 zeigt also: Die Abhängigkeit des rechtlichen Geschlechts (des Geschlechtseintrags) von der Untersuchung der morphologischen Struktur der Genitalien oder ihrer chirurgischen Korrektur ist ein künstliches und willkürliches Hindernis für trans Personen bei der Verwirklichung ihres Rechts auf Gesundheit.

Es ist bezeichnend, dass selbst in Fällen, in denen das Gericht den medizinischen Nachweis einer «irreversiblen Veränderung» verlangte, die Gesamtbegründung der Entscheidung der Sprache der F64.0-Diagnose folgte, die die soziale Bedeutung der Änderung des Geschlechtseintrags betont. Die Jurist:innen des Rechtshilfe-Projekts für trans Personen fassen eine der Entscheidungen vom Oktober 2014 wie folgt zusammen:

«Die Änderung des Passgeschlechts ist für X aus medizinischen Gründen erforderlich. Die Änderung des zivilen (Pass-)Geschlechts und die entsprechende Änderung offizieller Dokumente wird ermöglichen, in vielen Situationen, in denen ein Ausweisdokument benötigt wird, frei zu handeln (Aufnahme einer Beschäftigung, Kauf einer SIM-Karte für ein Telefon, Zugreisen, Grenzübertritt usw.). Zur Zeit ist die Durchführung all dieser Handlungen mit Schwierigkeiten verbunden, und wenn X seine Ausweispapiere vorlegt, wird angenommen, dass er gefälschte oder fremde Dokumente verwendet» [1].

In einem anderen Fall versuchte die Richterin willkürlich, medizinische Maßnahmen, die eine Änderung der Geschlechtszugehörigkeit rechtfertigten, in eine eigene Kategorie einzuteilen:

«verlangte medizinische Unterlagen von allen Organisationen, die medizinische Bescheinigungsformulare ausgestellt hatten, äußerte Zweifel aufgrund der Tatsache, dass es sich um Nichtregierungsorganisationen handelte, und verlangte eine Lizenz zur Durchführung von Operationen zur Geschlechtsumwandlung» [1].

Die Jurist:innen beriefen sich jedoch erfolgreich auf das Gesetz zum Schutz der Gesundheit der Bürger und wiesen nach, dass «ein Bürger das Recht hat, in jeder medizinischen Einrichtung Hilfe zu suchen, es gibt keine spezielle Lizenz für geschlechtsangleichende Operationen». Das heißt, dass das **Recht eines Bürgers, bei dem F64.0 diagnostiziert wurde, sein «rechtliches Geschlecht» zu ändern, keine zusätzlichen Begründungen und Untersuchungen erfordert. Das Gesetz vom 24. Juli 2023 hat jedoch genau diese rechtswidrige Abtrennung des Rechts auf Änderung der Geschlechtszugehörigkeit in einen eigenen «Bereich» vollzogen.**

Bemerkenswert ist ein weiteres Gerichtsurteil, in dem eine trans Person das Recht erhielt, ihren Geschlechtseintrag zu ändern, ohne sich einer Operation zu unterziehen. Der grenzwertige Status von Langzeit-GAHT als Beweis für «irreversible Veränderungen wurde in der Entscheidung des Regionalgerichts Nowosibirsk (2016) als ausreichende Rechtfertigung für die Korrektur eines Personenstandseintrags angesehen. Am wichtigsten ist für uns die Tatsache, dass sich das Gericht in seiner Entscheidung auf den Wortlaut medizinischer Dokumente (Diagnosen, die von einer Einrichtung mit einer Lizenz zur Ausübung einer medizinischen Tätigkeit erstellt wurden) und deren Auslegung im Rahmen von ICD-10-Leitlinien stützt. Zunächst stellt das Gericht die Bedeutung des Anspruchs fest, mit dem der Antragsteller antritt:

«Die Änderung des Passgeschlechts von Personen mit dieser Diagnose [F64.0. – Anm. d. Red.] ist eine Behandlungs- und Rehabilitationsmaßnahme, die auf ihre persönliche und soziale Anpassung sowie auf die Vorbeugung von depressiven Störungen und suizidalem Verhalten abzielt» [1].

Das Gericht lässt sich dann bei seiner Entscheidung tatsächlich vom Wortlaut der Diagnose leiten (die sich als recht detailliert herausstellte – und damit die Komplexität der medizinischen Merkmale des Geschlechts widerspiegelte, die bei der Bestimmung des rechtlich relevanten Faktums des Geschlechts zu berücksichtigen sind). In dem von dem Kläger vorgelegten medizinischen Bericht hieß es, dass

*«diagnostiziert als konstitutioneller Transsexualismus, **männliches soziales Geschlecht (F64.0)**, chromosomales Geschlecht weiblich 46XX, gonadales Geschlecht weiblich, hormonelles Geschlecht weiblich, morphologisches Geschlecht weiblich mit ausgeprägter Maskulinisierung. [Vollständiger Name] wird empfohlen, das Passgeschlecht zu wechseln, mit der Möglichkeit einer späteren (chirurgischen und hormonellen) Korrektur» [1]*

So spiegelte das medizinische Dokument die Komplexität des Geschlechts (Gender) wider und wies darauf hin, dass die Diagnose «Transsexualismus» (F64.0) so zu verstehen ist, dass das soziale Geschlecht des Antragstellers männlich ist, was zu der medizinischen Empfehlung führt, das «Passgeschlecht» zu ändern – d. h. den Personenstandseintrag zu korrigieren (von «weiblichem» Geschlecht zu «männlichem» Geschlecht). Das Gericht, welches dieses medizinische Dokument prüfte, stimmte zu, dass das «soziale Geschlecht» die Grundlage für die Anerkennung eines rechtlichen Geschlechts nach der in der Russischen Föderation geltenden ICD-10 ist:

«Der Richterausschuss ist der Ansicht, dass die von der Klägerin vorgelegten ärztlichen Bescheinigungen den Anforderungen der geltenden Gesetzgebung entsprechen, die Feststellung der Diagnose Transsexualismus bei [Vollständiger Name], die Durchführung einer hormonellen Geschlechtskorrektur von weiblich zu männlich, die unumkehrbar ist, unabhängig davon, dass es derzeit keine chirurgische Korrektur des Geschlechts der Klägerin gibt, die in Zukunft möglich ist, sowie die ärztlichen Empfehlungen zur Änderung des Passgeschlechts von [Vollständiger Name] bestätigen» [1].

Das Gericht betonte das Vorrecht der medizinischen Meinung, das sich aus der Unmöglichkeit ergibt, die Kriterien des «Geschlechts» normativ festzulegen. In dem Urteil wird daher die folgende Begründung gegeben:

*«Eine Änderung des Passgeschlechts ist aus medizinischen Gründen notwendig [Vollständiger Name]. **Da sich die Antragstellerin als Mann fühlt und ein männliches soziales und psychologische s Geschlecht hat, bereitet ihr die Tatsache, dass sie weibliche Dokumente besitzt, erhebliche Schwierigkeiten im täglichen Leben.** Die Änderung des Passgeschlechts von Personen mit dieser Diagnose ist eine Therapie- und Rehabilitationsmaßnahme, die auf ihre persönliche und soziale Anpassung sowie auf die Vorbeugung von depressiven Störungen und Suizidalität abzielt» [1].*

Wie wir sehen können, steht diese Entscheidung im Einklang mit jenen Präzedenzfällen, in denen der primäre Faktor die Feststellung des Arztes war, dass das «soziale Geschlecht» sich vom Passgeschlecht unterscheidet. Diese allgemeine Argumentation berücksichtigt jedoch nicht die Unterscheidung, ob eine trans Person verpflichtet ist, sich einer geschlechtsangleichenden, «organschädigenden» Operation zu unterziehen oder nicht, obwohl diese Anforderung einen erheblichen Eingriff in den Gesundheitszustand der Person darstellt und sich aus der nicht juristischen Formulierung «irreversible Geschlechtsumwandlung» ergibt.

Die dargelegten gerichtlichen Präzedenzfälle zeigen, dass ein medizinischer Bericht mit der Diagnose F64.0 «Transsexualismus» und einer Indikation zur Änderung der rechtlichen Geschlechtszugehörigkeit auf der Grundlage der Empfehlung der Internationalen Klassifikation der Krankheiten ein rechtlich bedeutsamer Faktor ist, den das Gericht bei seiner Entscheidung zu berücksichtigen hat. Dabei orientiert sich das Gericht nicht nur an den Rechtsvorschriften, die das Recht auf medizinische Versorgung regeln, sondern auch an einem Gesetz mit unmittelbarer Wirkung, nämlich Artikel 23 der Verfassung der Russischen Föderation. Das neue Gesetz widerspricht also nicht nur den verfassungsmäßigen Rechten der russischen Bürger, sondern ignoriert auch völlig die einschlägige Rechtspraxis.

Der destruktive Charakter des neuen Gesetzes für diese Rechtsprechung ergibt sich aus der Tatsache, dass sich die Gerichte in erster Linie auf den Wortlaut von Teil 4 des Artikels 70 des Föderalen Gesetzes Nr. 143 des Zivilgesetzbuches «Über Handlungen des Personenstands» bezogen haben. Da die Bestimmungen ebendieses Artikels durch das neue Gesetz für nichtig erklärt werden, ist das Gericht gezwungen, sich an der neuen Gesetzesnorm zu orientieren, da sich die Gerichte der Russischen Föderation gemäß der Verfassung der Russischen Föderation bei ihren Entscheidungen nicht an gerichtlichen Präzedenzfällen, sondern an Gesetzesnormen orientieren. Eine rechtliche «Anfechtung» des verabschiedeten Gesetzes und die Feststellung seiner Verfassungswidrigkeit ist nur über das Verfassungsgericht möglich.

Darüber hinaus spielten Verweise auf internationale Rechtsnormen eine wesentliche Rolle in den Gerichtsentscheidungen. Im Jahr 2015 begründete das Moskauer Stadtgericht seine positive Entscheidung über den Antrag auf Änderung des Geschlechtseintrages damit, dass die Gerichte verpflichtet sind, sich von der Entschließung Nr. 23 des Plenums des Obersten Gerichts der Russischen Föderation vom 19. Dezember 2023 «Über richterliche Entscheidungen» und den Normen internationaler Verträge leiten zu lassen und deren Auslegung in den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu berücksichtigen. Anschließend verwies das Gericht auf Abschnitt 2 Artikel 8 der Konvention, der besagt, dass keine Einmischung der öffentlichen Gewalt in die Ausübung des Rechts auf Achtung des Privat- und Familienlebens zulässig ist, sowie auf die Auslegung dieses Artikels durch den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte:

«...die geschlechtliche (Gender-)Identifikation ist einer der wichtigsten Aspekte des Privatlebens einer Person. In diesem Fall sind die staatlichen Behörden verpflichtet, die Dokumente einer transsexuellen [trans – Anm. d. Red.] Person zu ändern, wenn es medizinische Indikationen dafür gibt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat bereits festgestellt, dass die fehlende Möglichkeit des Staates, die Dokumente einer transsexuellen [trans – Anm. d. Red.] Person zu ändern, eine Verletzung ihres Rechts auf Achtung des Privatlebens darstellt, was sich in den Urteilen des EGMR widerspiegelt: in den Fällen V. gegen Frankreich (Beschwerde Nr. 13343/87, Urteil vom 15. März 1992), I. gegen das Vereinigte Königreich (Beschwerde Nr. 25680/94, Urteil vom 11. Juli 2002), Christina Goodwin gegen das Vereinigte Königreich (Beschwerde Nr. 28975/95, Urteil vom 11. Juli 2002)» [1].

Nach dem Ausbruch des vollumfänglichen Krieges auf ukrainischem Gebiet zog sich die Russische Föderation jedoch 2022 aus wichtigen internationalen Organisationen wie dem Europarat und dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zurück. Infolgedessen können sich russische Gerichte nicht mehr auf eine andere wichtige Rechtsquelle zum Schutz der Rechte und Freiheiten von trans Personen berufen.

Jurist:innen und Anwält:innen von *Delo LGBT+* berichten, dass die Gerichte nach der Verabschiedung des Gesetzes die Bearbeitung von Beschwerden von trans Personen absichtlich verzögern – vor allem von solchen, die aufgrund der unrechtmäßig langen (mehr als ein Monat) Prüfung des Antrags durch das Standesamt keine Zeit hatten, ihren Geschlechtseintrag zu ändern. Die Anträge werden immer wieder von der Verwaltungsebene (Einspruch gegen die Handlung oder Untätigkeit eines bestimmten Standesamtes) auf die Zivilebene (Rechtsstreitigkeiten) und wieder zurück umgeleitet. **Nach Schätzungen der Jurist:innen von Delo LGBT+ werden etwa 80% der Anträge zunächst abgelehnt. Nur mit der Unterstützung von erfahrenen Anwält:innen ist es möglich, dass ein Antrag zur Prüfung angenommen wird.** Bei der Prüfung der Fälle beziehen sich die Gerichte in erster Linie auf das neue Gesetz und bestehen auf dem Nachweis einer «medizinischen Transition» als einziger Grundlage für die Änderung des Geschlechtsmarkers.⁸¹

Im Zusammenhang mit dem neuen diskriminierenden Gesetz können Anwält:innen und Menschenrechtsaktivist:innen nur auf die Empfehlungen der ICD-10 im Bereich der Änderung des gesetzlichen Geschlechtseintrags für trans Personen sowie auf die Bestimmungen der Verfassung der Russischen Föderation verweisen. Die Jurist:innen des Projekts *Delo LGBT+* begründen diesen Verweis mit der Komplexität medizinischer Faktoren, die hinter dem Phänomen von Gender (Geschlecht) stehen, sowie mit der Tatsache, dass die rechtliche Kennzeichnung des «Geschlechts» meist auf dem so genannten geburtshilflichen Geschlecht beruht (eine Geschlechtskennzeichnung, die einer Person bei der Geburt aufgrund der äußeren Struktur der Genitalien zugewiesen wird).

Das heißt, in Fällen, in denen die Selbstdarstellung und/oder das Aussehen einer Person nicht mit dem im Personalausweis angegebenen Geschlecht übereinstimmt, kann eine solche Person gezwungen werden, Fragen zu ihrem Gender (Geschlecht) zu beantworten — d.h. Fragen, die der ärztlichen Schweigepflicht oder dem Geheimnis des persönlichen und familiären Lebens unterliegen, was «einer Person nicht erlaubt, Informationen über sich selbst zu kontrollieren, die Offenlegung von Informationen persönlicher, intimer Natur zu verhindern» — was somit Artikel 23 der Verfassung der Russischen Föderation widerspricht. **Dennoch berücksichtigen die Gerichte dieses Argument nicht.**

Seit Inkrafttreten des neuen Gesetzes weigern sich die Gerichte, die Komplexität von biologischem Geschlecht, die Bedeutung des «sozialen Geschlechts» (erfasst durch die Diagnose F64.0) und die Notwendigkeit, sich bei der Bestimmung des rechtlichen Geschlechts ausschließlich auf die Meinung von Fachleuten zu verlassen, anzuerkennen. Stattdessen gibt es rechtsfeindliche Formulierungen, die besagen, dass selbst dann, wenn das Gericht eine formale Änderung des Geschlechts anerkennt, keine Änderung des Geschlechts «in der Realität» erfolgt. Infolge des Rückzugs Russlands aus den internationalen Verträgen im Jahr 2022, den Normen, mit denen Gerichte zuvor das Recht von trans Personen auf Änderung ihres Geschlechtseintrags begründet hatten, ist es nicht mehr möglich, sich vor russischen Gerichten auf europäische Normen über die Rechte von trans Personen zu berufen.

3.4 Diskriminierung von trans Personen im sozialen und wirtschaftlichen Bereich: äußere Einschränkungen und Selbstbeschränkungen

Menschenrechtsverteidiger:innen weisen darauf hin, dass die zusätzliche Gefährdung von trans Personen mit ihrer Sichtbarkeit für diverse offizielle Stellen zusammenhängt.

Die Diskrepanz zwischen äußerem Erscheinungsbild transgeschlechtlicher Personen und ihren Ausweisdokumenten sowie die Speicherung verschiedener Daten über den Wechsel von Dokumenten macht trans Personen nicht nur potenziell

für gezielte Repressionen angreifbar, sondern auch in allen Situationen vulnerabel, die eine Identitätsprüfung erfordern. Die meisten dieser Situationen stehen im Zusammenhang mit der Ausübung der sozialen und wirtschaftlichen Rechte einer Person.

Laut dem Monitoring des *Rechtshilfeprojekts* für trans Personen wurde 2016 der **Hälfte der befragten trans Personen die Annahme einer Arbeitsstelle oder eines Studiums aufgrund von Diskrepanz zwischen Aussehen und Geschlechtskennzeichnung in Dokumenten verweigert**. Darüber hinaus wurde 31% die Inanspruchnahme von Postdienstleistungen, 24% die Inanspruchnahme von Bankdienstleistungen und 17% die Inanspruchnahme von Verkehrsdienstleistungen verweigert. 19% wurden staatliche oder kommunale Dienstleistungen⁸² verweigert, 8% notarielle Dienstleistungen. **All diese Einschränkungen sind diskriminierend, da sie die Karrierechancen, die soziale Mobilität und die allgemeine Lebensqualität von Personen, die einer bestimmten sozialen Gruppe angehören, erheblich einschränken.**

Gleichzeitig formulieren die Autor:innen des Monitorings eine eigene Kategorie der Diskriminierung – die Selbstbeschränkung. **Unter Selbstbeschränkung versteht man die freiwillige Verweigerung von Handlungen, die trans Menschen bewusst vornehmen, weil sie befürchten, dass das Risiko unangenehmer Konsequenzen der durchgeführten Handlung den möglichen Nutzen überwiegen könnte**. Dabei geht es nicht nur um die schwerwiegenden psychologischen Folgen (Geschlechtsdysphorie), die sich daraus ergeben, sich mit Dokumenten zu identifizieren, die nicht mit der Identität einer Person übereinstimmen. **Es handelt sich auch um Outing (unfreiwillige Offenlegung von Informationen über den trans Status), was wiederum das Risiko mit sich bringt, Beleidigungen, körperliche oder sexualisierte Gewalt zu erleben.**

Beispielsweise dokumentiert das Monitoring einen solchen Fall von Outing durch eine medizinische Einrichtung. Im Jahr 2015 beantragte eine trans Frau, die ihre Dokumente noch nicht geändert hatte, medizinische Leistungen im Rahmen einer freiwilligen Zusatzversicherung.

82 [Rechtshilfeprojekt für trans Personen 2018, S.10].

Die Leistungen wurden verweigert, weil Zweifel daran bestanden, dass die Dokumente ihr gehörten. Die Frau wurde gezwungen, ihren trans Status offenzulegen, woraufhin sie beleidigt wurde und ihr weiterhin die medizinische Versorgung verweigert wurde.⁸³ Ein weiterer Fall ereignete sich bei der Benutzung von Verkehrsmitteln, als ein trans Mann mit noch nicht geänderten Dokumenten in einem Zug reiste. Eine Zugbegleiterin, die beim Einsteigen die Dokumente überprüfte, teilte ihren Abteilungskolleg:innen die Geschlechtszugehörigkeit des Mannes im Pass mit, woraufhin *«zwei Männer [ihn] zwangen, seinen trans Status offenzulegen, ... ihm einen von den anderen im Abteil abweichenden Trinkbecher zugewiesen und es vermieden, ihn und seine Sachen während der zweitägigen gemeinsamen Reise zu berühren, und ihm ebenso verboten dieses zu tun, um nicht "beschmutzt" zu werden»*.⁸⁴

Neben der direkten Verletzung der Rechte von trans Personen müssen also auch die Selbstbeschränkungen berücksichtigt werden, auf die sie zurückgreifen, um die diskriminierende Situation in ihrem Umfeld richtig einschätzen zu können. **Um das Ausmaß dieser Selbstbeschränkungen zu durchdringen: Mehr als die Hälfte aller trans Personen haben nicht die gleichen Möglichkeiten, ihre beruflichen Perspektiven zu entwickeln, ihre Bürgerrechte zu verwirklichen und ihre sozialen Garantien zu nutzen.**

Im Jahr 2016 lehnten 62% der befragten trans Personen aufgrund nicht-geänderter Ausweispapiere ab, den Arbeitsplatz zu wechseln oder sich auf eine ansprechende Stelle zu bewerben. 34% verzichteten darauf, eine Ausbildung aufzunehmen. Im Bereich der Dienstleistungen zögerten 33% Bankdienstleistungen zu nutzen, 30% den überregionalen Transport zu nutzen, 27% einen Reisepass zu beantragen, 23% ins Ausland zu reisen, 21% einen Führerschein zu bekommen und 19% ein Visum zu beantragen.

Weiterhin ist festzustellen, dass 41% der Befragten sich weigerten, einen Arzt aufzusuchen und medizinische Hilfe zu erhalten, was Auswirkungen der Diskriminierung von trans Personen auf ihr Recht auf Leben und Gesundheit verdeutlicht.⁸⁵ Gleichzeitig kann die Verletzung der Berufspflichten des medizinischen Personals auch zu einer Diskriminierung von trans Personen in der Wirtschafts- und Arbeitswelt führen.

83 [ebd. S.33].

84 [ebd. S.69]. Bezeichnenderweise folgt im letzteren Fall die Transfeindlichkeit direkt aus der Sprache der Gefängnikultur und ist ein Beispiel dafür, wie die Kriminalisierung von LGBTQ-Personen in der Hasspropaganda soziale Interaktionen erfolgreich beeinflusst.

85 [ebd. S.33].

Das Rechtshilfeprojekt für trans Personen hat folgenden Fall dokumentiert: Im Jahr 2016 unterzog sich in St. Petersburg eine trans Frau, die bereits lange Zeit GAHT durchlaufen und ihre Dokumente vor Arbeitsantritt geändert hatte, einer ärztlichen Routineuntersuchung am Arbeitsplatz. Der die Untersuchung durchführende medizinische Mitarbeiter verstieß gegen die ärztliche Schweigepflicht und gab den trans Status des Opfers an die Unternehmensleitung weiter, woraufhin sie sechs Monate lang am Arbeitsplatz beleidigt und belästigt wurde und dann auf eigenen Wunsch kündigen musste. Relevant ist, dass auch andere Mitarbeiter:innen des Unternehmens, die sich auf die Seite des Opfers stellten, zur Kündigung gezwungen wurden.⁸⁶

Skrupellose Arbeitgeber:innen merken, dass sie keine Konsequenzen zu erwarten haben, missbrauchen personen-bezogene Daten, die sie von trans Beschäftigten erhalten haben, schaffen bewusst horrende Arbeitsbedingungen, verweigern unrechtmäßig Prämienzahlungen oder entlassen sie ohne jegliche Rechtfertigung.

Das Monitoring des *Rechtshilfeprojekts für trans Personen* verzeichnet folgende Verstöße, die im Jahr 2016 aufgetreten sind: In Nowosibirsk wurden die Geschlechtsidentität und das Aussehen eines neu eingestellten trans Mannes mit nicht-geänderten Ausweispapieren von einem der Manager öffentlich diskutiert, indem er ihn vor den Kollegen:innen als «es» bezeichnete;⁸⁷ in Moskau wurde eine trans Frau mit nicht-geänderten Ausweispapieren von der Ladenkette Ashan mit einer wertenden und damit rechtswidrigen Argumentation gekündigt: «*Kolleg:innen und Firmenleitung sind mit dem zu weiblichen Aussehen, der weichen Stimme und dem Verhalten unzufrieden*»⁸⁸; ein trans Mann, der während seines Arbeitsverhältnisses seine Dokumente ändern ließ, wurde von der Geschäftsleitung bewusst geoutet (die Personalabteilung gab seine alten Daten an Dritte weiter, die Geschäftsleitung und die Kolleg:innen sprachen ihn mit seinem alten Namen an) und wurde anschließend dazu gezwungen, auf eigenen Wunsch zu kündigen.⁸⁹

Das Monitoring hält fest, dass 2016 die Mehrheit (57%) der befragten trans Personen die Beschäftigungschancen von trans Personen ohne geänderte Dokumente als «schlecht» oder «sehr schlecht» einschätzten; weitere 25% bewerteten sie als «durchschnittlich».⁹⁰

86 [ebd. S.29–30].

87 [Rechtshilfeprojekt für trans Personen 2016, S.24].

88 [ebd., S.26–27].

89 [ebd., S.31].

90 [Rechtshilfeprojekt für trans Personen 2018, S.16].

Nach dem Verbot der Änderung von Geschlechtseinträgen wird dieses Bild der sozialen und wirtschaftlichen Situation von trans Personen allgegenwärtig sein.

Ab Sommer 2023 ist aus zwei Gründen mit einer Verschlechterung der sozialen und wirtschaftlichen Lage von trans Personen zu rechnen. Zum einen wird es immer mehr Volljährige geben, deren Aussehen und Selbstdarstellung von ihren Dokumenten abweicht – die sie dann nicht mehr ändern können. Andererseits mussten vor der Verabschiedung des Gesetzes viele trans Personen ihre Dokumente in aller Eile ändern, da sie gerade erst mit einer Hormontherapie begonnen oder diese noch gar nicht begonnen hatten und keine Zeit hatten, finanzielle Ersparnisse anzusammeln. Daher besteht eine hohe Wahrscheinlichkeit, dass diese Menschen mit einer scharfen Marginalisierung, wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Entlassungen konfrontiert werden.

3.5 Änderungen im Familiengesetzbuch der Russischen Föderation: Annullierung der Ehen von trans Personen und Verbot der Adoption

Darüber hinaus wurden mit dem neuen Gesetz weitere wichtige Änderungen an den russischen Gesetzen vorgenommen.

Artikel 16 des Familiengesetzbuchs der Russischen Föderation in seiner geänderten Fassung erkennt die Geschlechtsangleichung eines:r der Ehegatt:innen als unbedingten, vom Willen der Parteien unabhängigen Grund für die Beendigung einer Ehe an. Es sei darauf hingewiesen, dass vor Verabschiedung der Änderungen nur der Tod eines:r der Ehegatt:innen und die gerichtliche Anerkennung als verstorben als solche Gründe galten. Der Gesetzgeber hat in diesem Bereich auch die «Änderung des Personenstandsregisters aufgrund der Geschlechtsumwandlung eines der Ehegatten» aufgenommen.

Das Problem liegt zudem in einer weiteren Tatsache. **Aus dem Wortlaut des Artikels ergibt sich, dass diese Norm sowohl für Ehen gelten kann, die vor der Geschlechtsangleichung eines:r der Ehegatt:innen geschlossen worden waren – obwohl auch in diesem Fall die automatische Beendigung der Ehe ohne Berücksichtigung des Willens der Ehegatt:innen als Verletzung der Menschenrechte auf Achtung des Familien- und Privatlebens zu betrachten ist – , als auch für Ehen, die nach dem Geschlechtswechsel einer oder beider Personen, die die Ehe geschlossen haben, und einer offiziellen Änderung ihrer Dokumente durch die zuständigen staatlichen Behörden der Russischen Föderation, geschlossen wurden.**

Es ist besonders zu betonen, dass die Auflösung der Ehe im Sinne des Absatzes 1 des Artikels 16 des Familiengesetzbuches der Russischen Föderation bedingungslos ist. Die geltende Familiengesetze sehen nämlich keine rechtlichen Mechanismen zum Schutz der legitimen Interessen von Ehegatten vor, die nach der einvernehmlichen Geschlechtsangleichung durch einen oder beide Ehegatten geheiratet haben; die den Geschlechtseintrag in den Dokumenten auf der Grundlage der damals geltenden Gesetze geändert haben – d.h. rechtmäßig verheiratet sind und die Ehe nicht auflösen wollen. **Da Absatz 1 von Artikel 16 sich nicht auf die Auflösung der Ehe auf Antrag eines oder beider Ehegatten bezieht, ist für die Umsetzung der Neuerung von 2023 kein Gerichtsbeschluss oder Antrag erforderlich – die Ehe gilt automatisch als beendet, wie im Todesfall. In diesem Fall wurde vom Gesetzgeber jedoch nicht bedacht, dass im Falle des Todes eines:r der Ehegatt:innen der Zeitpunkt der Beendigung der Ehe bekannt ist und im Falle der Gleichsetzung mit dem Tod dieser vom Gericht festgelegt wird.**

Zu den Folgen der Beendigung der Ehe gehören das Erbrecht und andere vermögensrechtliche Fragen, für die der Zeitpunkt der Beendigung der Ehe von Bedeutung ist.

Offensichtlich hat der Gesetzgeber entweder den Sinn des verabschiedeten Gesetzestextes nicht verstanden oder er hatte grundsätzlich nicht die Absicht, das Eigentum und die damit verbundenen persönlichen, nicht vermögensrechtlichen Beziehungen der Ehegatten zu regeln, was gemäß Artikel 2 des Familiengesetzbuches Gegenstand des Familienrechts ist. Durch die Änderung von Absatz 1 des Artikels 16 des Familiengesetzbuches der Russischen Föderation, mit der die Ehe infolge der Eintragung der Geschlechtsumwandlung automatisch als beendet anerkannt wird, hat der Gesetzgeber nicht einmal daran gedacht, den Zeitpunkt der Beendigung der Ehe sowie die Folgen einer solchen Beendigung auf der neuen Grundlage zu bestimmen. **Damit hat der Gesetzgeber eine Situation der Rechtsunsicherheit geschaffen, in der Bürger:innen, die auf der Grundlage des Gesetzes handeln, nicht mit vorhersehbaren Folgen ihres rechtmäßigen Verhaltens rechnen können.**

Darüber hinaus wurden die Artikel 127 und 146 des Familiengesetzes geändert, um Personen, die ihr Geschlecht «geändert» haben, die Adoption von Kindern oder die Vormundschaft und das Sorgerecht für Kinder zu untersagen.

Das fragliche Gesetz steht in direktem Widerspruch zu internationalen Menschenrechtsnormen, die insbesondere in den Artikeln 16, 17 und 23 des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte, sowie in Artikel 12 des Internationalen Pakts über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verankert sind, zu denen sich Russland, zumindest vorläufig, nicht offiziell bekannt hat.

3.6 Verletzung der Familienrechte von trans Personen

Der diskriminierende Charakter des neuen Gesetzes ergibt sich nicht nur aus jeder einzelnen Bestimmung, sondern auch aus der Art und Weise, wie diese Bestimmungen miteinander und mit anderen Gesetzen verknüpft sind.

Der Gesetzgeber tut faktisch alles, um eine Person daran zu hindern, eine der Maßnahmen aus den ICD-Leitlinien für trans Menschen umzusetzen, d. h. um die Ausübung ihres Rechts auf Gesundheit zu beschränken.

Denjenigen trans Personen, die dieses Recht im Rahmen der bisherigen Rechtsnormen nicht wahrnehmen konnten, wird der Zugang zum Rechtsschutz in Bereichen, in denen sie vom Geschlechtseintrag in ihren Dokumenten abweichen, vollständig verweigert. Dies ist eine direkte Diskriminierung von trans Personen auf der Grundlage ihres Gesundheitszustands.

Familien- und Elternrechte sind Bereiche, in denen Diskriminierung besonders wesentlich werden kann. Die größere Sichtbarkeit von trans Personen bei offiziellen Stellen und in Alltagssituationen verglichen mit anderen LGBTQ-Personen macht diejenigen, die ihren Geschlechtseintrag noch nicht ändern konnten, von den äußerst vagen Kriterien der «LGBT-Propaganda» und den Normen von Artikel 6.21 des Gesetzbuches über Ordnungswidrigkeiten der Russischen Föderation abhängig.

Im Jahr 2017 führte die Anwendung dieses Gesetzes dazu, dass der Familie Sawinowski die Elternrechte und die Pflegekinder entzogen wurden, nachdem sich der Vormund einer Mastektomie unterzogen hatte. Die Familie war gezwungen, die Russische Föderation zu verlassen und in einem EU-Land Asyl zu beantragen, da sie befürchtete, dass auch ihre eigenen Kinder der Familie entzogen würden. Erst dann konnte sich der Vormund als trans Mann outen und mit der Transition beginnen (d.h. sein Recht auf Gesundheit zu verwirklichen, das er in Russland aus Rücksicht auf seine Familie und seine Kinder nicht wahrgenommen hat). Das Monitoring des «Russischen LGBT-Netzwerks» fasst den Fall der Sawinowskis mit den Worten zusammen, dass *«einige Abweichungen vom Bild einer „echten Frau“ als ausreichender Grund für die Zerstörung der Familie angesehen werden können»*.⁹¹

Das von *Sphera* und *Wychod* im Jahr 2022 durchgeführte Monitoring zeigt das gleiche enttäuschende Prinzip. **Während durchschnittlich 7% der LGBTQ-Eltern im Jahr 2022 bei der Interaktion mit den Bildungs- oder medizinischen Einrichtungen, als sie ihre Kinder besuchten, aufgrund ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität diskriminiert wurden, war der Prozentsatz bei trans Personen fast doppelt so hoch (13%).** Die Diskriminierung von trans Personen im Bereich der Elternrechte kann nicht nur auf Initiative staatlicher Organisationen, sondern auch auf Initiative der Verwandten des Kindes erfolgen: So gaben 26% der trans Eltern (d.h. jede:r vierte) an, dass sie im Jahr 2022 gezwungen waren, mit ihnen Konflikte einzugehen.⁹² **Es ist bezeichnend, dass diese Daten vor der Verabschiedung des neuen Gesetzes und sogar vor dessen fördernder Medienkampagne erhoben wurden. Sie bestätigen, dass das neue Gesetz die bereits bestehenden diskriminierenden Praktiken verstärken und zu ihrer weiteren Verbreitung beitragen wird.**

Im April 2023 war der Entzug eines Pflegekinds aus der Familie eine der Stufen des Drucks auf einen LGBTQ-Aktivisten und eine offene trans Person. Dabei wurde die Überprüfung auf der Grundlage der Veröffentlichungen des Aktivisten in seinem persönlichen Blog initiiert. Das heißt, der Grund für die Herausnahme des Kindes aus der Familie war die Einleitung eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens gegen den Vormund wegen der Veröffentlichung von «Informationen, die nicht-traditionelle sexuelle Beziehungen und Vorlieben sowie eine Geschlechtsumwandlung fördern», da dem Kind «möglicherweise nicht-traditionelle Familienwerte eingepflegt werden» (die Formulierung stammt aus der Bestimmung für die Einleitung eines Ordnungswidrigkeitsverfahrens). **Das Gericht weist dabei den Schaden, der dem Kind zugefügt wurde, in keiner Weise nach (z. B. gibt es keine Beweise dafür, dass das Kind die genannten Veröffentlichungen gesehen hat). Dies ist eine unmittelbar diskriminierende Strafverfolgung, da die Grundlage für die Einschränkung der Vormundschaftsrechte nicht eine bestimmte Handlung ist, sondern die Tatsache der Identität des Vormunds und des Autors der Veröffentlichung, die im Rahmen der ordnungswidrigkeitrechtlichen Vorschrift untersucht wird. Der gerichtliche Druck auf einen LGBTQ-Aktivisten wegen seiner Aktivitäten wurde direkt von seiner Identität als offene LGBTQ-Person im Umfeld eines Minderjährigen abgeleitet [15].**

92 [ebd.]

Vor dem Hintergrund dieser gerichtlichen Präzedenzfälle ist die Einschränkung des Rechts von trans Personen, Kinder zu adoptieren, sowohl eine populistische Maßnahme, ein Druckmittel gegen trans Personen, die Eltern und Vormünder sind, als auch eine zusätzliche Rechtfertigung für die Verfolgung von LGBTQ-Personen aufgrund ihrer Identität und nicht aufgrund ihrer Handlungen.

Es ist falsch anzunehmen, dass diese Grundsätze nur für LGBTQ-Aktivist:innen gelten – d.h. für diejenigen, die öffentlich aktiv sind oder ihre LGBTQ-Identität offen deklarieren. Familienrechte stehen beim Propagandanarrativ der «traditionellen Werte» zentral, und daher wird jede Verwirklichung dieser Rechte in einer Weise, die diesem Narrativ abträglich ist, wahrscheinlich die Aufmerksamkeit des Staates auf sich ziehen, was zu seiner direkten Einmischung in das Privatleben der Bürger:innen und zur Verhängung eines Verbots der Wahrnehmung ihrer Rechte führt.

Dies wird durch den Fall der illegalen Auflösung der Ehe von Jana und Waleria im April 2023 bestätigt (Stadt Twer; die Fallstudie wurde von den Jurist:innen des Projekts *Delo LGBT+* durchgeführt). Die Frauen gingen eine rechtlich heterosexuelle Ehe ein, bevor eine von ihnen eine rechtliche Transition vollzog. Als sie ihren Geschlechtseintrag von «männlich» zu «weiblich» änderte und sich ihre Ehe als rechtlich homosexuell herausstellte, leitete die Staatsanwaltschaft sofort ein Verfahren ein, um die Ehe als Scheinehe anzuerkennen, die zudem aus **«Hooliganismus mit dem Ziel der Untergrabung der öffentlichen Ordnung»** geschlossen wurde; das Standesamt, das von den Angeklagten «in die Irre geführt» wurde, wurde als geschädigte Partei anerkannt. **Die Eklatanz besteht darin, dass das Verfahren eingeleitet wurde, bevor die Änderungen über die Auflösung der Ehe im Falle einer «Geschlechtsumwandlung» eines:r der Ehegatt:innen in das Familiengesetzbuch der Russischen Föderation aufgenommen wurden.**

Mit dem Einverständnis der Polizei wurde eine Kampagne der Hetze und Verfolgung gegen die Frauen organisiert (eine von ihnen erhielt zahlreiche Drohbotschaften und bemerkte, dass sie verfolgt wurde) [16]. Da sie nicht die Möglichkeit hatten, ihre Familienrechte zu schützen und um ihr Leben und ihre Gesundheit fürchteten, waren die Frauen gezwungen, Russland zu verlassen und in einem EU-Land Asyl zu suchen. **Bezeichnenderweise geht es in diesem Fall nicht um die Anwendung diskriminierender Rechtsnormen, um Druck auf unerwünschte Menschenrechtsaktivitäten auszuüben, sondern vielmehr um die Verletzung der Familienrechte und das unrechtmäßige Eindringen in die Privatsphäre – welche der Staat als «gefährlich» ansah und beschloss, daraus eine homo- und transfeindliche Medienkampagne zu machen.**

Die Bestimmung über die Beendigung der Ehe im Falle eines Wechsels des Geschlechtseintrags durch einen der Ehepartner:innen spielte in Wirklichkeit bereits in der Phase des Gesetzentwurfs eine Rolle – insbesondere, wenn trans Personen beschlossen, ihren Geschlechtseintrag zu ändern (was nur vor Inkrafttreten des Gesetzes am 24. Juli 2023 möglich war). Auf diese Weise wurde das Gesetz, das noch nicht verabschiedet war, zu einer Bedrohung und einem Ultimatum für die Bürger:innen, die in Russland darunter fallen.

In diesem Zusammenhang wurden diskriminierende Handlungen oder Nachlässigkeiten seitens der Standesbeamten:innen, die sich nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes oft als fatal erwiesen, festgestellt. **Nach der Ankündigung des Gesetzes im Mai 2023 sahen sich trans Personen, die offiziell verheiratet waren, mit unrechtmäßigen Verzögerungen bei der Annahme von Anträgen auf Änderung ihres Geschlechtseintrages konfrontiert.**

In Wirklichkeit wurde in diesen Fällen das noch nicht verabschiedete Gesetz, das die Beendigung der Ehe nach der Änderung des Geschlechtseintrages durch einen der Ehegatt:innen vorschreibt, bereits vor seinem Inkrafttreten angewendet.

Dabei führte das Fehlen einer gesetzlichen Norm dazu, dass die Antragsteller:innen in rechtswidriger Weise (weder nach dem Sinn noch nach dem Wortlaut des Gesetzes) aufgefordert wurden, die Scheidung einzureichen, bevor sie ihren Geschlechtseintrag ändern konnten. Einer der Befragten der Umfrage von T-Aktion beschrieb einen solchen Fall von Diskriminierung wie folgt:

«Im Standesamt wurde ich überredet, meinen Geburtsurkunde nicht zu ändern, da ich mich in einem Scheidungsverfahren befand und die Standesbeamten mich warnten, dass sie die Scheidung nicht aussprechen könnten, wenn ich meine Dokumente vor dem Verfahren änderte, da es sich dann um eine gleichgeschlechtliche Ehe handeln würde. Auch meine Ex und ihr zukünftiger Ehemann übten Druck auf mich aus, sich schneller scheiden zu lassen, darunter auch Drohungen. Zu dieser Zeit konnte ich nachts nicht schlafen, ich hatte große Angst. Ich bin dreimal zum Standesamt gegangen, sie haben mich nicht abgewiesen, aber mir abgeraten. [...]

Im Standesamt sagte man mir, ich solle mit der Änderung meines Passes warten, bis das Gericht ein Urteil gefällt hat, was ich auch tat. Außerdem musste ich allen Forderungen meiner Ex zustimmen, ihre Forderung anerkennen und eine o87/u-Bescheinigung⁹³ vorlegen, damit das Gericht noch in derselben Sitzung eine Entscheidung treffen konnte. Nach dem Gerichtstermin reichte ich die Unterlagen für den Passwechsel noch am selben Tag ein, und eine Woche später erhielt ich einen Anruf von der ausstellenden Behörde, dass mein Pass fertig sei, obwohl das Ausstellungsdatum drei Tage nach Einreichung des Antrags lag.

Als das Gerichtsurteil in Kraft trat, gingen meine Ex und ich zum Standesamt, um eine Scheidungsurkunde zu beantragen, aber man verweigerte dies mit dem Hinweis auf die gleichgeschlechtliche Ehe. In einem anderen Standesamt reichte meine Ex allein den Antrag ein, und die Scheidungsurkunde wurde ihr ausgestellt. Ich habe sie noch nicht erhalten, aber das ist wahrscheinlich nur vorübergehend... Das Wichtigste ist, dass ich die Hauptdokumente ändern konnte».⁹⁴

93 Bescheinigung über die Geschlechtsangleichung.
94 [T-Aktion, 2023c].

Die diskriminierenden Bestimmungen des neuen Gesetzes legalisieren eine Reihe von Eingriffen in das Privat- und Familienleben von trans Personen. Ausgehend von bisheriger Rechtsprechung lässt sich zeigen, dass das Sorgerecht von LGBTQ-Personen regelmäßig als Druckmittel eingesetzt werden wird – sowohl politisch motiviert als auch aus persönlicher Feindseligkeit und Eigeninteresse (zum Beispiel durch andere Verwandte des Kindes). Die Vorgehensweise von Standesämtern und Logik transfeindlicher Medienkampagnen lassen vermuten, dass diese Normen in den meisten Fällen so breit wie möglich ausgelegt werden, was zu zahlreichen Fällen von Verletzung der Familienrechte von trans Personen führen wird.

3.7 Die Situation von trans Personen in der Russischen Föderation nach dem 24. Februar 2022

Der Angriffskrieg auf dem Territorium der Ukraine hat nach Angaben von Menschenrechts-Monitorings dazu geführt, dass eine beträchtliche Anzahl von trans Personen Ende 2022 beschlossen hat, die juristische Transition (Änderung des Geschlechtseintrages in Dokumenten) zu verschieben.

Darauf hatte zum einen die finanzielle Instabilität Einfluss. So gaben 72% der trans Personen, die an der Umfrage von Sphera und Wychod teilnahmen, an, dass sich ihre wirtschaftliche Situation durch den Ausbruch des Krieges verschlechtert habe. Ein weiterer Grund war die Ankündigung der «Teilmobilisierung», aufgrund derer viele trans Männer beschlossen, sich zu schützen und die Änderung ihres Geschlechtseintrages von weiblich zu männlich vorübergehend zu verschieben (was bedeutet hätte, dass sie automatisch in den Einflussbereich der Militärkommissionen zur Rekrutierung geraten wären).

Das Monitoring liefert die folgenden Aussagen in Bezug auf das Ende des Jahres 2022:

«Ich habe Angst, meine Dokumente vollständig zu ändern und die Aufmerksamkeit der Militärkommission auf mich zu ziehen, da es keine Möglichkeit gibt, das Land zu verlassen».

«Es kam dazu, die Pläne für die Transition aus finanziellen Gründen verschieben zu müssen».⁹⁵

Die Initiative der Regierungsvertreter:innen, im April 2023 ein gesetzliches Verbot der Transition zu erlassen, erwies sich als ein Faktor, der eine entgegengesetzte Verhaltensstrategie erfordert. Aufgrund der Überschneidung dieser beiden diskriminierenden Faktoren schafften es einige trans Personen nicht, sich umzuorientieren und ihre Dokumente zu ändern, bevor das neue Gesetz in Kraft trat.

Ein anderer Teil war gezwungen, seine Dokumente zu ändern, ohne vorher einen durchdachten Plan zu haben (in Bezug auf ein finanzielles «Sicherheitspolster» und so die Möglichkeit, den Wohn- oder Arbeitsort im Falle von Konflikten aufgrund von Transfeindlichkeit zu wechseln). **Dieser Zwang brachte sie in eine verletzliche und instabile Situation, deren Dauer unbestimmt ist:**

«Nach Erhalt der Bescheinigung habe ich lange gezögert, da mein Einkommen stark gesunken war. Ich wollte die Hormontherapie fortsetzen und erst dann meine Papiere ändern, da mein Aussehen nicht sehr männlich ist und mein Pass 50/50 funktioniert. Ich habe für einen Hungerlohn gearbeitet, mit ständigen Verzögerungen, immer in der Hoffnung, dass das nächste Gehalt höher sein würde, dass ich Erfahrungen sammeln würde ..., doch das Einkommen ist nie gestiegen, stattdessen gab es Neuigkeiten über das neue Gesetz. Ich dachte, ich hätte keine Zeit mehr, aber ich änderte meine Unterlagen letztendlich sehr schnell. Es wurde einfacher, obwohl ich jetzt schon wegen der Mobilisierung zittere. Ich möchte wirklich weg, aber ich habe kein Geld und ich habe Angst, dass ich, solange ich zumindest etwas spare, entweder zur SVO [“Militärische Spezialoperation”, Anm. d. Red.] gebracht werde oder dass sie die Grenzen schließen und mir jede Möglichkeit zur Ausreise nehmen. Ich verliere die Hoffnung, ich weiß nicht, wohin ich gehen soll».⁹⁶

95 [Sphera, Wychod, S.47].

96 [T-Aktion 2023c].

Dabei gaben 39% der von T-Aktion Befragten an, dass sie vorgehabt hatten, ihren Geschlechtseintrag zu ändern, aber dies nicht möglich war, bevor das Gesetz verabschiedet wurde. Als Hauptfaktoren wurden zwei genannt: die finanzielle Situation und die Angst wegen nicht-ausreichenden «Passings» (d.h. die Angst, dass ein gender-non-konformes Aussehen zu Gewalt und Diskriminierung führen wird). Tatsächlich sind die Gründe, warum viele trans Personen es nicht geschafft haben, ihren Geschlechtseintrag zu ändern, eine direkte Folge der anhaltenden Diskriminierung von LGBTQ-Personen in der Russischen Föderation.

Derzeit befindet sich eine große Zahl von trans Personen in der Schwebe, da ihnen eine Änderung der Dokumente aufgrund der Nachlässigkeit der Standesämter verweigert wurde, die die Prüfung ihres Antrags in unrechtmäßiger Weise verzögerten und nach der Verabschiedung des Gesetzes Antragsteller:innen mit Verweis auf die geänderten Normen abwiesen. Nach Angaben der Menschenrechtsorganisation *Delo LGBT+* haben mehr als hundert Personen aus verschiedenen Regionen Russlands unter diesen Zuwiderhandlungen gelitten.⁹⁷

Einige trans Personen konnten nicht rechtzeitig herausfinden, wie genau sie das für die Änderung ihrer Dokumente erforderliche medizinische Attest erhalten können. Daher schafften sie es nicht, vor Inkrafttreten des Gesetzes einen Antrag auf Änderung des Geschlechtseintrages zu stellen. Diese Situation ist eine unmittelbare Folge der Diskriminierung von trans Personen in medizinischen Einrichtungen (deren Handlungen oder Untätigkeit verhindern, dass ein Patient:ine über die ihm:ihr zur Verfügung stehende medizinische Versorgung informiert wird) und vor allem des eingeschränkten Zugangs zu Informationen (Blockierung von Quellen – vor allem von spezialisierten Menschenrechtsorganisationen). Das Monitoring von *T-Aktion* liefert eine solche Fallstudie:

«[...] Nach der ersten Lesung des Gesetzes, dieses einen, beschloss ich schließlich, mit der Medizin voranzukommen. Ich versuchte, eine kostenlose psychiatrische Klinik aufzusuchen, wo ich von einem Spezialisten zum anderen geschickt wurde, ohne dass man genau wusste, was man mit mir machen sollte. Zitat der Psychiaterin: „Wir behandeln hier Schwerkranke, aber warum kommen Sie zu mir?“

97 [Delo LGBT+ 2023a], (Manuskript).

Wir haben eine Kommission und wir machen solche Dinge, aber Sie sind bei mir nicht richtig". Sie verwies mich an einen Psychologen. Zu diesem Zeitpunkt wurde das Gesetz bereits in der dritten Lesung angenommen. [...] Mir wurde klar, dass ich mir nicht verzeihen würde, wenn ich nicht versuchen würde, zumindest irgendetwas zu tun, und ich wandte mich sehr spät an die Kommission. Nach einer Reihe von wahnsinnigen und spontanen Fahrten hin und zurück fand ich heraus, dass die Standesämter am Wochenende nicht geöffnet sind, und außerdem gibt es auch am Montag keinen Empfang, und andere sind überhaupt nicht geöffnet. Am Montag wurde das Gesetz unterzeichnet... »⁹⁸

Diejenigen trans Personen, die es nicht geschafft haben, ihren Geschlechtseintrag in den Dokumenten zu ändern, bevor das Gesetz verabschiedet wurde, befinden sich heute in einer besonders prekären Lage. Erhebungen von T-Aktion zeigen, dass die Unmöglichkeit, eine juristische und medizinische Transition aufgrund des Gesetzes zu realisieren, den größten Anstieg der Entscheidungen, auszuwandern, verursacht hat. Im Herbst 2023 gaben 50% der Befragten an, dass sie beabsichtigen, das Land zu verlassen, weil dies die einzige Möglichkeit ist, eine Transition vorzunehmen. Während im Frühjahr 2023 50% angaben, das Land nicht verlassen zu wollen, hat sich dieser Anteil im Herbst fast halbiert, auf 30%. Gleichzeitig gaben nur 4% an, dass sie das Land in naher Zukunft verlassen werden, was den Schluss zulässt, dass trans Personen, die nicht geschafft haben, ihren Geschlechtseintrag in Russland zu ändern, nicht genau wissen, wie sie in der nächsten Zeit handeln können.

Ein großer Prozentsatz der trans Personen, die ihre Dokumente nicht geändert haben, war zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Gesetzes noch nicht volljährig. Ihre Pläne, zu arbeiten oder zu studieren, sind in der Schwebelage, da es unmöglich ist, das Outing zu vermeiden, sowie die Perspektive der Begegnung mit Diskriminierung aufgrund von Transfeindlichkeit besteht:

«Ich fühle mich ausgelaugt. Der Traum vom erfolgreichen Durchlaufen der Kommission in der Russischen Föderation wird für immer ein Traum bleiben. An den letzten beiden Geburtstagen habe ich mir naiv eine problemlose Transition gewünscht. Das Schicksal hat mir einen grausamen Streich gespielt».

«Ich habe meine Transition geplant, seit ich 15 Jahre alt war. Vor eineinhalb Jahren bin ich volljährig geworden. Ich dachte, ich hätte noch Zeit, eine Ausbildung zu machen, Geld zu sparen und die Kommission zu durchlaufen. Als das alles anfang, wusste ich nicht, was ich tun sollte. Selbst in der Theorie hätte ich nicht so schnell für die Kommission sparen können (und für den Flug dorthin, wo sie stattfindet, da ich nicht aus Moskau oder St. Petersburg komme)».

Sie wissen auch nicht, wie sie GAHT weiterführen sollen:

«Ich habe wahnsinnige Angst, dass ich mit diesem Gesetz in der Schwebelage hängen bleibe und entweder nicht alle meine Dokumente vollständig ändern oder keine GAHT beginnen kann. Wenn ich zwar einen neuen Pass bekomme, aber eine Hormontherapie in Russland nicht möglich ist, wird es wohl noch schwieriger sein, als mit dem falschen Geschlechtseintrag zu leben».⁹⁹

Die Situation wird durch die Wirkung von Artikel 6.21 noch verschärft, da seine vage Formulierung es ermöglicht, die «Rechtfertigung für eine Geschlechtsumwandlung» bereits am Aussehen einer trans Person festzumachen — die dann keine Möglichkeit mehr hat, es mit dem Personalausweis in Übereinstimmung zu bringen.

Es lässt sich auch nicht behaupten, dass trans Personen, denen es gelungen ist, ihren Geschlechtseintrag zu ändern, sicher sind. Im November 2023 berichteten Medien über Anfragen von russischen Abgeordneten und Ministern an das Gesundheitsministerium und die Generalstaatsanwaltschaft. Gegenstand der ersten Anfrage war die Klärung der Frage, wie genau das Gesundheitsministerium die Norm über das Verbot von «medizinischen Eingriffen, die auf die Ausbildung von Merkmalen des anderen Geschlechts abzielen» umsetzt, und damit war insbesondere die Unterstützung von trans Personen gemeint, die ihre Papiere geändert hatten und eine Hormonersatztherapie erhalten.

99 [ebd.]

Die Anfragen an das Gesundheitsministerium zeigen die Risiken weiterer Willkür sowohl hinsichtlich des Zugangs zu notwendiger medizinischer Versorgung als auch hinsichtlich des rechtlichen Status von trans Personen: So erkennt der Verfasser der Anfrage, der Justizminister, die Rechtsgültigkeit der neuen Personalausweise von trans Personen nicht wirklich an – denn entgegen dem darin angegebenen juristischen Geschlecht ist darin von der «Ausbildung von Merkmalen des anderen Geschlechts [bei ihnen]» die Rede. **Diese Risiken werden durch die Anfrage eines Abgeordneten der Staatsduma an die Generalstaatsanwaltschaft bestätigt – über die Prüfung der Rechtmäßigkeit der Ausstellung von Bescheinigungen des Formulars 087/u im Jahr 2023** (da diese Bescheinigungen angeblich ohne ordnungsgemäße medizinische Untersuchung von einer «Transgender-Mafia» ausgestellt wurden, «die von jungen Menschen profitiert» [17]).

Dabei sind regelmäßige Präzedenzfälle bekannt, in denen die Änderung der Dokumente von trans Personen ohne deren Zustimmung «rückgängig» gemacht wurde – darunter auch ein Fall aus dem Herbst 2023 (Jaroslawl) [18]. Bislang beziehen sich diese Präzedenzfälle auf trans Personen, die zu realen Gefängnisstrafen verurteilt wurden und stehen im Zusammenhang mit dem Konflikt darüber, in welcher Kolonie (Frauen- oder Männerkolonie) sie ihre Strafe verbüßen sollten. **Sie zeigen zum wiederholten Male den völligen Verfall der Institution des Rechts im modernen Russland und auch, dass trans Personen in Russland Ende 2023 Grund zur Sorge haben, dass ihnen ihre Rechtspersönlichkeit buchstäblich entzogen wird.**

Schlussfolgerungen

Das im Juli 2023 verabschiedete Gesetz 386-FG, das die medizinische Versorgung von trans Personen faktisch unmöglich macht, ist ein beispielloses Eindringen des Staates in die Sphäre des persönlichen Lebens und der Gesundheitsversorgung.

Es bedeutet einen weiteren Verstoß gegen die verfassungsmäßigen Garantien, die die Russische Föderation als Rechtsstaat ihren Bürger:innen gewährt. Umfrage- und Monitoringdaten zeigen, dass die Rechte von trans Personen auf Gesundheitsversorgung in Russland bereits vor der Verabschiedung des Gesetzes in großem Umfang verletzt wurden. **Nach Verabschiedung des Gesetzes ist es wahrscheinlich, dass die Diskriminierung von trans Personen durch medizinisches Personal auf Grundlage von deren sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität weiter zunehmen wird.**

Trans Personen, die ihren Geschlechtseintrag nicht geändert haben, können die GAHT nicht mehr unter ärztlicher Aufsicht durchführen, was hohe Risiken für ihre Gesundheit und Sicherheit bedeutet.

Trans Personen in Russland können ihren gesetzlichen Geschlechtseintrag nicht mehr ändern, obwohl dieses Recht auch in den ICD-10- und ICD-11-Empfehlungen für die medizinische Versorgung enthalten ist. Den Agaben von Menschenrechtsaktivist:innen zufolge ist die Unmöglichkeit, den Geschlechtseintrag zu ändern, der Faktor, der die Lebensqualität einer trans Person am stärksten einschränkt, weshalb sie regelmäßig Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt ist und stark sozial marginalisiert wird.

Besonders akut ist dies vor dem Hintergrund zunehmender Gewalt- und Diskriminierungspraktiken in der Gesellschaft: Trans Personen müssen sich ständig outen (aufgrund einer Diskrepanz von Aussehen und Auftreten gegenüber dem Eintrag in Ausweisdokumenten – und der Unmöglichkeit, sie in Übereinstimmung zu bringen), was die Anwendung des Gesetzes mit einer gewaltsamen Konversionstherapie gleichsetzt.

Ein großer Teil der trans Personen in Russland, die sich heute in dieser Situation befinden, sind junge Menschen und Teenager, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes noch minderjährig waren. Mit dem gesetzlichen Verbot, die Dokumente ändern zu können, wird das Leben dieser Menschen in Russland praktisch verunmöglicht.

Die LGBTQ-Community Russland ist unmittelbar von der militärischen Aggression gegen die Ukraine und deren Folgen betroffen. Der Austritt Russlands aus einer erheblichen Zahl internationaler Verträge und die damit einhergehende juristische Umstrukturierung innerhalb des Landes nach Ausbruch des Krieges wurde von LGBTQ-Personen als Zeichen dafür wahrgenommen, dass ihre Rechte und Freiheiten nicht mehr geachtet werden würden. Es hat sich bald bestätigt, dass diese Befürchtungen begründet gewesen waren.

Der Druck auf Non-Profit-Organisationen, die LGBTQ-Personen in Russland unterstützen, hat seit Beginn des Krieges zugenommen und sich während der Medienkampagnen um die diskriminierenden Gesetze noch verstärkt. Dies zwang viele Organisationen, ihre Aktivitäten in Russland einzustellen, wodurch LGBTQ-Personen noch stärker von Rechtsverletzungen und willkürlicher Strafverfolgung bedroht sind. Nicht nur das Verteidigen der Rechte von LGBTQ-Personen, sondern auch das Dokumentieren von Straftaten ist erheblich schwieriger geworden.

In den Jahren 2022 und 2023 wurden zwei diskriminierende Gesetze gegen LGBTQ-Menschen verabschiedet. Ihre Auswirkungen im Bereich der Justiz lassen sich als Legalisierung der Strafverfolgung und Diskriminierung von LGBTQ-Personen aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe, die auf der Grundlage ihrer sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität identifiziert wird, zusammenfassen.

Mit der Verabschiedung der Änderungen zu Artikel 6.21 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten im Geltungsrahmen des Föderalen Gesetzes Nr. 479 werden nicht nur alle öffentlichen Äußerungen zu LGBTQ+ verboten – tatsächlich ist nun jede öffentliche Erscheinungsform von Nicht-Heteronormativität gesetzeswidrig. LGBTQ-Menschen werden vom Staat offen als Menschen «zweiter Klasse» und ihre Beziehungen als «sozial geringwertig» deklariert. In einigen Strafverfahren ergibt sich die Feststellung und Qualifizierung des Sachverhalts aus der Identität der Verdächtigen als LGBTQ-Personen.

Der Staat weigert sich offen, LGBTQ-Menschen gleichen Schutz vor kriminellen Übergriffen zu gewähren. Die LGBTQ-Identität von Opfern von Straftaten wird von den Gerichten als «unmoralisches Verhalten der Opfer» betrachtet, das einen «mildernden Umstand» für Täter:innen darstellt. All dies geht einher mit einer entsprechenden Kulturpolitik und Zensur, die formell durch die russische Verfassung verboten ist.

Das Gesetz 386-FG und die entsprechenden Änderungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs und des Familiengesetzes sind ein präzedenzloses Beispiel für die Diskriminierung von LGBTQ-Personen. Dieses Gesetz verbietet auf dem Gebiet Russlands die Durchführung einer Reihe indizierter medizinischer Maßnahmen für trans Personen – und damit die Transition. Damit greift der Staat in den Bereich der Gesundheitsfürsorge ein und erlässt Gesetze, die seine Bürger:innen daran hindern, ihr Recht auf Gesundheit zu verwirklichen. Somit gefährdet er auch ihren geistigen und körperlichen Zustand und ihr Leben. Nach der Verabschiedung des Gesetzes droht trans Personen in der Russischen Föderation, die im Laufe des Jahres 2023 ihren gesetzlichen Geschlechtseintrag ändern, der Verlust ihrer Rechtspersönlichkeit, da Politiker:innen und Beamt:innen Anfragen an die zuständigen Behörden richten, um die Rechtmäßigkeit von Änderungen der Ausweise zu prüfen. Trans Personen, die ihren Geschlechtseintrag nicht vor der Verabschiedung des Gesetzes änderten, sind ständig der Gefahr von Gewalt und Diskriminierung ausgesetzt und zu einer sehr geringen Lebensqualität und fehlenden Lebensperspektiven gezwungen.

Am 30. November 2023 hat der Oberste Gerichtshof Russlands einer Klage des Justizministeriums stattgegeben und die «internationale LGBT-Bewegung» als extremistisch eingestuft. Diese Entscheidung kriminalisiert in Russland endgültig sowohl jegliche Sichtbarkeit von LGBTQ-Personen als auch jede Aktivität zur Verteidigung ihrer Rechte. Der Hohe Kommissar für Menschenrechte der Vereinten Nationen verurteilte diese diskriminierende Entscheidung und forderte Russland zur unverzüglichen Aufhebung auf:

«Diese Entscheidung setzt Menschenrechtsverteidiger und alle, die sich für die Rechte von Mitgliedern der LGBT-Community einsetzen, der unmittelbaren Gefahr aus, als „Extremisten“ eingestuft zu werden, was im russischen Kontext erhebliche soziale und strafrechtliche Folgen hat. Niemand sollte wegen seiner Menschenrechtsarbeit inhaftiert oder aufgrund seiner sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität diskriminiert werden» [19].

Die Europäische Union hat die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs ebenfalls in aller Form verurteilt und forderte eine unverzügliche Aufhebung. Im offiziellen Statement wird nicht nur auf die Kontinuität dieser Entscheidung mit der jahrelangen Diskriminierung der Rechte von LGBTQ-Personen in Russland hingewiesen, sondern auch darauf, dass sie sich gegen die russische Zivilgesellschaft und die unabhängige Menschenrechtsarbeit als solche richtet:

«Vor dem Hintergrund der seit mehr als zehn Jahren andauernden Unterdrückung der Rechte von LGBTQ-Personen unter Präsident Putin zielt diese Entscheidung darauf ab, die LGBTQ-Gemeinschaft in Russland weiter zu verfolgen und die Zivilgesellschaft und diejenigen, die mutig die Menschenrechte verteidigen, zu unterdrücken. Diese Entscheidung wird LGBTQ-Personen daran hindern, ihre Rechte und Würde aus Angst vor ungerechter Verfolgung zu verwirklichen» [20].

Die Verfolgung und Diskriminierung von LGBTQ-Personen auf Grundlage ihrer sexuellen Orientierung und Genderidentität ist eindeutig rechtswidrig. Im heutigen Russland können LGBTQ-Menschen nicht auf Schutz innerhalb des gesetzlichen Rahmens zählen. Damit wird ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen: Die Abschaffung der Rechtsstaatlichkeit zugunsten der aktuellen Ziele des populistischen Regimes, das seine Legitimität durch das Schüren von Feindseligkeit und Chauvinismus in der Gesellschaft aufrechterhält. Die Verletzung der Rechte von LGBTQ-Personen als soziale Gruppe in Russland normalisiert die unzulässige Nutzung von Gesetzgebung und Rechtsprechung durch den Staat zur Verfolgung von Menschenrechtsverteidiger:innen und die zunehmende Beförderung von sozialem Hass.

Empfehlungen

I. An die Regierungen der Staaten der Europäischen Union

1. LGBTQ-Personen werden in Russland zu derjenigen sozialen Gruppe, an der ein Exempel der Verfolgung einer Person aufgrund ihrer Identität statt ihrer Handlungen statuiert wird. Daher ist ein langfristig anhaltender Druck vonseiten internationaler und europäischer Strukturen und europäischer Regierungen auf Russland notwendig, um die Einhaltung der Rechte von LGBTQ-Personen zu erwirken. Dieser Druck ist nicht nur aus humanitären Gründen – dem notwendigen Schutz von LGBTQ-Personen in Russland vor tatsächlich stattfindender rechtlicher Diskriminierung – wichtig. Er hat auch eine Relevanz hinsichtlich der langfristigen verheerenden Auswirkungen der Verfolgung von LGBTQ-Personen auf die Institution des Rechts und der Rechtsstaatlichkeit in Russland.

2. Angesichts des Austritts Russlands aus dem Europarat und der Aufkündigung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten ist es notwendig, gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen (LGBTQ-Menschenrechtsinitiativen innerhalb und außerhalb von Russland) neue Strategien des politischen Drucks zu generieren.

3. Die Entscheidung des russischen Obersten Gerichtshofs, die «internationale LGBT-Bewegung» als extremistisch einzustufen, bedeutet die Gefahr einer direkten staatlichen Verfolgung von LGBTQ-Personen in Russland. Wir fordern daher die Eröffnung spezieller Aufnahmekontingente für LGBTQ-Personen aus Russland durch sichere Länder. Dies entspricht dem in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte verankerten Recht einer im Land ihrer Staatsangehörigkeit verfolgten Person, in einem sicheren Land Zuflucht zu suchen.

4. Da die Verfolgung von LGBTQ-Personen in Russland zu einer zunehmend institutionalisierten Praxis von Gerichten und Polizei wird und Unterstützung von zahlreichen radikalen homofeindlichen Gruppen im Land erhält, sollte der rechtliche Status von LGBTQ-

Personen aus Russland in diesen Sonderkontingenten nicht kurz-, sondern langfristig sein.

5. Es ist unabdingbar, der Gefährdungssituation von trans Personen in Russland besondere Aufmerksamkeit zu schenken, ihnen Soforthilfe im Rahmen internationaler Aufnahmeprogramme zu gewähren und spezielle Kontingente für sie einzurichten. Auch wenn eine trans Person in Russland nicht akut individuell verfolgt wird: Allein die Tatsache, dass eine als Bürger:in der Russischen Föderation lebende Person trans ist (eine Überprüfung ist zum Beispiel über das Vorliegen der medizinischen Diagnose F64.0 möglich), bringt Risiken für die Gesundheit und Sicherheit einer solchen Person mit sich.

6. Vollzugs- und Aufsichtsbehörden sollten dazu angehalten werden, zusätzliche Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von LGBTQ-Personen zu ergreifen, welche sich im Hoheitsgebiet der Aufnahmeländer in vorübergehenden Unterbringungscentren (Verteilungszentren und Flüchtlingslagern) aufhalten. Hierbei sind der Schutz vor homo- und transfeindlicher Gewalt sowie rechtzeitiger Zugang zu notwendiger medizinischer Versorgung – vor allem: GAHT-Medikamente für trans Personen; ART für HIV-positive LGBTQ-Personen; psychologische Unterstützung – besonders zu beachten.

7. Es ist notwendig, jene russischen Menschenrechtsinitiativen zu unterstützen, deren Advocacy-Tätigkeit ohne die Existenz von Menschenrechtsverteidiger:innen in Russland faktisch unmöglich ist. Hierfür müssen Verfahren für die Erteilung von Visa für die langfristige Einreise in sichere Länder vereinfacht werden: Ein legaler Einreise- und Aufenthaltsstatus wird es Menschenrechtsverteidiger:innen ermöglichen, ihre Aktivitäten in Russland bis zur Aufnahmeeiner direkten persönlichen Strafverfolgung fortzusetzen.

8. Politische Parteien, Menschenrechtsinstitutionen und gemeinnützige Organisationen der Mitgliedstaaten des Europarates sollten den Aspekt des Schutzes der Rechte von LGBTQ-Personen in Russland bei gesetzgebenden und Vollzugsbehörden der europäischen Staaten sowie bei europäischen Institutionen thematisieren. Eine mögliche Form sind parlamentarische Anhörungen – sowohl in nationalen Parlamenten als auch im Europäischen Parlament, in der Parlamentarischen Versammlung der Europäischen Union (PACE) und in der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE).

9. Wir empfehlen die schnellstmögliche Ernennung eines:r Sonderberichterstatter:in für LGBTQ-Rechte in Russland und Osteuropa in Parlamenten und parlamentarischen Versammlungen.
10. Wir empfehlen außerdem, die Einrichtung einer Ombudsperson für LGBTQ-Rechte in Russland und Osteuropa zu fordern.

II. An Vertreter:innen und Organe der Legislative und Exekutive der Bundesrepublik Deutschland

1. LGBTQ-Personen werden in Russland zu derjenigen sozialen Gruppe, an der ein Exempel der Verfolgung einer Person aufgrund ihrer Identität statt ihrer Handlungen statuiert wird. Daher ist ein langfristig anhaltender Druck vonseiten der Bundesrepublik Deutschland auf Russland notwendig, um die Einhaltung der Rechte von LGBTQ-Personen zu erwirken. Dieser Druck ist nicht nur aus humanitären Gründen – dem notwendigen Schutz von LGBTQ-Personen in Russland vor tatsächlich stattfindender rechtlicher Diskriminierung – wichtig. Er hat auch eine Relevanz hinsichtlich der langfristigen verheerenden Auswirkungen der Verfolgung von LGBTQ-Personen auf die Institution des Rechts und der Rechtsstaatlichkeit in Russland.

2. Angesichts des Austritts Russlands aus dem Europarat und der Aufkündigung der Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten ist es notwendig, gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen (LGBTQ-Menschenrechtsinitiativen innerhalb und außerhalb von Russland) neue Strategien der Druckausübung zu generieren.

3. Die Entscheidung des russischen Obersten Gerichtshofs, die «internationale LGBT-Bewegung» als extremistisch einzustufen, bedeutet die Gefahr einer direkten staatlichen Verfolgung von LGBTQ-Personen in Russland. Wir fordern die Bundesrepublik Deutschland als sicheren Staat daher auf, LGBTQ-Identität bei der Prüfung von Asylanträgen nach dem Asylgesetz (AsylG) sowie bei der Prüfung der von Abschiebungsverboten nach § 60 bzw. der Aussetzung der Abschiebung nach § 60a des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern (AufenthG) als Rückkehrhindernis nach Russland zu berücksichtigen.

4. Wir fordern für die Einreise von LGBTQ-Personen aus Russland ebenso die Schaffung eines Sonderkontingents nach § 23 AufenthG, da viele dieser Personen keine andere Möglichkeit haben, legal in ein sicheres Land auszureisen und dort vor Ort Asyl zu beantragen.

5. Da die Verfolgung von LGBTQ-Personen in Russland zu einer zunehmend institutionalisierten Praxis von Gerichten und Polizei wird und Unterstützung von zahlreichen radikalen homofeindlichen Gruppen im Land erhält, sollte der rechtliche Status von LGBTQ-Personen aus Russland in diesen Sonderkontingenten nicht kurz-, sondern langfristig sein.

6. Es ist unabdingbar, der Gefährdungssituation von trans Personen in Russland besondere Aufmerksamkeit zu schenken und ihnen Soforthilfe im Rahmen eines speziellen Kontingents nach § 23 AufenthG zu gewähren. Auch wenn eine trans Person in Russland nicht akut individuell verfolgt wird: Allein die Tatsache, dass eine als Bürger:in der Russischen Föderation lebende Person trans ist (eine Überprüfung ist zum Beispiel über das Vorliegen der medizinischen Diagnose F64.0 möglich), bringt Risiken für die Gesundheit und Sicherheit einer solchen Person mit sich.

7. Vollzugs- und Aufsichtsbehörden auf Bundes- und Landesebene sollten dazu angehalten werden, zusätzliche Maßnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit von LGBTQ-Personen zu ergreifen, welche sich im Hoheitsgebiet der Aufnahmeländer in vorübergehenden Unterbringungszentren (Verteilungszentren und Flüchtlingslagern) aufhalten. Hierbei sind der Schutz vor homo- und transfeindlicher Gewalt sowie rechtzeitiger Zugang zu notwendiger medizinischer Versorgung – vor allem: GAHT-Medikamente für trans Personen; ART für HIV-positive LGBTQ-Personen; psychologische Unterstützung – besonders zu beachten.

8. Es ist notwendig, jene russischen Menschenrechtsinitiativen zu unterstützen, deren Advocacy-Tätigkeit ohne die Existenz von Menschenrechtsverteidiger:innen in Russland faktisch unmöglich ist. Hierfür müssen Verfahren für die Erteilung von Einreisevisa (Schengen Kategorie C) in die Bundesrepublik Deutschland als sicheres Land vereinfacht werden: Ein legaler Einreise- und Aufenthaltsstatus wird es Menschenrechtsverteidiger:innen ermöglichen, ihre Aktivitäten in Russland bis zur Aufnahme einer direkten persönlichen Strafverfolgung fortzusetzen.

III. An Vertreter:innen der russischen Zivilgesellschaft

- 1.** Wir empfehlen, den Schutz der Rechte und Freiheiten von LGBTQ-Menschen und Schutz vor Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Genderidentität in der Russischen Föderation in politische Programme aufzunehmen.
- 2.** Wir empfehlen ebenso, mit zivilgesellschaftlichen Akteur:innen – russischen Menschenrechtsverteidiger:innen und NGOs innerhalb und außerhalb Russlands sowie mit Organisationen auf internationaler und EU-Ebene zusammenzuarbeiten, deren Fokus auf dem Schutz der Rechte und Freiheiten von LGBTQ-Menschen und die Problematik der Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung und Genderidentität liegt.
- 3.** Es wird nahegelegt, über Fälle von Diskriminierung und Verletzung der Rechte von LGBTQ-Menschen in Russland zeitnah und konsequent zu berichten. Weiterhin sollte Aufklärungsmaterial über LGBTQ+ sowie Rechte und Freiheiten im Zusammenhang mit sexueller Orientierung und Genderidentität verbreitet werden.

Literaturverzeichnis

Internetquellen

[1] Rechtshilfeprojekt für trans Personen.

URL: <http://pravo-trans.eu/legal-cases/> (Zuletzt aufgerufen am: 30.11.2023).

[2] «AiF» (Argumenty i Fakty): Im Gebiet Rostow wurden zwei Personen wegen des Verdachts der Vorbereitung eines Brandanschlags auf ein militärisches Rekrutierungszentrum festgenommen // OVD-Info. 18.09.2023.

URL: <https://ovd.info/express-news/2023/09/18/aif-v-rostovskoy-oblasti-dvukh-chelovek-zaderzhali-po-podozreniyu-v> (Zuletzt aufgerufen am: 30.11.2023) (Quelle auf Russisch).

[3] In Nowosibirsk haben 19-jährige trans Personen per Messenger eine Öffentlichkeit geschaffen und Fakes über die Streitkräfte der Russischen Föderation gepostet // Life. 17.08.2023.

URL: <https://life.ru/p/1601057> (Zuletzt aufgerufen am: 28.11.2023) (Quelle auf Russisch).

[4] Transgender bei den Streitkräften der Ukraine als logische Folge der Ereignisse in der Ukraine // Vesti.ru. 14.09.2023.

URL: <https://www.vesti.ru/article/3552210> (Zuletzt aufgerufen am: 30.11.2023) (Quelle auf Russisch).

[5] Lugow, A. «Feinde ringsum». Die Zunahme der Gewalt in Russland in Kriegzeiten // Radio Liberty. 30.04.2023.

URL: <https://www.svoboda.org/a/krugom-vragi-rost-nasiliya-v-rossii-v-voennoe-vremya/32384088.html> (Zuletzt aufgerufen am: 12.11.2023) (Quelle auf Russisch).

[6] «Vergewaltiger und Mörder»: Experten - über Söldner, die aus dem Krieg zurückkehren.

URL: <https://www.kavkazr.com/a/nasiljniki-i-ubiytsy-eksperty-o-vernuvshihsvya-s-voynynaemnikah/32679655.html> (Zuletzt aufgerufen am: 10.11.2023) (Quelle auf Russisch).

[7] Sedlyarova, E. «Goldener Fonds der Armee» oder Leben ohne Perspektive? Wie PTBS die Menschen verändert - und wie sie in Russland behandelt wird // BBC News - Russian Service. 04.04.2023.

URL: <https://www.bbc.com/russian/features-65253184> (Zuletzt aufgerufen am: 10.11.2023) (Quelle auf Russisch).

[8] «Krieg legitimiert Gewalt». Sollten wir einen Anstieg der Kriminalität während und nach dem Ende des Krieges erwarten - sagt ein Soziologe // Natojaschtschee Vremja. 29.04.2023.

URL: <https://www.currenttime.tv/a/rise-in-crime-during-the-war/32380374.html> (Zuletzt aufgerufen am: 10.11.2023) (Quelle auf Russisch).

[9] Danilovich M., Pirogova A. «Sie schieben ihre Prinzipien sonstwohin». Wie Sexarbeiterinnen in Russland überleben, wenn alle «alle reichen Kerle weg sind» // Novaya vkladka. 24.05.2023.

URL: <https://thenewtab.io/zasovvyvayut-svoi-principy-v-odno-mesto/> (Zuletzt aufgerufen am: 29.11.2023) (Quelle auf Russisch).

[10] Trans* Sexarbeiterinnen wurden die ersten Opfer des neuen russischen Gesetzes «über das Verbot von LGBT-Propaganda» // ECOM. 02.03.2023.

URL: <https://ecom.ngo/news-eeca/trans-seks-rabotnitsi-zaprete-propagandi> (Zuletzt aufgerufen am: 11.11.2023) (Quelle auf Russisch; Englische Version: URL: <https://ecom.ngo/news-eeca/trans-women-sex-workers-migrants-anti-lgbt-propaganda> (Zuletzt aufgerufen am: 15.12.2023)).

[11] Rozhkova A. Was ist über den Mord an einer trans Sexarbeiterin bekannt, deren Leiche im Fluss Mga gefunden wurde. Der Verdächtige ist in Haft // Bumaga. 23.09.2020.

URL: <https://paperpaper.ru/chto-izvestno-ob-ubijstve-transgender/> (Zuletzt aufgerufen am: 27.11.2023) (Quelle auf Russisch).

[12] Moskauer Gerichte haben begonnen, trans Sexarbeiterinnen nach dem neuen Gesetz über «LGBT-Propaganda» aus Russland auszuweisen // Mediazona. 23.02.2023.

URL: <https://zona.media/news/2023/02/23/vydvoreniye> (Zuletzt aufgerufen am: 25.11.2023) (Quelle auf Russisch).

[13] Situation von trans Sexarbeiter:innen und Migrant:innen in Russland: Die Situation von Dezember 2022 bis April 2023 // Trans*Koalizija. 27.04.2023.

URL: <https://www.transcoalition.net/transgender-migrant-sex-workers-in-russia-2023/> (Zuletzt aufgerufen am: 24.11.2023) (Quelle auf Russisch; Englische Version: URL: <https://www.transcoalition.net/transgender-migrant-sex-workers-in-russia-2023/> (Zuletzt aufgerufen am: 15.12.2023)).

[14] Polizei nahm Männer fest, die das Geschlecht wechselten und für nicht-traditionelle Beziehungen warben // Telekanal Krasnodar. 26.04.2023.

URL: <https://tvkrasnodar.ru/proisshestiya/2023/04/26/politseyskie-zaderzhali-muzhchin-smenivshikh-pol-i-propagandiruyushchikh-netraditsionnye-otnosheniya/> (Zuletzt aufgerufen am: 25.11.2023) (Quelle auf Russisch).

[15] «Ich möchte sie fragen, wie es meinem Kind helfen wird». Der Leiter des «Zentrums T» Yan Dvorkin, Vormund eines behinderten Kindes, wurde auf Grundlage der Denunziation einer Vormundschaftsbeamtin zu einer Geldstrafe von 100 Tausend Rubeln verurteilt // Kholod. 04.05.2023.

URL: <https://holod.media/2023/05/04/hochu-sprosit-u-nee-kak-eto-pomozhet-moemu-rebenku-glavu-centra-t-yana-dvorkina-opekayushhego-rebenka-s-invalidnostyu-oshtrafovali-na-100-tysyach-rublej-po-donosu-sotrudni/> (Zuletzt aufgerufen am: 10.11.2023) (Quelle auf Russisch).

[16] Egorova, D. «Der Staat hat sich in meine Familie eingemischt» Die Geschichte einer Eheschließung // Radio Liberty. 08.04.2023.

URL: <https://www.svoboda.org/a/gosudarstvo-zalezlo-v-moyu-semjyu-istoriya-odnogo-brakosochetaniya/32354832.html> (Zuletzt aufgerufen am: 10.11.2023) (Quelle auf Russisch).

[17] Mit der Trans-Mafia muss aufgeräumt werden // Parlamentskaja gazeta. 20.11.2023.

URL: <https://www.pnp.ru/social/transgendernoy-mafii-trebuetsya-zachistka.html> (Zuletzt aufgerufen am: 25.11.2023) (Quelle auf Russisch).

[18] Jaroslawler Gerichte hebten die die Änderung des Geschlechtseintrages für zwei trans Männer auf, die im Fall von Drogen-Depos verurteilt wurden // Mediazona. 13.10.2023.

URL: <https://zona.media/news/2023/10/13/yar> (Zuletzt aufgerufen am: 10.11.2023) (Quelle auf Russisch).

[19] UN-Hochkommissar für Menschenrechte bedauert die Entscheidung des Obersten Gerichtshofs Russlands, die LGBT-Bewegung als illegal zu erklären // UN News. 30.11.2023.

URL: <https://news.un.org/ru/story/2023/11/1447267> (Zuletzt aufgerufen am: 01.12.2023) (Quelle auf Russisch; Englische Version: URL: <https://news.un.org/en/story/2023/11/1144182> (Zuletzt aufgerufen am: 15.12.2023)).

[20] Russia: Statement by the High Representative on outlawing „international LGBT public movement“ // The Diplomatic Service of the European Union. 01.12.2023.

URL: https://www.eeas.europa.eu/eeas/russia-statement-high-representative-outlawing-%E2%80%9Cinternational-lgbt-public-movement%E2%80%9D_en (Zuletzt aufgerufen am: 02.12.2023) (Quelle auf Englisch).

Publikationen

[Kirey-Sitnikova 2022] — Kirey-Sitnikova, Y. (2022). Access to Trans Healthcare in Russia. In: Max Nicolai Appenroth, María do Mar Castro Varela (Eds.). *Trans Health. International Perspectives on Care for Trans Communities*, 55–70. Bielefeld: Transcript.

[Kondakov 2022] — Kondakov, A. S. (2022). *Violent Affections. Queer sexuality, techniques of power, and law in Russia*. L.: UCL Press.

[Quarteera e. V. 2021] — Quarteera e. V., et al. (2021). *Die Situation von LGBTQ*-Personen in den Staaten der ehemaligen UdSSR*. Berlin, 2021.

[Vladimirova, Healy 2023] — Vladimirova, A., Healy, D. (2023). Dan Healy ist ein Historiker, der zu LGBT in Russland forscht. In einem Interview mit Nastojaschtschee Vremja spricht er über staatliche Homofeindlichkeit, Krieg und

das Erbe des Gulag // Nastrojaschtschee Vremja. 28.06.2022.
URL: <https://www.currenttime.tv/a/dan-healey-interview/31919426.html> (Zuletzt aufgerufen am: 24.11.2023).

[*Delo LGBT+ 2023*] — Delo LGBT+ (Hrsg.). (2022). Rückmeldung zum Entwurf des Föderalen Gesetzes Nr. 369814-8 «Zur Änderung des Föderalen Gesetzes “Über Personenstandsgesetze” und des Föderalen Gesetzes “Über die Grundlagen des Gesundheitsschutzes der Bürger in der Russischen Föderation”». URL: <http://delo-lgbt.online/article3> (Zuletzt aufgerufen am: 03.11.2023).

[*Martynov, Kochetkov 2021*] — Martynov, K., Kochetkov, I. (2021). «Der Staat betrachtet uns als ideologische Feinde». Interview mit Igor Kochetkov, der tschetschenische Schwule gerettet hat und nun vom Justizministerium «als dreifacher ausländischer Agent» bezeichnet wird // Novaja Gazeta. URL: <https://novayagazeta.ru/articles/2021/11/20/gosudarstvo-rassmatrivaet-nas-kak-ideologicheskikh-vragov-18> (Zuletzt aufgerufen am: 24.11.2023).

[*Storn 2018*] — Storn, E. (2018). Hassmotivierte Morde an nicht-heterosexuellen Menschen (Analyse der Materialien von Gerichtsentscheidungen). *Sociology of Power*, 30(1), 60–78.

Monitorings

[*Wychod 2022*] — Wychod. LGBT*-Personen, die nach Ausbruch des Krieges in der Ukraine aus Russland ausgewandert sind. 2022.

[*Delo LGBT+ 2023a*] — Delo LGBT+ (Hrsg.). Förderung der LGBT-Phobie in Russland: Zunehmende Risiken für die Queer-Community (Zusammenfassung der Menschenrechtsaktivist:innen von «Delo LGBT+» 2022–2023). 2023. (*Manuskript*).

[*Projekt... 2016*] — Rechtshilfeprojekt für trans Menschen. Verstöße gegen die Rechte von trans Personen in Russland: Ergebnisse der Untersuchung. St. Petersburg, 2016.

[*Projekt... 2018*] — Rechtshilfeprojekt für trans Menschen. Transgender Menschen in der russischen Gesellschaft. Forschung 2016–2017. SPb., 2018.

[*Russisches LGBT-Netzwerk 2021*] — Russisches LGBT-Netzwerk. Die Situation von LGBT*-Jugendlichen in St. Petersburg und der Region Leningrad, 2021.

[*Russisches LGBT-Netzwerk 2018*] — Russisches LGBT-Netzwerk. Diskriminierung. Quantitative Analyse.

URL: https://lgbtnet.org/upload/iblock/8d6/Diskriminatsiya.-Kolichestvennyy-analiz.docx-1_.pdf (Zuletzt aufgerufen am: 18.11.2023).

[*Russisches LGBT-Netzwerk 2017*] — Russisches LGBT-Netzwerk. Monitoring der Diskriminierung aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität in Russland 2016–2017. 2017.

[*Sphera, Wychod 2022*] — Sphera, Wychod. Die Situation von LGBT+ Menschen in Russland im Jahr 2022: Bericht. 2022.

URL: <https://spherequeer.org/wp-content/uploads/2023/05/LGBT-in-Russia-full-report-2022.pdf> (Datum der Veröffentlichung: 10.11.2023).

[*Sphera, LGBT Resource Center, Russian LGBT Network 2021*] — Studie über das schulische Umfeld in Russland. 2021.

URL: <http://schoolenvironment.tilda.ws/> (Zuletzt aufgerufen am: 10.11.2023).

[*T-Aktion 2023*] — T-Aktion. Ergebnisse der Umfrage. Leben nach dem 24. 18.01.2023.

URL: <https://telegra.ph/ZHIZN-POSLE-24-GO-01-18> (Datum des Zugriffs: 15.11.2023).

[*T-Aktion 2023a*] — T-Aktion. Umfrageergebnisse. Das Kilkot-Leben im Herbst 2023 24.11.2023.

URL: <https://teletype.in/@kilkota/rezultaty-oprosa-kilkotzhizn-osenyu-2023-go> (Datum des Zugriffs: 15.11.2023).

[*T-Aktion 2023b*] — T-Aktion. Umfrageergebnisse. GAHT-Möglichkeiten nach dem Gesetz. 09.11.2023.

URL: <https://teletype.in/@kilkota/vozmozhnost-gt-posle-zakona-rezultaty-oprosa> (Bezugsdatum 03.11.2023).

[*T-Aktion 2023c*] — T-Aktion. Umfrageergebnisse. Wie das Gesetz über das Verbot der Transition unser Leben beeinflusst hat. 27.09.2023.

URL: <https://teletype.in/@kilkota/rezultaty-oprosa-kak-povliyal-na-nashu-zhizn-zakon> (Zugriffsdatum 03.11.2023).

Seit Beginn des vollumfänglichen Krieges in der Ukraine am 24. Februar 2022 wurden Hasskampagnen gegen LGBTQ-Menschen in Russland zum wichtigsten Faktor der Militarisierung des Alltagslebens in Russland und zum Instrument der endgültigen Zerstörung zivilgesellschaftlicher Institutionen und der Rechtsstaatlichkeit. Dieser Untersuchung liegt eine juristische Analyse zweier diskriminierender Gesetze gegen LGBTQ-Menschen zugrunde, die in Russland zwischen 2022 und 2023 beschlossen wurden: Zum «umfassenden Verbot von LGBT-Propaganda» und zum Verbot der medizinischen und juristischen Geschlechtsangleichung von trans Personen. Ergänzt wird die Analyse durch einen Überblick sozialer und institutioneller Diskriminierungspraktiken gegenüber LGBTQ-Personen von 2013 bis 2023. Dieser verdeutlicht, auf welche Weise diese Gesetze sich in einen langen Prozess der Totalisierung der Gesellschaft einbetten und diese auf die Abschaffung des Rechts auf Privatsphäre sowie auf unrechtmäßige Verfolgung vorbereiten. Die Untersuchung wurde von der Organisation Quarteera e.V. mit Unterstützung der Rosa Luxemburg Stiftung durchgeführt.

ISBN 978-3-00-077901-5

